Nr. 44. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 21. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Wahlrechtskampf—Klassenkampf!

Der ganze Verlauf der Wahlrechtsbewegung hat bewiesen, daß es nur eine einzige Partei gibt, die es mit ihrem Eintreten für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ernst meint: die Sozialdemokratie. Selbst die freisinnigen Parteien haben nicht nur nichts getan, um den Wahlrechtskampf zu fördern, sondern sogar alles aufgeboten, den Wahlrechtskämpfern Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Sie haben, als es an der Zeit war, durch Entfesselung einer gewaltigen Volksbewegung einen Druck auf Regierung und Reaktion auszuüben, keinen Finger gerührt, sondern wie hypnotisiert des Zeitpunktes geharrt, wo Fürst Bülow geruhen würde, die Absichten der Regierung zu enthüllen. Daß aber Fürst Bülows Erklärung eine geradezu provozierende sein und eine glatte Absage an jede wirkliche Wahlreform bedeuten würde, mußte der Freisinn ganz genau wissen. Und der Freisinn wußte das auch! Wenn er trotzdem in absoluter Untätigkeit verharrte und noch obendrein — von den paar Eingängern wie Barth, Gerlach und Breitscheid abgesehen — mit giftigem Hasse alle Aktionen der proletarischen Wahlrechtsbewegung schmähte, so geschah das, weil dem Freisinn an einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen im Ernste gar nichts gelegen ist. Er hat ja nichts zu gewinnen, höchstens an die erstarkende Sozialdemokratie Mandate zu verlieren. Wie sollte er sich da für ein Wahlrecht ins Zeug legen, das nur seinem verhaßtesten Gegner Vorteil bringen wird! Wenn der Freisinn nicht trotz alledem noch hunderttausende proletarischer und kleinbürgerlicher Stimmen zu verlieren hätte, würde er sogar gleich den Nationalliberalen die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Einzelstaaten aus seinem Programm gestrichen haben. So „fordert" zwar der Freisinn „unentwegt" das gleiche Wahlrecht, aber er hütet sich, irgend etwas zu tun, was diese Forderung der Verwirklichung näher bringen könnte. Und wenn der Freisinn jetzt Versammlungen über Versammlungen abhält, wenn jetzt selbst die Mugdan und Genossen gegen Bülow und die Reaktion poltern und mit trotziger Gebärde das gleiche Wahlrecht verlangen, ja wenn selbst in offiziellen Freisinnsversammlungen Resolutionen gegen die Blockpolitik angenommen werden, so hat das mit einem Wahlrechtskampfe nicht das mindeste zu tun. Es handelt sich für den Freisinn einfach darum, die Wählermassen für die Neuwahlen gehörig mit Phrasenschaum einzuseifen! Und zu diesem Geschäft des Einseifens gehört nun einmal die trutzige Gebärde des unentwegten Prinzipienkämpfers. Selbst Herr Mugdan hat deshalb die Parole des Herrn Albert Träger „alles oder nichts" adoptiert. Ist der Wahlkampf vorüber, hat der Freisinn seine Mandate behauptet oder gar noch etliche dazu gewonnen, dann werden die freisinnigen Volkstribunen wieder die umgänglichsten Leutchen werden, die mit jeder Wahlrechtsflickerei zufrieden sind.

Nicht besser steht es um das Zentrum, schlechter noch um die Nationalliberalen. Das Zentrum wird durch das Dreiklassenwahlsystem nicht sonderlich benachteiligt, obendrein durch die skandalöse Wahlkreiseinteilung nächst den Konservativen besonders begünstigt. Wie sollte es sich da für die Einführung des gleichen Wahlrechts begeistern? Die Nationalliberalen fühlen sich bei dem Dreiklassenwahlsystem ganz wohl, nur behagt ihnen die Wahlkreisgeometrie nicht allzu sehr: sie möchten gern das Uebergewicht des platten Landes durch eine Neueinteilung der Wahlkreise beseitigt sehen. Davon will aber wieder das Zentrum nichts wissen! Keine einzige bürgerliche Partei ist also an der Einführung des gleichen Wahlrechts interessiert. Einzelne unter ihnen wünschen zwar gewisse Reformen, aber selbst wenn es nach langem Schachern und Prachern zwischen ihnen schließlich zu einem Kompromiß kommen sollte, das auch der nichtbesitzenden Klasse eine gewisse Scheinvertretung einräumen würde — mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht würde diese Flickreform nicht die entfernteste Aehnlichkeit haben!

Nun gibt es allerdings innerhalb des Zentrums und des Freisinns Elemente, die am allgemeinen und gleichen Wahlrecht interessiert sind. Ein Teil des Mittelstandes und vor allem das Proletariat hat ja alle Ursache, eine radikale Wahlreform zu wünschen. Aber diese Elemente geben innerhalb ihrer Partei nicht den Ausschlag. Und sobald sich ihre Unzufriedenheit lebhafter regt, pflegen die freisinnigen und ultramontanen Demagogen den törichten Haß der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaftler gegen die sogenannten „sozialistischen" Gewerkschaften und die Sozialdemokratie aufzustacheln. Reicht aber das Gefühl der Rivalität noch nicht aus, um bei den freisinnigen und christlichen Arbeitern den Instinkt der gemeinsamen proletarischen Interessen abzustumpfen, so versucht man es mit der Einräumung von ein paar Mandaten. Diese arglistige Demagogie hat bisher noch immer ihre Schuldigkeit getan.

Als ernsthafter Kämpfer für das allgemeine und gleiche Wahlrecht kommt nur die Partei des politisch aufgeklärten, des klassenbewußten Proletariats in Frage, die Sozialdemokratie. Die Aussichten des Wahlrechtskampfes wachsen also in dem Maße, in dem die Zahl der klassenbewußten Arbeiter wächst, in dem die Schichten des Kleinbürgertums, deren Interessen sich mit denen der Arbeiterklasse decken, sich der Partei des Proletariats, der Sozialdemokratie, anschließen. Es ist eine Utopie, von dem guten Willen, dem politischen Anstand oder auch nur dem politischen Weitblick der herrschenden Klassen die Gewährung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu erwarten. Noch nie hat es eine bevorrechtete Klasse gegeben, und nie wird es eine privilegierte Klasse geben, die freiwillig auf ihre Vorrechte verzichtete. Sie kann nur durch die Entrechteten selbst dazu gezwungen werden. Um aber die Entrechteten im freisinnigen und ultramontanen Lager zu veranlassen, ihre Parteien energisch vorwärts zu treiben, sie gegen das Interesse der besitzenden und privilegierten Elemente zu weitreichenderen Zugeständnissen an die rechtlose Masse — nicht nur zur Abtretung einiger Mandate an Hirsch-Duncker'sche oder christliche Arbeiter — zu bewegen, ist es notwendig, den freisinnigen und Zentrumsarbeitern Klassenbewußtsein einzuflößen. Erst wenn das Solidaritätsgefühl dieser Arbeiter gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern stärker ist, als sogenannte „nationale" und konfessionelle Vorurteile und die Rivalität gegenüber den freien Gewerkschaften, erst dann werden diese proletarischen Elemente den herrschenden Mächten im Freisinn und Zentrum wirklich unbequem werden. Dann freilich dürfte es auch eher zu einer reinlichen Klassenscheidung kommen, als zu einer Demokratisierung der bürgerlichen Parteien!

Wie dem aber auch sei: Nur die Erweckung der noch in der Befangenheit bürgerlicher Vorstellungen lebenden Proletarier zum Klassenbewußtsein vermag die Wahlrechtsbewegung zu fördern und schließlich unwiderstehlich zu machen. Deshalb wäre auch nichts unsinniger, als wenn die Sozialdemokratie den Wahlrechtskampf, resp. den Wahlkampf, der ja nur ein Teil des Wahlrechtskampfes ist, nicht im Zeichen des konsequentesten Klassenkampfes führen wollte! Es gilt nicht nur, mit schonungsloser Schärfe die Sünden aller bürgerlichen Parteien zu geißeln, sondern es gilt auch vor allen Dingen, die Wahlrechtsverrätereien des Freisinns und des Zentrums als notwendige Konsequenz des Klassencharakters dieser Parteien darzustellen. Jede Verhehlung dieser Tatsache, jede Verschleierung des Faktums, daß der Wahlrechtskampf in Preußen nichts anderes ist, als eine Episode im Auftrag des allgemeinen Kampfes zwischen der nichtbesitzenden Klasse und den privilegierten Klassen, würde nicht nur verhängnisvolle Illusionen im eigenen Lager auslösen und schädliche Verwirrung stiften, sondern auch verhindern, daß in den noch rückständigen proletarischen Schichten in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien endlich die Erkenntnis der Notwendigkeit des Klassenkampfes geweckt wird!

Das stärkere Oesterreich.

I. Oesterreich auf der Balkanhalbinsel.

Der Bau einer Eisenbahn nach Mitrowitza — zu dem soeben die österreichische Regierung die Einwilligung der Türkei erhalten hat — ist wirtschaftlich die Konsequenz der Fertigstellung der bosnischen Eisenbahn. Denn durch dieses kurze Zwischenstück wird die bosnische Eisenbahn mit der türkischen Salonikibahn verbunden, so daß Oesterreich Zutritt zum Aegäischen Meer erhält.

Wir wollen uns nicht darüber aufhalten, ob es nicht auch in Oesterreich wirtschaftliche Aufgaben gibt, die den Interessen der Volksmassen näher stehen, als der Bau dieser Eisenbahn auf einem fremden Gebiet. Auch das wollen wir unerörtert lassen, welchen Segen der mit der Eisenbahn eindringende Kapitalismus der einheimischen Bevölkerung bringen werde. Die steigende Entforstung und steigende Auswanderung, wie in Bosnien, werden jedenfalls die Folgen sein. Wir wollen diesmal die Frage nicht in ihren großen sozialen Zusammenhängen, sondern bloß vom Gesichtspunkte der kapitalistischen Staatspolitik betrachten, und zwar ganz besonders zur Beleuchtung der genialen Art, wie die deutsche Reichsregierung Geschichte macht.

Man kann jetzt auf zwei Eisenbahnwegen die Balkanhalbinsel bis an die südlichen Gewässer durchqueren: über Bukarest nach Konstantinopel und über Belgrad nach Saloniki. Nun wird noch dazu die österreichische Verbindung über Bosnien kommen. Auch andere Eisenbahnpläne sind publik geworden, deren Verwirklichung nahe bevorstehen soll und jedenfalls aus Rücksichten der politischen und wirtschaftlichen Konkurrenz nunmehr stark gefördert werden dürfte. So eine Eisenbahn, die von Turn-Severin an der Donau über Nisch in Serbien durch die Türkei nach der Westküste der Halbinsel gehen soll. Diese Eisenbahn würde das Schwarze Meer mit dem Adriatischen verbinden, den rumänischen und ungarischen Eisenbahnen einen Ausweg nach dem Adriatischen Meer schaffen. Eine Eisenbahn Sofia-Uesküb, die die bulgarischen Eisenbahnen mit dem Salonikistrang, also mit dem Aegäischen Meer, und wenn die soeben genannte Bahn gebaut wird, auch mit den westlichen Gewässern verbinden würde. Eine kurze Eisenbahn Saloniki-Larissa, durch die Griechenland an das große europäische Eisenbahnnetz angegliedert wird. Gelangen diese Eisenbahnprojekte zur Ausführung, so wird damit ein großer Schritt vorwärts getan, um das Stück Asien in Europa, welches die Balkanhalbinsel darstellt, zu beseitigen. Dies aber hat jedenfalls für die wirtschaftliche Entwickelung Europas unvergleichlich mehr Bedeutung, als alle deutschen Kolonien zusammengenommen jemals haben könnten, denn: erstens ist die Balkanhalbinsel das an Naturschätzen reichste Land Europas, zweitens braucht man keine Weltreisen zu machen, um dieses Land zu erreichen, drittens liegt es an der großen Verkehrsstraße nach den Ländern des Stillen Ozeans, deren Bedeutung auf dem Weltmarkt riesenhaft zunimmt.

Indessen tritt die führende Rolle Oesterreichs bei der Erschließung der Balkanhalbinsel immer schärfer hervor. Es verdankt das der veränderten politischen Situation und seiner eigenen Entwickelung.

Die politische Situation hat sich ungemein zugunsten Oesterreichs verändert durch die Lahmlegung Rußlands. Wir haben wiederholt an dieser Stelle darauf verwiesen, daß Rußland aufgehört hat, als Großstaat mitzuzählen. Seine Ohnmacht zeigte sich denn auch diesmal in einer beschämenden Weise. Wenn diese österreichische Eisenbahn bedeutet in politischer Beziehung die Ausdehnung des österreichischen Okkupationsgebiets bis nach Mitrowitza, also Einverleibung des Sandschaks Novibazar, durch das die neue Eisenbahn geht. Hat es einmal die Einwilligung der Türkei zum Bahnbau, so wird ihm schon durch den Berliner Vertrag das Recht verliehen, dort Garnison zu halten. Oesterreich wird auch nicht umhin können, es zu tun, da die Türkei selbst in dem nahen Mazedonien bekanntlich die Ordnung nicht mehr aufrecht zu erhalten vermag. Es wiederholt sich also das Gleiche wie in Bosnien, das bereits von aller Welt als österreichisches Gebiet aufgefaßt wird. Zugleich schiebt sich Oesterreich durch diesen neuen Besitz mit einem breiten Keil zwischen Serbien und Montenegro ein, welch letzteres es auf diese Weise bogenförmig umspannen wird. So erreicht Oesterreich mit der Erweiterung seines Gebietes zugleich eine Verstärkung seiner Angriffsstellung gegenüber den Balkanstaaten und noch mehr eine Steigerung seines allgemeinen politischen Einflusses im Orient.

Der Aerger der russischen Diplomatie war so groß, daß sie ihn nicht herunterzuwürgen vermochte und mit Vergeltungsmaßregeln drohte. Sie hat aber nur das Projekt der adriatischen Eisenbahn herausgebracht, dessen wir schon oben gedacht haben. Diese Bahn würde Oesterreich nicht schaden, vielmehr nützen, da sie seine Eisenbahnlinie kreuzen und ihr, außer dem Aegäischen, auch noch das Adriatische Meer zugänglich macht. Die Idee war denn auch vermutlich die, noch im letzten Augenblick auf die Türkei einen Druck auszuüben, indem man ihr in Aussicht stellte, daß noch mehr Einfallstore in ihr Gebiet eröffnet werden. Die Wirkung ging total fehl, da man nunmehr auch türkischerseits noch weitere Eisenbahnbauten in Aussicht stellte. Die russische Diplomatie war aber nicht einmal darüber orientiert, was auf dem Balkan vorging, denn es erweist sich jetzt, daß Oesterreich selbst Serbien vorschlug, die Adriabahn zu bauen.

Russische Eisenbahnen sind nicht gefährlich; sie nützen nur dem Feind, wie das Beispiel der mandschurischen Eisenbahn zeigte. Auf die Adriabahn aber wird Rußland schon nach seiner geographischen Lage auch nicht den geringsten Einfluß ausüben können — denn zwischen ihm und dieser Bahn liegen selbständige Staaten: Oesterreich, Rumänien, Bulgarien. Viel eher ist anzunehmen, daß die Adriabahn mit österreichischem Gelde gebaut werden und dazu dienen wird, weitere österreichische Okkupationen vorzubereiten.

Wollte Rußland sich in der Türkei Kompensationen schaffen, so wüßte die zarische Regierung sehr gut, wo diese zu schaffen wären: nämlich in Westasien resp. Kleinasien. Das ist ja die traditionelle russische Politik, für jede Schlappe im europäischen Orient sich an den asiatischen Gebieten der Türkei zu regalieren. Rußland ist machtlos, in Asien wie in Europa; statt selbst vorzudringen, fürchtet es vielmehr, daß die Türkei auf seine Kosten in Russisch-Armenien sich Kompensationen für den an Oesterreich verlorenen Landesteil werde schaffen wollen! Die Rollen sind vollkommen gewechselt: Rußland tritt an die Stelle der Türkei und die Türkei an die Stelle Rußlands.

Die österreichische Regierung hat von sich aus nichts dazu beigetragen, um die politische Situation zu schaffen, deren Gunst sie jetzt ausnützt. Sie befand sich vielmehr auch während des russisch-japanischen Krieges im Schlepptau der Politik des Deutschen Reiches, die im russischen Fahrwasser segelte. Aber die Ereignisse, von seinen leitenden Staatsmännern keineswegs vorausgesehen, kamen Oesterreich zugute. Die Ausschaltung Rußlands aus dem Konzert der Großmächte mußte die Stellung Oesterreichs auf der Balkanhalbinsel ebenso stärken, wie sie die Weltstellung Englands gestärkt hatte. So kann man denn jetzt in Oesterreich leicht ein großer Staatsmann werden. Geist braucht man dazu nicht, nur Entschlossenheit; zu viel Geist könnte sogar schaden, denn das schafft Bedenken.

Eine klerikale Abfertigung.

Auf das vom Erzbischof von Bamberg an den liberalen katholischen Pfarrer Grandinger gerichtete Verbot, öffentlich für die liberale Partei zu agitieren, hatte die liberale Fraktion des bayerischen Landtages an den Bamberger Erzbischof ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich gegen dieses Verbot verwahrte. Der Erzbischof antwortet darauf, indem er sich mit Geschick der von den Liberalen gegen sozialdemokratische Staatsbeamte und Staatsarbeiter gebrauchten Argumentation bedient, mit folgender Abtrumpfung:

„Es lag und liegt mir ferne, die staatsbürgerlichen Rechte der meiner besonderen Aufsicht unterstellten Geistlichen irgendwie

mehr zu beschränken oder zu beeinträchtigen, als sie ihnen durch die besonderen Pflichten ihres Standes ohnehin beschränkt sind. So besitzt an sich jeder Staatsbürger das Recht, zur Ehe zu schreiten, Tanzunterhaltungen zu besuchen, sich zu kleiden, wie er will usw., dem katholischen Geistlichen aber ist dies Recht durch die besonderen Vorschriften seines Standes verwehrt. Dadurch, daß er den Stand seinerzeit freiwillig auf sich genommen hat, hat er auch die mit ihm verbundenen besonderen Verpflichtungen auf sich genommen, ähnlich, wie dies beim Staatsbeamten und Offizier der Fall ist. Wie nun der Staatsbeamte bezüglich der Annahme des Abgeordnetenmandates an die Genehmigung von seiten der vorgesetzten staatlichen Behörde gebunden ist, welche ihm dieselbe erteilen, oder aus einem gerechten Grunde auch verweigern kann, so ist dasselbe auch bei einem Geistlichen der Fall. Wie ferner die Staatsbehörde im Interesse des Staatswohles und der Beamtendisziplin einem Staatsbeamten den Beitritt zu einer grundsätzlich staatsfeindlichen Partei verbieten kann, so dürfte wohl auch der kirchlichen Oberbehörde das Recht nicht abgesprochen werden können, aus Erwägungen religiöser, kirchlicher und seelsorgerischer Natur einem ihr unterstehenden Geistlichen den Beitritt zu einer bestimmten Partei zu verbieten. Dies habe ich seinerzeit im Falle Grandinger getan, indem ich ihm aus Erwägungen kirchlich-seelsorgerischer Natur die Genehmigung zur Annahme des Abgeordnetenmandats nur unter der ausdrücklichen Bedingung erteilte, daß er der liberalen Partei weder als Mitglied noch auch als Hospitant beitrete. Ich hätte Herrn Pfarrer Grandinger unter Berufung auf den hierorts von Tag zu Tag immer drückender sich geltend machenden Priestermangel die Annahme des Mandats einfach verbieten können. Ich mochte dies aber nicht tun, damit es nicht den Anschein gewänne, als wollte ich dem Austrag der Frage: „Kann ein katholischer Geistliche liberaler Abgeordneter sein?" feige aus dem Wege gehen. . . . . Als ich vor Jahresfrist einer ganzen Anzahl von Geistlichen aus Motiven religiös-seelsorgerischer Natur verboten, bei der Stichwahl Erlangen-Fürth mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen, erinnere ich mich nicht, daß von seiten der liberalen Partei hierin eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte von Staatsangehörigen gefunden wurde; ich glaube, daß bei meinem Vorgehen gegen Pfarrer Grandinger, bei welchem mich dieselben Gründe kirchlich-seelsorgerischer Natur leiteten, ebensowenig von einer Verletzung verfassungsmäßiger Rechte die Rede sein kann."

Den liberalen und konservativ-liberalen Blättern ist diese Abfertigung, wie ihr verlegenes Hin- und Hergerede zeigt, höchst unbequem; denn der Bamberger Erzbischof schlägt sie mit denselben Gründen, mit denen sie es bisher rechtfertigten, daß der Staat sich nicht nur der Staatsbeamten entledigt, die der sozialdemokratischen Gesinnung verdächtig sind, sondern auch der in Staatsbetrieben angestellten sozialdemokratischen Arbeiter, und zwar selbst dann, wenn diese nicht, wie Herr Grandinger, öffentlich für ihre Partei agitieren, sondern nur ein sozialdemokratisches Blatt lesen oder bei Wahlen für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen.

Auch der Hinweis auf die Stichwahl in Erlangen-Fürth ist recht geschickt in die Antwort eingefügt; denn damals hat kein einziges liberales Blatt darin eine Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit oder der staatsbürgerlichen verfassungsmäßigen Rechte zu finden vermocht, daß Herr Dr. Abert einer Anzahl katholischer Geistlichen kurzweg verbot, irgendwie die Sozialdemokratie zu begünstigen. Im Gegenteil, damals wurde der Bamberger Erzbischof als einsichtiger, patriotischer, mannhafter Kirchenfürst, als die Blüte der feinsten geistlichen Bildung gepriesen.

Die „patriotische" Presse weiß gegen diese Abfertigung des Erzbischofs denn auch nichts anderes zu erwidern, als daß sie mehr oder minder offen erklärt, was gegen die Sozialdemokratie angebracht sei, schicke sich nicht gegen die Liberalen. So meint die „Tägl. Rundschau", die bekanntlich je mehr sie gegen die Jesuitenmoral eifert, desto unverschämter nach dieser Moral Politik treibt: „Denn es ist etwas anderes, wenn ein Erzbischof die Unterstützung der prinzipiell religionsfeindlichen Sozialdemokratie, als wenn er die Unterstützung des Liberalismus verbietet, der gar nicht daran denkt, religions- oder kirchenfeindlich zu sein, sondern nur an der ultramontanen Infizierung der katholischen Kirche eine sehr berechtigte Kritik übt."

Vielleicht erläßt Herr Dr. Abert zur Abwechselung demnächst wieder ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Verbot. Dann werden ihn die Liberalen wiederum als einsichtsvollen, hochgebildeten Kirchenfürsten feiern. —

Das englisch-russische Abkommen.

London, 18. Februar.

Das Unterhaus besprach gestern die Vorteile und Nachteile des im August 1907 zwischen England und Rußland abgeschlossenen Abkommens über mittelasiatische Streitpunkte. Wenn auch das Abkommen vielfach kritisiert wurde, so erhob sich doch keine Stimme gegen dessen Prinzip. Die oppositionellen Redner anerkannten den Wert und die Bedeutung des Ausgleiches mit Rußland, nur meinten sie, England habe viel geopfert und nichts Greifbares dafür erhalten. Dieser Gedanke lag der Resolution zugrunde, mit der Lord Percy die Debatte eröffnete. Lord Percy, der in der letzten konservativen Regierung den Posten des Unterstaatssekretärs des Aeußeren bekleidete, stellte die Behauptung auf, daß sowohl in Afghanistan wie in Tibet die russische Diplomatie viel mehr erhalten habe, als sie erwartet hatte, und daß in Persien die Handelsinteressen Englands aufgeopfert worden seien, ohne von der russischen Regierung eine bindende Erklärung erhalten zu haben, daß der Persische Golf in die britische Einflußsphäre falle. Das ganze Uebereinkommen habe nichts definitiv geregelt, wohl aber Rußland bedeutende Handelsvorteile verschafft.

In der darauffolgenden Debatte, die 7 Stunden dauerte, sprachen verschiedene Abgeordnete teils für, teils gegen die Regierung. Die wichtigste Rede kam von Sir Edward Grey, dem Minister des Aeußeren, der etwa folgendes sagte:

Man wirft dem englisch-russischen Uebereinkommen vor, es sei an manchen wichtigen Stellen nicht klar genug, um Mißverständnisse auszuschließen. Derselbe Vorwurf kann gegen jedes internationale Uebereinkommen erhoben werden, da es nicht möglich ist, alles vorauszusehen. Hätten die beiden Vertragsmächte alle Ursachen möglicher Mißverständnisse und Reibungen besprochen und ihnen vorzubeugen versucht, dann wäre das Uebereinkommen nicht zustande gekommen. Die Lage in Persien drängte aber zu einem Einverständnis zwischen England und Rußland. Ohne dieses Einverständnis wäre es infolge der konstitutionellen Kämpfe in Persien zu Reibungen zwischen den beiden Großmächten gekommen. Rußland wäre vom Norden her in Persien eingedrungen und England vom Süden. Ein Zusammenstoß wäre unvermeidlich geworden. Es ist auch übertrieben, wenn behauptet wird, daß England bedeutende Handelsinteressen geopfert habe. Denn man muß bedenken, daß Nordpersien in den letzten 20 Jahren finanziell und politisch unter russischem Einfluß geraten war. Die russischen Handelsinteressen sind jetzt dort größer als die britischen. Rußland erhielt auch als seine Sphäre den Nordosten Persiens, um an der Entwickelung Mesopotamiens, die infolge des Baues der Bagdadbahn zu erwarten ist, teilnehmen zu können. Die russische Regierung gab ferner eine schriftliche Erklärung ab, nach welcher das von Lord Lansdowne bezeichnete Verhältnis Englands zum Persischen Golf bestätigt wurde. Auf Grund dieser Erklärung wurde das englische Begleitschreiben zum Uebereinkommen abgefaßt. Aber es war nicht angängig, diese Erklärung dem Uebereinkommen einzuverleiben, da der Golf nur zum Teile persisch ist. Und vom Standpunkte des Handels wird der westliche Teil des Golfs — infolge des Baues der Bagdadbahn — bald viel wichtiger werden als der östliche. Allein die Wichtigkeit des Uebereinkommens liegt nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf strategischem Gebiete. Es handelte sich bei England darum, die Nordwestgrenze Indiens zu sichern, und dieser Zweck wurde vollständig erreicht, indem Seistan (an der Südostgrenze Persiens) zur englischen Einflußsphäre gemacht wurde. In Afghanistan und Tibet hat England nichts geopfert; anderer Meinung können nur diejenigen sein, die dort eine Eroberungspolitik in Aussicht hatten. Die liberale Partei ist aber gegen jede aggressive Politik in den mittelasiatischen Pufferstaaten. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß es der englischen Regierung daran liegt, mit Rußland in Freundschaft zu leben. Lange Jahre herrschte tiefes Mißtrauen zwischen beiden Reichen; jeder Schritt, der von einem der beiden unternommen wurde, fand eine falsche Auslegung, so daß die Beziehungen immer gespannt und zuweilen kritisch waren. Diesem Zustande wollte die englische Regierung ein Ende machen. Und mit diesem Ziele im Auge war es notwendig, Vertrauen zu zeigen, um Vertrauen wecken zu können. Die englisch-russischen Beziehungen sollen nunmehr auf Vertrauen begründet sein, um entstehende Reibungsflächen durch freundliches Einvernehmen befriedigen zu können. Von diesem Geiste war die englische Diplomatie bei der Ausarbeitung und Behandlung des Uebereinkommens geleitet. Die Lage Englands wurde durch die Besserung der Beziehungen zu Rußland erheblich gestärkt. Die liberale Regierung hat nur die Politik Lord Lansdownes fortgesetzt, und wenn die Konservativen wieder zur Regierung gelangen, werden sie finden, daß die Liberalen nicht nur die von Lord Lansdowne abgeschlossenen Freundschaften aufrechterhalten, sondern auch gestärkt und ausgebaut haben. Ebenso haben sie gezeigt, daß man sich auf England verlassen kann.

Greys Auseinandersetzungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Marokko.

Die erste Niederlage von Settat ist von General d'Amade und der französischen Regierung bestritten worden. Und am Mittwoch hat die Regierung abermals Meldungen von französischen Niederlagen und Beunruhigungen Casablancas entschieden dementieren lassen. In den Meldungen des Generals d'Amade vom 20. Februar, worin mehrere Zusammenstöße gemeldet werden unter dem Hinzufügen, daß der Feind überall mit bedeutenden Verlusten geworfen wurde, steht nichts von Niederlagen. Spät am Abend des Donnerstag aber lief die folgende Depesche des Bureau Herold ein:

Paris, 20. Februar. Im Kolonialministerium ist jetzt eine Meldung eingetroffen, welche die Informationen aus englischer Quelle bestätigt, wonach die Franzosen eine Niederlage erlitten und ihre Verbindungen abgeschnitten sind.

Wo der Schauplatz dieser Niederlage ist, welches die abgeschnittenen Verbindungen sind, das läßt sich aus den vorliegenden Nachrichten nicht feststellen. Die Londoner „Central News" haben eine Niederlage bei Settat (südlich von Casablanca) gemeldet; eine Tanger-Depesche der „Frankfurter Zeitung" vom 19. Februar sagt, daß um 8 Uhr 20 Minuten ein Gefecht bei einem Orte Busnika fortdauerte, der 6 Kilometer nördlich von Casablanca liegt. Den Franzosen waren dabei bis dahin 2 Offiziere und 7 Mann getötet und 30 verwundet worden.

Endlich melden Nachrichten aus Tanger, daß die Marokkaner, während General d'Amade mit einer Abteilung sich in der Richtung auf Settat entfernt hatte, bis an die Gärten von Casablanca vorgedrungen seien, wobei die Franzosen viele Tote verloren hätten. General d'Amade sei eine Zeitlang von der Stadt abgeschnitten gewesen; die Marokkaner sollen ein französisches Geschütz erbeutet haben.

Von der französischen Regierung liegt noch keine Aeußerung vor, die die Niederlage zugibt. Vielmehr erließ der Kabinettschef am Donnerstag eine amtliche Note, worin auf das entschiedenste alle Gerüchte von weiteren Truppensendungen zurückgewiesen und das Publikum vor falschen Meldungen gewarnt wird. Indes wird die Nachricht von der Niederlage indirekt bestätigt durch folgende Depesche:

Paris, 29. Februar. Ein Telegramm des Admirals Philibert berichtet, daß er vorsichtshalber alle verfügbaren Geschütze und Mannschaften gelandet habe zur Teilnahme an den **Operationen bei Casablanca.**

Die Lage der Besatzung von Casablanca muß danach sehr böse sein. Mulay Hafid scheint Ernst machen zu wollen mit seiner Versicherung an seine Getreuen, daß er die Franzosen verjagen werde. Der heilige Krieg ist jetzt wirklich entbrannt, und gar bald können die Truppensendungen Wirklichkeit werden, die Clemenceau eben noch entschieden in Abrede gestellt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Februar 1908.

Fortsetzung der Justizdebatte.

Während in der vorhergehenden Sitzung des Reichstags die Klassenjustiz den Kernpunkt der Verhandlungen bildete, wurde heute eine eigenartige Abart desselben, die Rassenjustiz in den sogenannten Ostmarken von dem polnischen Abgeordneten Seyda an den Pranger geschlagen. Er zeigte an Einzelbeispielen, von welch giftigem Haß gegen die Polen in den östlichen preußischen Provinzen richterliche Beamte erfüllt sind, von denen eine angeblich unparteiliche Rechtsprechung ausgeübt werden soll.

Staatssekretär Dr. Nieberding deduziert: „Inkompetenz, preußische Angelegenheit!"

Abg. Wahrenhorst (freikonservativer Amtsrichter aus der Lüneburger Heide) echot: „Inkompetenz, preußische Angelegenheit", — um dann eine seiner unfreiwillig komischen Heidschnuckenreden, diesmal nicht über Pferdezucht, Muttermilch oder Dohnenstieg, sondern über allerhand Rechtsfragen zu halten. Er versichert, daß er kein Blutrichter sei und da dieses Selbstbekenntnis noch nicht einen durchschlagenden Erfolg bei den ungläubigen Sozialdemokraten erzielte, übertrumpfte er es durch den Zusatz: „Glauben Sie es mir, ich bin ein Gemütsmensch!" Der freudig zustimmende Beifall, den diese Worte auslösten, ermutigte diesen parlamentarischen Fritz Triddelfitz noch längere Zeit auf dem weiten Gefilde der Justiz und Moral umherzustolpern wie ein einwöchiges Saugfohlen auf frischgepflügtem Acker. Nochmals wirkte er da erfolgreich auf das Zwerchfell seiner Zuhörer durch die düstere Prophezeiung, daß die Verhandlungen des Moltke-Harden-Prozesses ahnungslose Backfische in Versuchung führen könnten, das, was sie gelesen, „am eigenen Leibe" zu erproben!

Nachdem der freisinnige Abgeordnete Dove einige ganz verständige Ausführungen gegen die Verknöcherung des Juristenrechts gemacht hatte, verbreitete sich der mecklenburgische Abgeordnete v. Maltzan über den Fall der Fürstin Wrede, um davor zu warnen, daß die Gerichte durch ungleichmäßige Behandlung reicher und armer Angeklagter nicht den „Agitatoren" Stoff zu der Behauptung vom Vorhandensein einer Klassenjustiz geben möchten. Diese Brücke benutzte er dann zu einem persönlichen Angriff auf den Genossen Stadthagen, dessen Darlegungen er nicht etwa sachlich bekämpfte — dazu reichte offenbar der junkerliche Intellekt nicht —, sondern gegen den er im Stil und schleppenden Tonfall einer Kaffeeklatsche verschleierte Andeutungen von dem machte, „was sich die Fama über Stadthagens Entlassung aus dem Anwaltsstande erzählt". Auch diese Reichslügenverbandswaffe ist längst schartig und unbrauchbar geworden. Tut nichts! Trotz wiederholter Widerlegung ist sie noch immer gut genug für die junkerlichen Stützen von Thron und Altar.

Der mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte Freiherr v. Brandenstein, Typus: inaktiver Korpsbursch im zwanzigsten Semester, gestattete sich eine Verteidigungsrede der mecklenburgischen Justizverwaltung, nachdem er dem Kommilitonen v. Maltzan einen Hochachtungsschluck gekommen war. Zum Schluß stellte er sich das Attest aus, daß er die mecklenburgische Unparteilichkeit völlig gerechtfertigt habe, was um so notwendiger war, da er sonst keinen Eindruck irgend welcher Art erzielt hatte.

Herr Bassermann beschränkte sich als zweiter Redner der nationalliberalen Partei auf die Frage der Kriminalität der Jugendlichen, für die er besondere Bestimmungen in den neuen Justizgesetzen forderte.

Der Staatssekretär Dr. Nieberding kündigte an, daß in der unmittelbar bevorstehenden Vorlage über die Reform der Strafprozeßordnung für die Jugendlichen neue Bestimmungen getroffen seien. Man möge sich bis dahin das Urteil reservieren.

Dann wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Die nächste Landtagswahl.

Die „Deutsche Tageszeitung" befürwortet in ihrer letzten Nummer, daß der preußische Landtag vor Pfingsten geschlossen wird und dann so bald als möglich die Neuwahl stattfindet.

„Es gibt", meint das Blatt, „für die Wahlen, wenn man die Verhältnisse des platten Landes und auch der kleinen Städte zunächst ins Auge faßt, drei günstige Zeiten, einmal der Spätherbst, dann die Zeit zwischen der Frühjahrsbestellung und der Heuernte und schließlich die Zeit zwischen der Heuernte und dem Beginne der Getreideernte. Am allergünstigsten ist ja, wie die letzten Reichstagswahlen gelehrt haben, der Winter, die Zeit, wo die eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeiten in der Hauptsache ruhen. Bis zu diesem Zeitpunkte lassen sich aber die Wahlen wohl nicht hinausschieben. Man wird also einen von den beiden anderen Terminen wählen müssen, die Zeit vor oder nach der Heuernte. Die Wahl eines dieser Termine würde allerdings nach den einschlägigen Bestimmungen, soweit wir sie überschauen, die Auflösung des Abgeordnetenhauses nötig machen; doch das würde eine Frage von untergeordneter Bedeutung sein. Entschließt man sich nun dazu, den Schluß des Landtages vor Pfingsten eintreten zu lassen und die Wahlen für die Zeit vor oder nach der Heuernte anzuberaumen, dann wird es zweckmäßig, ja vielleicht unvermeidlich sein, den Reichstag um etwa dieselbe Zeit zu schließen oder vielmehr zu vertagen. Die Vertagung wird sich als nötig erweisen, da bis zum Frühsommer der Reichstag die ihm vorliegenden und zugedachten Arbeiten schwerlich erledigen wird und die Arbeit der Kommissionen nicht unter den Tisch fallen darf."

Die lange Auseinandersetzung ist nur als Fühler und zugleich als eine an die konservativen Kreise gerichtete Mahnung, sich auf den baldigen Wahlkampf vorzubereiten, anzusehen. So gut, wie wir, weiß auch die „Deutsche Tageszeitung", **daß die Regierung beabsichtigt, die Landtagswahlen bald nach Pfingsten stattfinden zu lassen. —**

Versprechen und Halten.

Den „Münch. N. Nachr." wird aus Berlin gemeldet, daß die Finanzreform vorläufig, das heißt bis zur nächsten Session, zurückgeschoben, dagegen die Aufbesserung der Gehälter der Reichsbeamten noch in dieser Session erledigt werden soll:

„Was aber die vom Reichstag im Frühjahr 1907 beschlossene, von den Regierungen zugesagte Aufbesserung der Beamtengehälter betrifft, so wird die Vorlage noch in dieser Session eingebracht werden, freilich wohl mit dem Vorbehalt, daß sie erst mit den neuen Steuern in Kraft gesetzt wird, wenn auch dann mit Rückwirkung auf den 1. April 1908."

Die Regierung will also trotzalledem das Versprechen einlösen, mit dem sie bei der letzten Reichstagswahl die Reichsbeamten geködert hat. Die Verpflichtung dazu hat sie zweifellos; aber Versprechen und Halten sind zweierlei. —

Auch ein Arbeiterverein.

Der evangelische Arbeiterverein in Derendorf, einem Stadtteil von Düsseldorf, versendet, um seinem schwachen Mitgliederstande aufzuhelfen, ein Flugblatt, das sich an „alle evangelischen Männer in Derendorf" richtet und folgendermaßen beginnt:

„Unsere Zeiten sind ernst. Wir stehen mitten in großen und schweren Kämpfen. Ein Unwetter erscheint am Horizont, das von Menschen unverantwortlicherweise mehr und mehr herbeigezogen wird. Menschenaufläufe und Straßenkämpfe haben bereits in verschiedenen Städten unseres lieben Vaterlandes stattgefunden. Gewissenlose Leute hetzen Tag für Tag, um ihre Mitmenschen zu veranlassen, auf der Straße zu demonstrieren, während sie selber sich zu Hause wohlbehaglich einschließen. Besonders sucht man den Arbeiterstand mobil zu machen, weil man in ihm die große Masse des Volkes erblickt und weil man ihn am leichtesten verhetzen zu können glaubt.

Keck und immer kecker erhebt die Sozialdemokratie ihr Haupt und meint sich schon künftig als Herrin unseres Vaterlandes aufspielen zu können. Welche

Gefahr für alle national gerichteten, welche Gefahr für alle christlich denkenden Menschen würde heraufbeschworen, wenn es dieser Sozialdemokratie gelänge, die Macht zu erringen!"

Der Schluß wendet sich dann unter Hinweis auf den Spruch: „Fürchtet Gott, ehret den König, habt die Brüder lieb", an alle „evangelischen und vaterländischen Männer" mit der Forderung, mit Einsetzung der ganzen Person mitzuhelfen, daß die evangelischen Arbeiter „vor der Verseuchung durch die sozialdemokratischen Irrlehren bewahrt bleiben und zu gesunder, gesetzlicher Selbsthilfe herangebildet werden."

In den evangelischen Arbeitervereinen haben die Arbeiter nichts zu sagen. Ihre Leitung liegt in den Händen konservativer oder christlich-sozialer Pastoren, Unternehmer und höhere Beamten geben den Ton als Ehrenmitglieder an und die Arbeiter müssen froh sein, wenn sie bei der Feier von Kaisers Geburtstag Hurra schreien und bei Verbandsfesten die Fahne schwenken dürfen. Diese Armen wissen nicht, was die deutsche Arbeiterschaft der Sozialdemokratie verdankt und welche Kulturarbeit sie mit dem gegenwärtigen Wahlrechtskampf verrichtet, sonst würden sie nicht unter dem Motto: Habet die Brüder lieb! ihre Pastoren und Ehrenmitglieder schimpfen lassen über die einzige Kultur- und Arbeiterpartei: die Sozialdemokratie!

Ein Erfolg der Agrarier.

Die Börsengesetzkommission des Reichstages lehnte den § 50 in der Fassung der Regierungsvorlage, der den Getreideterminhandel betrifft, sowie alle dazu vorliegenden Abänderungsanträge ab. Angenommen wurde lediglich der Satz: „Börsentermingeschäfte in Getreide- und Mühlenfabrikaten sind verboten." Die von der Novelle vorgeschlagenen Ausnahmen von diesem Verbote sind also gestrichen.

Damit ist der Getreideterminhandel vollkommen verboten und das Börsengesetz verliert für die breiten Massen der Bevölkerung jedes Interesse. Es entfällt also für die Sozialdemokratie jeder Grund, das Zustandekommen dieses Gesetzes, das jetzt nur mehr den Dank Bülows für die „patriotische" Wahlhülfe der Effektenbörse darstellt, zu fördern. Diesem Blockdienst müssen sich jetzt schon die Konservativen und Antisemiten unterziehen. —

Die freisinnigen Aengsterlinge von Bremerhaven.

Thomsen: Aengsterling? Ja, wenn's den lokalen Machthabern gilt, dann bin ich wirklich ein Aengsterling; in dieser Beziehung hab' ich etwas gelernt in der Schule der Erfahrung. Aber kommen Sie mit hoher Politik; machen Sie selbst der Regierung Opposition und Sie sollen sehn, ob ich Angst habe. (Henrik Ibsen: „Ein Volksfeind". III. Aufz. 3.).

Den Stadtvätern von Bremerhaven lag Mitte vorigen Monats ein Antrag des Stadtrats auf Aenderung der Stadtverfassung vor. Nach § 9,5 der Stadtverfassung steht das Gemeindebürgerrecht (Wahlrecht) demjenigen zu, der bei einem Mietssteuersatz von 4 Proz. mindestens 8 M. an städtischer Mietssteuer entrichtet, also eine Mietwohnung im Werte von mindestens 200 M. inne hat. Nun ist aber durch den Gebietsabtretungsvertrag zwischen Preußen und Bremen bezw. durch das diesem Vertrage zugefügte Protokoll in der Stadt Bremerhaven bestimmt, daß Mietsteuer von denjenigen Personen, die eine Mietwohnung bis zum Mietbetrage von 300 M. im Jahre einschließlich inne haben, nicht mehr erhoben werden darf. Die Folge hiervon ist die, daß, wer eine Mietwohnung von 2—300 M. bewohnt und früher demnach auf Grund des § 9,5 sein Gemeindebürgerrecht ausüben konnte, fernerhin dieses Rechtes verlustig geht. Um das zu vermeiden beantragt der Stadtrat, das Gemeindebürgerrecht jedem zuzusprechen, der eine Wohnung zum Mietwerte von mindestens 200 M. innehat und überhaupt Steuern (Personalsteuer) zahlt.

Die Vertreter der Sozialdemokratie im Bremerhavener Stadthause forderten bei dieser Gelegenheit eine gründliche Verfassungsänderung, nämlich Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe für alle Personen über 20 Jahre.

Stand da als erster Redner nach dem unseren Antrag einbringenden Genossen Schmalfeldt der Stadtv. Rob. L. Meyer auf, ein Mann, der nur mit dem Brustton der Ueberzeugung von seinem Liberalismus zu sprechen pflegt, und sagte, genau nach dem oben zitierten Ibsenschen Musterliberalen, für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Kommune wäre er nicht zu haben, wogegen er sich der Notwendigkeit eines derartigen Wahlsystems für einen Staat wie Preußen absolut nicht verschließe. „Ja, ich würde es bedauern, wenn wir das gleiche Wahlrecht für unsere Kommune einführten, ich befürchte, daß in einem derartigen Falle alles drunter und drüber gehen würde!"

Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust. Die Kourage der Freisinnshelden stellt sich immer erst ein, wenn die Gefahr vorüber ist.

Der Antrag unseres Genossen Schmalfeldt wurde selbstverständlich von der liberalen Majorität niedergestimmt. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen, in welche — ein zweites Heldenstück des Liberalismus! — kein einziger Sozialdemokrat gewählt wurde. —

Freisinnige Wahlrechtsfreundschaft.

Als vor einigen Wochen Herr Naumann in Hamburg linksliberale Ansichten vortrug, jubelten ihm die dortigen Führer der Links- und sonstigen Liberalen zu, und kurz darauf wurden in liberalen Versammlungen Resolutionen zugunsten der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf — Preußen angenommen. „Verschon mein Haus, zünd' andre an," mag dabei manch „Liberaler" gedacht haben.

Nun hat bekanntlich vorige Woche in Hamburg eine Ersatzwahl zur Bürgerschaft stattgefunden, die eine Stichwahl zwischen unserem Genossen Umland, dem nur 21 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten, und einem „liberalen" Gegner eines wirklich demokratischen Bürgerschaftswahlrechts im Gefolge hat. Zur Hauptwahl war von allen Richtungen eine ungeheure Agitationsarbeit geleistet worden, so daß in dem Bezirk 96,5 Proz. der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben. An dritter Stelle standen die „entschieden" Liberalen („Vereinigte Liberale" nennen sie sich), die nur der Stichwahl fernzubleiben brauchen, um unseren Genossen mit großem Mehr durch's Ziel gehen zu lassen. Aber solch eine offizielle Parole ist nicht erfolgt! Zwischen den beiden Stichwahlkandidaten pendeln nun, wie der bekannte Esel zwischen den beiden Heubündeln, die Linksliberalen hin und her. Das volksparteiliche „Hamburger Fremdenblatt" hat die Parole ausgegeben, dem bürgerlichen Kandidaten die Stimme zu geben, „der uns trotz alledem näher steht als der Sozialdemokrat." Ein Musterbeispiel für die „freisinnige" Wahlrechtsfreundschaft!

Im letzten Augenblick — die Stichwahl findet Freitag statt — haben der Führer der Vereinigten Liberalen, Dr. Braband und der ausgefallene Kandidat dieser Partei, Chefredakteur Platen, in der liberalen Presse das Wort ergriffen, um für ihre Personen zur Stichwahl „Stellung" zu nehmen.

Ersterer sagt: „Wenn die Fraktion der Linken einen Kandidaten aufstellt, der auch so gar nichts Liberales in seiner Anschauung hat, so kann sie sich nicht wundern, wenn Vereinigte Liberale diesem ihre Stimmen nicht geben können, in ihm ein ebenso großes, oder vielleicht ein zurzeit noch größeres Uebel als in Herrn Umland sehen werden." Platen erklärt: „Der frühere Kandidat der Vereinigten Liberalen im 45. Bezirk muß es für seine Person ablehnen, Herrn Wächtler — so heißt der „Linkenmann" — irgendwelche Wahlunterstützung zu leisten." Klipp und klar auszusprechen: Wählt den Sozialdemokraten! bringen beide Herren nicht fertig! —

Der Zentrumspfarrer und der Arbeiter. Am 1. September v. J. kam es in einer Versammlung zu Ingolstadt zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den Christlichen, die durch Geheul die nichtchristlichen Redner unterbrachen. Auch der bekannte Zentrumsagitator und Stadtpfarrer Heller benahm sich in einer Weise, daß ein Arbeiter sich gedrungen fühlte, den geistlichen Herrn zu ermahnen, er möge doch parlamentarischen Takt bewahren und sich zum Wort melden, wenn er mit den Ausführungen seiner Gegner nicht einverstanden sei. Das erboste den frommen Mann derart, daß er dem Mahner zurief: „Halten Sie das Maul, Sie grüner Junge!"

Deshalb wegen Beleidigung verklagt, machte er vor Gericht geltend, daß er durch den Standesunterschied, der zwischen ihm und dem beleidigten Arbeiter bestehe, zu seiner Antwort berechtigt gewesen sei. Um aber nicht der Strafe zu verfallen, mußte er sich schließlich bequemen, dem Arbeiter öffentlich Abbitte zu leisten und alle Kosten zu übernehmen. —

Auch ein Reichsverbandssieg.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kassel hat die sozialdemokratische Liste glänzend gesiegt. Sieben Genossen, darunter Scheidemann und Hauschild, sind mit 2688 bis 2858 Stimmen auf sechs Jahre gewählt, zwei weitere Parteigenossen als Ersatzleute auf zwei Jahre. Was diesem Resultat ein besonderes Interesse verleiht, ist der Umstand, daß die bürgerlichen Parteien, die sich unter Führung des Reichsverbandes geeint hatten, vereinigt zu Boden geworfen wurden. Der Reichsverband unterhält in Kassel eine eigene Geschäftsstelle und die dortigen Liebert-Jünger spielten sich von allem Anfang an als Vormünder der bürgerlichen Parteigruppen auf. Sie beriefen die Vorstände der bei den Stadtverordnetenwahlen in Frage kommenden Vereine und vereinbarten mit ihnen eine gemeinsame bürgerliche Kandidatenliste.

Ein „brauchbarer" Unteroffizier!!

Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener in 10 Fällen, sowie wegen Abhaltung eines Untergebenen von einer Beschwerde, hatte sich der Unteroffizier Galle vom 12. Artillerie-Regiment vor dem Kriegsgericht in Dresden zu verantworten. Der Soldatenschinder hat die Untergebenen, meist Rekruten, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit geohrfeigt, daß es nur so klatschte. Ein Soldat hat einen kräftigen Schlag ins Genick erhalten, der weithin hörbar war. Als sich der Soldat die getroffene Stelle hielt, drohte ihm der Angeklagte noch mehr zu geben. Ein anderer Soldat hat einen Schlag mit der Säbelscheide über die Hand bekommen, und ein weiterer wurde „Schweinehund" genannt. Von zwei der geohrfeigten Soldaten hat einer vor Schmerz geweint und der andere einen Tag auf dem getroffenen Ohr nichts hören können. Als sich ein Soldat wegen allzu großer Schmerzen krank melden wollte, hat ihn der Angeklagte durch Drohungen davon abzuhalten versucht. Der Oberleutnant des Angeklagten, der als Verteidiger (!) fungierte, stellt dem Soldatenschinder ein sehr gutes Zeugnis aus, er habe die Straftaten im „Pflichteifer" begangen. Der Angeklagte habe eine sehr gute Gesinnung und sei ein „diensteifriger" Unteroffizier. Alle Straftaten seien nur als vorschriftswidrige Behandlung anzusehen, nicht als Mißhandlung. Es sei ja, so sagte der Oberleutnant, bedauerlich, daß sich der Angeklagte habe zu Tätlichkeiten hinreißen lassen, **aber solche Unteroffiziere seien den Offizieren lieber und brauchbarer als solche, die den Untergebenen gegenüber ruhig bleiben.** Er beantragt, auf die gesetzliche Mindeststrafe in allen Fällen zu erkennen. Der Vertreter der Anklage versucht, den unangenehmen Eindruck der Rede des Oberleutnants durch eine Erwiderung abzuschwächen, damit diese, wie er sagt, „nicht falsch verstanden" werde.

Das Kriegsgericht verurteilt den Soldatenschinder zu der höchst zulässigen Arreststrafe von sechs Wochen!!! Auf eine höhere Strafe konnte das Gericht nicht erkennen, sonst hätte es Gefängnis auswerfen müssen (das wäre ja schrecklich gewesen!), und dazu waren die Fälle zu „leicht" und in der „Erregung" begangen.

Oesterreich.

Die Balkanbahn.

Wien, 20. Februar. Bei Besprechung des Artikels der Petersburger „Rossija" über das Sandschakbahnprojekt erklärt das offiziöse „Wiener Fremdenblatt", daß die Besorgnis, Oesterreich-Ungarn veranlassen könnte, seine bisherige Haltung in der Widerstand gegen das Reformwerk unterstützen, gänzlich unrichtig sei. Nichts sei geschehen und nichts werde geschehen, was Oesterreich-ngarn veranlassen könnte, seine bisherige Haltung in der Reformfrage zu ändern.

Frankreich.

Ein Spionageprozeß.

Toulon, 20. Februar. Vor dem Marinekriegsgericht begann heute der Prozeß gegen den der Spionage beschuldigten Schiffsfähnrich Ullmo. Der Staatsanwalt beantragte Ausschluß der Oeffentlichkeit, während der Verteidiger Ullmos dafür eintrat, daß der größte Teil der Verhandlungen öffentlich stattfinde. Der Gerichtshof beschloß, dem Antrage auf Ausschluß der Oeffentlichkeit nicht stattzugeben.

Belgien.

Klerikale Arbeiterfeindschaft.

Brüssel, 15. Februar 1908. (Eig. Ber.)

Zum Aufputz ihrer „Arbeiterfreundlichkeit" haben sich die belgischen Klerikalen zwar zwei radikale Minister mit sozialem Anstrich beigelegt — aber von ihrem Einfluß hat man bis jetzt noch nichts zu spüren bekommen. Im Gegenteil ist weit eher anzunehmen, daß sich der ministerielle Radikalismus den bewährten kapitalistisch-klerikalen Tendenzen anpaßt, als umgekehrt. Jedenfalls haben die Klerikalen diese Woche wiedr gezeigt, mit welcher Sorte Arbeiterfreundlichkeit sie die belgischen Arbeiter beglücken. — In die Debatte über das Eisenbahnbudget schob sich die sozialistische Interpellation über das Grubenunglück in Quaregnon im Januar d. J., das, wie die Bergarbeiterdeputierten in ihren sachlichen Darstellungen nachwiesen, durch eine sträfliche Leichtfertigkeit der Berginspektoren verschuldet worden war. Daß die Regierung den Vorwurf der Sozialisten, der Sachwalter kapitalistischer Interessen zu sein, vollauf verdient, bekräftigte sie durch ihre Haltung in der Debatte. Für die Wahrung dieser Interessen darf die Regierung denn auch immer auf eine Majorität rechnen, die auch pünktlich die sozialistische Tagesordnung abgelehnt hat, in der ausgesprochen ist, daß die Katastrophe durch eine wachsamere und ernsthaftere Inspektion hätte vermieden werden können. Immerhin erscheint die Ablehnung dieser Tagesordnung, durch die sich die Regierung einen eigenen schweren Tadel zugefügt hätte, moralisch begreiflich. Daß aber das Haus auch die liberale Tagesordnung Masson rundweg abgelehnt hat, die in übrigens ganz unbestimmter Form verlangt, daß die Arbeiterdelegierten für die Inspektion von der „Arbeiterklasse" ernannt werden (entgegen der sozialistischen Forderung übrigens, die sie direkt von den Gewerkschaften gewählt haben will), vergegenwärtigt noch um so deutlicher den engherzig-klassenpolitischen und kapitalistischen Charakter der Kammermajorität und den gerühmten „sozialen" Zug der Klerikalen.

Italien.

Der Prozeß Nasi.

Rom, 20. Febr. (Privat-Telegr. des „Vorwärts".) Muratori, der Verteidiger Nasis, bestreitet die strafrechtliche Verantwortung seines Klienten, da die Ausgaben von den staatlichen Rechnungsbehörden geprüft und bestätigt worden seien. Der Tatbestand des Unterschleifs sei nicht gegeben wegen des Fehlens des persönlichen Vorteils und des spezifischen Dolus. Der Senat folgte der Rede mit größter Aufmerksamkeit. Muratori wird morgen endigen. Das Urteil wird für Sonnabend erwartet.

England.

Parlamentarische Korruption.

Im Unterhause wurde gestern, nach einer Meldung des „B. T.", von dem liberalen Abgeordneten Lee die parlamentarische Korruption zur Sprache gebracht. Dabei wurde die Existenz von geheimen Fonds aufgedeckt, die für Wahlzwecke dienen. Nach den Ausführungen des Liberalen Lee habe unter Balfour ein eigener Tarif für die Erlangung von Titeln und Dekorationen bestanden. Der Preis für die Peerswürde habe in den letzten Jahren drei Millionen Mark betragen. Von Juni 1903 bis September 1905 ernannte Balfour 13 Peers, 16 Mitglieder des geheimen Rats, 33 Barone und 76 Ritter; davon sind 28,1 Proz. Mitglieder des Hauses. Vom Dezember 1905 bis Anfang 1908 schuf Campbell-Bannerman 20 Peers, 19 Geheimratsmitglieder, 23 Barone, 95 Ritter, von denen 22,1 Proz. Unterhausmitglieder sind. Ich will nicht sagen, fügte Lee hinzu, daß alle Mitglieder sich wählen ließen, um soziale Vorteile zu erhalten. Niemand könnte diese Anklage gegen die Sozialisten und die Arbeiterpartei erheben. Wie radikal aber auch ein Mann ist, so scheint doch in der Atmosphäre des Hauses ein Bazillus zu sein, der nach längerer Zeit seine Wirkung nicht verfehlt. Vor zwei Jahren bin ich Mitglied einer Kommission gewesen; der Präsident wurde zum Ritter geschlagen, einer seiner Kollegen weigerte sich, ihm zu gratulieren, indem er bemerkte, daß dies eher ein Anlaß zum Bedauern und Mitleid als zur Gratulation sei. Denken Sie sich mein Erstaunen, als nach acht Monaten dieser Entrüstete selber zum Ritter geschlagen wurde. Beide waren Radikale (einer davon der bekannte Cremer, Inhaber des Nobelpreises). Was hat denn das Haus Stern für die Krone oder auf dem Felde der Ehre getan, daß zwei seiner Mitglieder Peers wurden, und zwar eines von einem liberalen Ministerium, das andere von einer Tory-Regierung kreiert? Zwei andere Peerswürden sind auf die Begründer von „Answers" (eine populäre reklamesüchtige Wochenschrift) und „Comic Cuts" (ein Witzblatt) sowie auf die Begründer der „Daily Mail" gefallen, die nun alle unter den Aristokraten sitzen und für uns Gesetze machen.

Amerika.

Die imperialistische Politik.

Das von der japanischen Regierung überreichte Memorandum über die Einwanderungsfrage erfüllt die meisten amerikanischen Forderungen. Dagegen stößt das Vordringen Japans in der Mandschurei neuerdings auch in den Vereinigten Staaten auf Widerstand. Entgegen dem Versprechen, das Prinzip der offenen Tür in der Mandschurei zu respektieren, suchen die Japaner die Verkehrsmittel und den Handel immer mehr für sich zu monopolisieren. Die Chinesen stehen diesem Vordringen Japans machtlos gegenüber und hoffen auf eine Intervention der Vereinigten Staaten. Diese suchen unterdessen ihre militärische Stellung gegenüber Japan zu stärken. Dem dient nicht nur die Fahrt der amerikanischen Flotte nach dem Pacific, sondern auch die Befestigung der Philippinen. Deren Hauptstadt Manila soll zu einer Flottenbasis ausgestaltet werden. Dort soll dann ein starkes Geschwader ständig unterhalten werden.

Stadtverordneten-Versammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Michelet eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Zur Generaldiskussion steht der Entwurf betreffend die

Festsetzung des Stadthaushaltsetats für 1908.

Der Entwurf balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 159 068 902 M., 11 566 168 M. mehr als im Vorjahre.

Stadtkämmerer Dr. **Steiniger**: Im Gegensatz zum vorigen Jahre, wo 75 000 Einwohner mehr festgestellt wurden, ergab sich am 1. Januar d. J. eine kleine Verminderung von 1701 Seelen. Trotzdem ist der Netto-Etat auf 159 Millionen gestiegen, es sind 11 Millionen = 8 Prozg. Plus. Der gesamte Aufwand an Zinsen usw. für unsere Schuldenverwaltung beträgt jährlich 28 Millionen = 13,33 M. pro Kopf. Es ist ferner kein Geheimnis mehr, daß wir über 300 Millionen neuer Anleihen demnächst bedürfen. Ich muß mit dem preußischen Finanzminister fragen: Wohin soll das führen? Mir ist es nicht klar. Jedenfalls kann man sagen: Die Städte leben im Zeichen der Schulden! Gewiß sind Anleihen zu werbenden Anlagen nicht gefährlich, aber als werbende Anlage steht uns nicht allzuviel zur Verfügung. Die neue Anleihe ist im Prinzip bereits genehmigt; immerhin werden wir uns in Zukunft tunlichste Beschränkung auferlegen. Ohne Bauten ist ein Gesamtaufwand für das Schulwesen von 29 Millionen erforderlich, mit Bauten 35,4 Millionen. Die Reform der Oberlehrergehälter und eine kleine Reform des Schulgeldes Auswärtiger kommen beim höheren Schulwesen zum Ausdruck. Die Realschulen sind von letzterer Erhöhung noch nicht getroffen; der Magistrat meint aber auch hier, die zahlreichen auswärtigen Schüler zu einer kleinen Erhöhung des Beitrages zu unseren Selbstkosten heranzuziehen zu sollen. Der Zuwachs der Bevölkerung, soweit er sich in der Schülerzahl der Gemeindeschulen ausdrückt, ist nur noch minimal; um so freundlicher wird die Versammlung es wohl begrüßen, daß für neue Schulbauten nicht weniger als 6,3 Millionen im Etat stehen — der Durchschnittssatz der letzten 10 Jahre war nur 2½ Millionen. Der Zuschuß auf den Kopf des Gemeindeschülers springt auf 88 M., ohne die Bauten. Die Pflichtfortbildungsschulen werden mit einem Mehr von 38 000 Schülern in den Etat eingesetzt. Hier wie bei den Wahlfortbildungsschulen und den Fachschulen sind Reformen im Werke, die sich auf die Lehreranstellung und -Besoldung usw. beziehen. Die Armenverwaltung im weitesten Sinne, mit Waisenpflege, Arbeitshaus und Obdach, erfordert einen erhöhten Zuschuß von 14,9 Millionen. Das Mehr der Ausgaben von ¾ Millionen rührt von den Hospitälern her. Beim Arbeitshaus wird eine Minderbelegung von 350 Köpfen — 2300 statt 2650 — vorgeschlagen. Aus diesen und den Ziffern im Obdach lassen sich weitgehende Schlüsse auf besonders schlechte Zeiten nicht ziehen. — Die Fürsorgeerziehung nimmt ein Mehr von 700 Zöglingen in Aussicht. Auffällig sind die ungemeinen Unterschiede zwischen den Kosten in der städtischen und in der Privatpflege. Gegensätze, die sich bis 1100 : 220 steigern! (Hört! hört!) Was **die Krankenhausverwaltung** betrifft, so ist gegenwärtig der Ansturm auf unsere Betten wieder ein ganz gewaltiger; **er kann zum Teil nicht befriedigt werden**, anscheinend, weil ein Teil unserer Krankenhäuser zu sehr auf Spezialitäten eingerichtet ist. Gegen den Ansturm sind besondere Maßregeln getroffen; so sind z. B. alle etatsmäßigen Betten im Virchow-Krankenhause zur Verfügung gestellt worden. Die Meinung, daß die Vororte jetzt schärfer mit eigenen Krankenhausbauten vorgingen und die Zahl der auswärtigen Kranken sich bei uns vermindern würde, hat sich als falsche Prophezeiung erwiesen. Wir werden erneut prüfen müssen, wie wir die Vororte stärker heranziehen können; denn wir haben weder Pflicht noch Berechtigung, ihnen täglich pro Kopf wie im Virchow-Krankenhause 8,9 Mk. zuzuschießen. Ich finde es auch nicht richtig, daß unser steuerzahlendes Bürgertum von

diesen Anstalten gar nichts hat; ich will ihm nicht eine Extrawurst braten, aber es muß an der Extrawurst entsprechend beteiligt werden. Die **Irrenanstalten** verlangen bei Mehrbelegung von 5 Proz. einen Mehrzuschuß von 12 Proz.; es ist hier, wie bei den Krankenhäusern, eine neue Lohnordnung vorgesehen, die hoffentlich die erhobenen Klagen beseitigen wird. Unter den Hochbauten wird das neue Verwaltungsgebäude noch 1 Million aus Anleihen erfordern; aus laufenden Mitteln erfordert unter anderem das Virchow-Krankenhaus 1,1 Million. — Unter den **Brückenbauten** ist eine erste Rate für den Bau der massiven Hansabrücke vorgesehen.

Nach dem Vorgang von Staat und Reich könnten wir nicht gut mit Besoldungsverbesserungen zurückbleiben, es sind dafür 1½ Millionen einstweilen als Pauschquantum ausgeworfen. Soweit das oberflächliche Bild über die Ausgaben. Unter den Einnahmen figurieren zunächst die Werke; ihr Ergebnis verschlechtert sich um nahezu 20 Proz. im ganzen; unter anderem sind bei den Wasserwerken 600 000 M. minus. Die Renten bringen ein ganz erhebliches Mehr, von der Imperialgasgesellschaft und den Elektrizitätswerken (1 Million mehr) bis zu den Straßenbahnen. Wenn es bei 14 Millionen Ueberschuß nicht gelingt, einen einzigen besonderen Fonds zu stiften oder höher zu dotieren, so ist das für mich sehr beschämend (Oho! Oho!), aber diese Beschämung wird dadurch gemildert, daß wir aus ordentlichen Mitteln viele Bauten bestreiten, die andere Gemeinden fröhlich auf Anleihen nehmen würden. Der Rest ist Steuern!

Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen ist auf 669 000 gestiegen, die unter 3000 M. auf 613 000 veranschlagt. Die Umsatzsteuer hat nicht einmal die veranschlagten 5 Millionen gebracht. Die Umwandelung Berlins zur Handelsempore macht die einzelnen Steuerzahlen mehr und mehr unsicher. Die Aussichten sind für die Zukunft nicht durchweg erfreulich; 1909 wird die Einkommen- und Gewerbesteuer Ausfälle haben. Die Anleihezinsen steigen 1909 um 2 Millionen. Ich wünsche Ihnen sehr viel Freude an dem Etat; er bringt ja vieles und also jedem etwas. Vorsicht und Zurückhaltung ist für die nächste Zukunft jedenfalls geboten. (Beifall.)

Stadtv. **Bruns** (Soz.): Der Herr Kämmerer hat doch vielleicht die nächste Zukunft etwas zu schwarz gemalt. Ich glaube nicht, daß unsere Ausgaben wesentlich eingeschränkt werden müssen, weil die Steuern nicht mehr aufgebracht werden. Wir werden auch in Zukunft mit Ueberschüssen aus diesem Etat zu rechnen haben; denn es werden z. B. einige Millionen im Bauetat im Jahre 1908 gar nicht verbaut werden können. Zweckmäßiger wäre es ja gewiß gewesen, wenn wir schon in früheren Jahren daran gedacht hätten, einen Fonds anzulegen, in welchem Ueberschüsse der Vorjahre gesammelt werden, auf die in Zeiten des Niederganges hätte zurückgegriffen werden können. Für diesmal wird es damit zu spät sein, aber hoffentlich wird es uns künftig, wenn wir wieder einmal im Gelde schwimmen sollten, zur Lehre dienen. Ich fürchte mit dem Kämmerer, daß der Einkommensteueretat etwas zu hoch angesetzt ist; die jetzt so scharf niedergehende Geschäftskonjunktur wird hier den Etat vielleicht sehr korrigieren. Die Zahl der unter 3000 M. Einkommen veranlagten Censiten ist im Etat stark erhöht, aber gerade diese Klasse hat beim Abflauen des Geschäfts am meisten zu leiden, und bei ihr wird dann der Steuerexekutor zuerst heimisch werden. Bei der Stundung der Steuern ist also auch die Lage der Konjunktur zu berücksichtigen. Als es sich um die Wertzuwachssteuer handelte, sagte der Oberbürgermeister, es wäre nicht zweckmäßig, ein solches Steuerobjekt unbeachtet zu lassen und andere zur Steuer heranzuziehen, die gerade nach Möglichkeit davon befreit werden müßten. Die heutige Situation zeigt, daß die Ablehnung damals ein ganz besonders großer Fehler war. Der Zuschlag zur Braumalzsteuer ist wieder mit 750 000 M. eingestellt; es ist dies eine indirekte Steuer, welche Kreise belastet, die man doch nicht doppelt belasten sollte, und ich würde es der Erwägung anheimgeben, für diese Steuer eine andere, weniger ungerechte, ausfindig zu machen.

Bei den Werken schließt der Gasetat noch immer mit einem bedeutenden Ueberschuß ab; die Gaswerke sind auch in Zukunft noch entwickelungsfähig. Der Ueberschuß der Gaswerke stellt einen Reingewinn von über 11 Millionen dar. Mit gewissem Bedauern konstatierte der Kämmerer, daß er nicht — wie die Privatindustrie — in niedergehenden Konjunkturen auch die Arbeiterlöhne herabsetzen kann; unsere Zustimmung würde er zu solcher Maßregel nicht finden. Gerade die Kommune hat die Pflicht, in schlechten Zeiten den Lohn hochzuhalten. Ganz gern gebe ich zu, daß vieles auch bezüglich der Löhne bei den städtischen Werken und Anstalten besser geworden ist. Die Pfleger und Pflegerinnen in den Krankenhäusern haben jetzt bestimmte Lohnsätze und Zulagen. Die Einführung solcher Regulierungen ist stets das Ziel meiner Freunde gewesen. Die Entlassung von Arbeitern nach Möglichkeit einzuschränken, sollte sich auch die Verwaltung der Gaswerke zur Aufgabe machen; ein ständiger fester Stamm von Arbeitern muß da sein, und außerdem sollte doch die Arbeitszeit auf allerhöchstens 9 Stunden herabgesetzt werden. (In der Versammlung herrscht fortdauernd lebhafte Privatunterhaltung; der Vorsteher ersucht wiederholt um Ruhe.) Mit der Aufbesserung der vielfach noch ganz ungenügenden Löhne, wie z. B. beim Viehhof, geht die Verwaltung angesichts der ungeheuren Steigerung aller Preise viel zu langsam vor. Geklagt wird ferner, daß das Verhältnis zwischen Verwaltung, Beamten und Arbeiterschaft nicht überall so ist, wie es sein sollte. Erst vor einigen Tagen drohten die Arbeiter im Wuhlgarten mit Arbeitseinstellung, wenn das Essen nicht besser würde. Da sollte es doch der Verwaltung naheliegen, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, damit dergleichen nicht vorkommen kann. 1½ Millionen sind für **eventuelle** Beamtenbesoldungsverbesserungen eingesetzt, aber wahrscheinlich wird weder das Reich noch der Staat in diesem Jahre damit vorangehen, und die Summe wird für dieses Jahr daher erspart werden. Ich finde es nicht richtig, daß die städtische Verwaltung Aufbesserungen, die sie für notwendig hält, nur nach dem Vorgang von Reich und Staat eintreten lassen will. Wir haben unsererseits Ihnen seit 1884 eine Reihe von Anregungen unterbreitet, die zuerst abgelehnt worden, schließlich aber doch durchgedrungen sind. Von uns ging 1884 die Anregung zu den gewerblichen Schiedsgerichten aus, 1885 verlangten wir zuerst die obligatorische Fortbildungsschule, die Herr Bertram weder für notwendig, noch für wünschenswert erklärte, und 1897 wurde unser Antrag angenommen; dann haben wir 1886/87 die Reliktenversorgung für die städtischen Arbeiter angeregt, über die man zuerst hier zur Tagesordnung überging. Von uns ging die Anregung zu den Brausebädern in den Gemeindeschulen aus; Herr Spinola bekämpfte beides, heute haben wir beides! Aehnlich ging es mit den Schulärzten. (Der Vorsteher bittet dringend um Ruhe.) Das Programm des Oberbürgermeisters bei Gelegenheit der Wertzuwachssteuer enthielt auch die Herabsetzung der Klassenfrequenz, die Einrichtung von Waldschulen, die Erbauung weiterer Krankenhäuser und Irrenanstalten: alles Punkte, denen wir freudig zustimmen; leider aber hat dieses Programm keine Aussicht, wenn wir — nach den Worten des Kämmerers — uns nach der Decke strecken sollen. Für die Krankenpflege insbesondere geschieht noch lange nicht genug. Ist das Virchow-Krankenhaus voll besetzt, so müßten wir eigentlich sofort ein neues Krankenhaus zur Verfügung haben. Dasselbe gilt von den Irrenanstalten. (Vorsteher: Meine Herren! Wenn Sie schon jetzt nicht Ruhe halten können bei dem ersten Redner, was soll denn nachher werden? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die vierte Irrenanstalt, zu der noch kein Spatenstich gemacht worden ist, könnte schon jetzt voll belegt werden mit jenen Kranken, die private Unterkunft finden müssen, dort aber nicht die gehörige Verpflegung haben. Das gleiche gilt von Wuhlgarten; 234 Kranke sind in Privatanstalten untergebracht. Vernachlässigt ist auch völlig die Wohnungsfürsorge. Die Bautätigkeit ist jetzt kolossal vermindert; gibt es einen neuen Aufschwung, so werden wir vor einer großen Wohnungsnot stehen. (Zuruf: Gar nicht dran zu denken!) Ja, wir haben eine dauernde Wohnungsnot in Berlin in dem Sinne, als viele Menschen nicht so wohnen können, wie sie wohnen sollten. Damaschke hat eine Statistik gegeben, nach der in 2917 Wohnungen 74 917 Menschen wohnen, welche nur über ein einziges Gelaß verfügen. In diesem einzigen Gelaß wird oft genug gekocht, gegessen, gearbeitet, geboren und gestorben! Eine kürzliche Wohnungsenquête der Krankenkasse der kaufmännischen Angestellten gibt auch von dieser Wohnungsmisere ein erschreckendes Bild. Solange dieses Grundübel nicht beseitigt ist, werden wir nach wie vor ungezählte Millionen für Kranken- und Irrenhäuser ausgeben müssen. Dieser Wohnungskalamität muß entgegengearbeitet werden, nicht erst, wenn sie uns auf den Nägeln brennt, sondern schon vorher. (Zuruf: 13 000 leere Wohnungen!) Was nützen diese 13 000 allen denen, die sie nicht bezahlen können! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kämmerer will anscheinend auch dem besseren Bürgerstand Gelegenheit geben, in unseren Krankenhäusern unterzukommen. Selbstverständlich werden die Krankenhäuser jedem geöffnet sein, der hineingehen will; ich wüßte nicht, daß sie nur dazu da sind, Arme zu heilen. Aber, wenn Sie etwa die Absicht haben, Krankenhäuser erster und zweiter Klasse zu schaffen, so werden wir dem nicht zustimmen. Gerade im Gegenteil ist es notwendig, daß die Angehörigen des Bürgertums in unsere Krankenhäuser hineingehen; vielleicht kommen dann notwendige Verbesserungen schneller zustande. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Verbesserung des Gemeindeschulwesens käme nicht bloß den Kindern der ärmeren Volksschichten zugute, sondern wäre eine Verbesserung für die Gesamtheit und eine sehr nutzbringende Kapitalsanlage. In dem Reisebericht über amerikanische Verhältnisse, den eine offizielle preußische Kommission erstattet hat, wird ausdrücklich erwähnt, daß die gemeinsame Volksschule für Arm und Reich die Klassenunterschiede auslöscht. Damit komme ich auf die Vorschulen, die ja auch manche Liberalen abgeschafft wissen wollen. Gerade wir in Berlin hätten doch die beste Gelegenheit, die Probe darauf zu machen. Die Vorschulen sind ein Hemmschuh für die Entwickelung unserer Volksschulen. Solange ein kleiner Prozentsatz der besser Situierten die Vorschulen frequentiert, kommen wir mit der Hebung der Volksschule nicht so voran, wie es sonst geschähe. — Noch ein Wort über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Sie haben bisher diese unsere Anträge abgelehnt, weil solche Forderung dem sozialistischen Zukunftsstaat in die Arme führe. Die schon erwähnte Kommission findet, daß diese Einrichtung von ungeheurem Einflusse auf die günstige Entwickelung der Schule und des Volkes gewesen ist; dort drüben braucht sich niemand zu schämen, daß er seine Lehrmittel aus allgemeinen Mitteln erhält.

Die Entwickelung des Pflichtfortbildungsschulwesens, das auf unser Betreiben eine städtische Einrichtung geworden ist, wird noch vielfach durch die kleinen Handwerksmeister gehemmt, die auf diese Schule scheel blicken, da sie ihnen die Lehrlinge zu ihnen ungelegener Zeit entzieht. Die Verwaltung sollte diesen Klagen nicht Gehör schenken; die kommunalen Lehrlingswerkstätten Amerikas mit ihren anerkannten Erfolgen reden auch hier eine beredte Sprache. Die Festschrift zur Hundertjahrfeier der Städteordnung, die vorbereitet wird, sollte auch auf die Mängel hinweisen, welche sich in der Zwischenzeit herausgestellt haben, so auf das Privileg der Hausbesitzer. Was vor hundert Jahren vielleicht gut war und notwendig schien, hat sich seitdem als überflüssig und schädlich herausgestellt. Ein großer Teil unserer Klagen über die soziale Rückständigkeit Berlins hat in diesem Mißverhältnis seine Ursache. Mancher Hausbesitzer glaubt tatsächlich, was seinem Stande frommt, müsse auch der Gemeinde und allen übrigen Gemeindeangehörigen frommen. Solche Erscheinung beweist, wie dringlich die Beseitigung dieses Privilegiums ist. Die Dreiklassenwahl ist ebenfalls für die Abschaffung reif; denn sie entspricht den heutigen Verhältnissen nicht mehr; es ist an der Zeit, diese Bestimmung der Städteordnung zu ändern und ein allgemeines Kommunalwahlrecht einzuführen. Wir alle wollen die Selbstverwaltung hochhalten, aber sie kann nur dann durchgeführt werden, wenn die Leitung nicht in die Hände weniger gelegt wird, sondern die große Masse der Wähler gleichberechtigt daran teilnimmt; erst dann wird von einer wirklichen Selbstverwaltung geredet werden können, die auch wirkliche und energische Fortschritte verbürgt. In diesem Sinne werden wir an dem Etat die Prüfung vornehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Wegen des Hausbesitzerprivilegs bestehen bei uns keine Meinungsverschiedenheiten. (Hört! hört!) Unsere Abstimmungen sind nicht davon abhängig, ob wir Hausbesitzer sind oder nicht. (Zuruf des Stadtv. Hoffmann: Wertzuwachssteuer!) Ich würde es mit Freude begrüßen, wenn dieses Privileg fällt. Doch zum Etat! Wo sind die 14 Millionen Ueberschuß geblieben? Aber eigentlich kommen ja nur 3 Millionen in Betracht; denn schon im vorigen Jahre hatten wir 11 Millionen Ueberschuß, deren Quelle fortwährte, aber auch die Ausgaben daraus. Nur diese besonderen Einnahmen machen es möglich, den Etat zu balancieren. Der Etat ist nicht zu knapp; wir haben für Gemeindeschulen 4,4 Millionen mehr und dabei ungewöhnlich hohe erste Raten für Bauten eingestellt. Von früher sind noch zirka 26 Millionen solcher bewilligten Baugelder unverbraucht vorhanden. Hört! hört!) Hoffentlich wird das alles bald ausgeführt. Für Armenwesen geben wir über 490 000 M. mehr aus, für Krankenpflege über 1 Million, ebenso für Unterricht; diese Erhöhungen von 1907 auf 1908 sind erheblich höher als die von 1906 auf 1907!

Herr Bruns hat uns eine Reihe Einrichtungen aufgezählt, die seinen Freunden zu verdanken wären. Es wäre nicht schwer, an der Liste manches zu korrigieren. Bertram hatte ganz ausgezeichnete Verdienste und er war kein Freund der obligatorischen Fortbildungsschule, darum konnte sie sich nicht sofort so entwickeln, wie es sonst geschehen wäre. Aber wenn diese Erfolge errungen sind, so können Sie doch diese Klagen gegen Berlin und die Mehrheit dieser Versammlung nicht erheben. Ihre Klagen reichen ja auch nicht heran an diejenigen, welche von einer gewissen anderen Seite unter Führung eines antisemitischen Professors gewerbsmäßig erhoben werden, als ob Berlin die rückständigste Kommune sei. (Lebhafte Zustimmung.) Redner zählt dann eine Reihe von Fortschritten in der Kommunalverwaltung auf, die unter gleichzeitiger Schonung der Steuerkraft der Einwohner erreicht seien, und bemerkt, daß die Berliner Vorschulen aufzuheben zurzeit untunlich sei, weil dazu eine ganz andere Organisation des Schulsystems geschaffen werden müsse.

Ich bin Gegner einer vexatorischen und inquisitorischen Veranlagung, aber daß der Steuerzahler auch den festgestellten Einkommensbetrag richtig versteuert, das ist doch lediglich ein Gebot der Gerechtigkeit. Das neue Polizeikostengesetz bedroht uns mit etwa 3—4 Millionen, eine Summe, groß genug, unseren Etat zu gefährden. Wir müssen allerdings nach der Anregung des Kollegen Bruns für einen Etatsausgleichsfonds sorgen; auf diese Idee wird zu geeigneter Zeit zurückzukommen sein. Auch sollte die Befugnis unserer Finanzdeputation in gleicher Richtung ausgebaut und ausgedehnt werden. Für diesmal bleibt es bei den 100 Proz. Diese sind für mich kein Dogma, aber solange wir können, sollten wir sie nicht überschreiten. Die Steigerung unserer Anleihen wird nachgerade besorgniserregend. Im ganzen vertraue ich darauf, daß der Stern von Berlin auch in Zukunft nicht verblassen wird. (Beifall.)

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Der Etat ist vorsichtig aufgestellt, das ist anzuerkennen. Ich stehe auf dem etwas pessimistischen Standpunkte des Kämmerers und lehne den Optimismus von Bruns wie von Cassel ab; dieser Optimismus schadet uns gleichmäßig draußen, und besonders beim Fiskus, der doch nur zu gern an uns herumzwackt. Ohne den Ueberschuß von 14 Millionen sieht sich der Etat gar nicht besonders günstig an. Die Wertzuwachssteuer bekommen wir ja schließlich doch, ich gehe heute darauf nicht näher ein. In der gesamten Verwaltung ließen sich durch zweckmäßige Vereinfachungen und Reformen nach der persönlichen und nach der sachlichen Seite hin viele Hunderttausende sparen, so z. B. im Etat der Badeanstalten! Der Ueberschuß aus den Gaswerken geht trotz der kolossalen Steigerung des Konsums zurück; das muß uns ebenfalls zur Vorsicht mahnen. Der Etat der Kanalisationswerke legt ebenfalls nahe, an die Erhöhung der Kanalisationsabgabe zu denken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da kennen Sie die Hausbesitzer schlecht!) Die Frage der Scheidung zwischen den Kranken, die die Stadt aufnehmen muß und denjenigen, für welche sie den Krankenkassen pro Kopf und Tag 2 M. zuwendet, wird ebenfalls zu prüfen sein, ebenso die Einrichtung einer 1. Klasse in den Krankenhäusern. Der Mahnung des Kämmerers zur Sparsamkeit kann ich mich nur dringend anschließen. Die 1½ Millionen zu Stellenzulagen werden vielleicht nicht zur Verwendung kommen, und wir tun hier gut, einmal dem Staate zu folgen, nicht ihm voranzugehen, da wir mit Gehaltszulagen inzwischen nicht stagniert haben.

Stadtv. **Rosenow** (N. L.): Auch der Pessimismus, der in diesem Saale gepredigt wird, ist geeignet, uns draußen zu schaden. Zeitgemäße Reformen in der Verwaltung, besonders der Werke, werden wir gern mitmachen, wenn dadurch Ersparnisse und Mehrerträge erzielt werden. Herr Mommsen schwärmt ja für die Verpachtung der städtischen Werke, um ohne Mühe eine Anzahl Millionen einzustreichen, er wird doch dabei auch nicht die Kanalisationswerke vergessen. Die „Große Berliner Straßenbahn" als unser Kontrahent hat ein Verfahren beobachtet, das der Würde Berlins geradezu ins Gesicht schlägt; soll dieses Beispiel uns ermutigen, die Stadt Berlin der Willkür noch mehr solcher Gesellschaften auszuliefern?! Die Aufhebung der Vorschulen halte ich für dringend notwendig; dem Wiederaufkommen der Privatschulen wird durch gewisse Zwangsbestimmungen vorzubeugen sein. In Berlin besteht zurzeit geradezu eine Krankenhausnot; der Magistrat wird außerordentliche Mittel zu ergreifen haben, um ihr zu steuern. Speziell bezüglich der Steuern stehen meine Freunde nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir Steuern nicht auf Vorrat bewilligen sollen.

Stadtv. Dr. **Preuß** (soz.-fortschr.): Als fünftes Rad am Wagen werde ich mich wohl kurz fassen müssen. Abwechselnd kamen hier Pessimisten und Optimisten zum Wort; jetzt ist ein Pessimist an der Reihe, und ich bin es auch, aber nicht zu knapp! Ich kann zum Kämmerer nur sagen: „Herr, erlöse uns vom Ueberschuß!" Denn der in Aussicht gestellte „kleine" Ueberschuß des nächsten Jahres würde ein großes Defizit bedeuten. (Sehr richtig!) Die Androhung der Wertzuwachssteuer hatte eine lebhafte Bewegung in Grundstücken hervorgerufen, die jetzt einer Reaktion Platz macht, und so auch die Erträgnisse der Umsatzsteuer verringert hat. Es ist nicht gut, daß die Hälfte der Einnahmen aus den Steuern und davon die Hälfte wieder aus der Einkommensteuer fließt. Allerdings sind auch die Erträgnisse der Betriebswerke von den wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Bedauerlicherweise scheint sich hinsichtlich der Sicherung des besten dieser Betriebe — des Verkehrs — in dem Ausschusse für den Verkehrsverband ähnliches vorzubereiten wie bei der Hintertreibung der Wertzuwachssteuer (Hört! hört!), trotzdem es sich hier um ein Lebensbedürfnis Berlins handelt.

Hierauf geht der Etat an den Etatsausschuß, der vom Vorstande bereits ernannt ist und sich auch schon konstituiert hat.

Schluß: ¾10 Uhr.

Aus der Partei.

Das Rastatter Freischarendenkmal wird aus einem Fonds unterhalten, der von einem Komitee verwaltet wird. Der Rechner desselben, Herr Franz Peter in Achern (Baden), veröffentlicht die Abrechnung für das Jahr 1907. Der Fonds ist durch die Zinsen der Sparkasse Achern (3½ Proz. von 984,13 M.) und durch eine Bareinnahme von 85 M. zu Ende 1907 auf 1046,60 M. angewachsen. Es konnte neben den laufenden Kosten einem Kriegsinvaliden des badischen Freischarenkorps von 1849 zu G. (Württemberg) eine Beihülfe von 40 M. gewährt werden. Diese außerordentliche Inanspruchnahme des Fonds wurde dadurch ermöglicht, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft anläßlich der vorjährigen Märzfeier des Rastatter Denkmalfonds gedachte und dem Fonds drei Zuwendungen gewährte, nämlich 1. durch P. Schmid-Berlin 30 M., 2. vom sozialdemokratischen Verein des 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises 50 M., 3. vom sozialdemokratischen Verein Durlach 5 M., Summa 85 M. Auch diesmal richten wir an die März-feiernden Genossen die Bitte, an die Adresse des Kassierers Franz Peter in Achern Zuwendungen für den Fonds zu machen. Es wird an das Denkmalkomitee bald die Aufgabe herantreten, zur Erhaltung des Dortu-Grabes in Freiburg aus dem Fonds beizutragen.

Jules Guesde auf Urlaub.

Paris, 15. Februar. (Eig. Ber.) Genosse Jules Guesde hat sich auf dringendes Zureden mehrere Aerzte entschlossen, einen einjährigen Parteiurlaub zu nehmen, den er in Algerien verbringen wird. Die Aerzte sehen in diesem Aufenthalt im südlichen Klima und in der mit ihm verbundenen vollständigen Enthaltung von der Propagandatätigkeit das einzige, aber sicher wirksame Mittel, Guesde seine Gesundheit und die volle Arbeitsfähigkeit wiederzugeben. Den Vorkämpfer des wissenschaftlichen Sozialismus in Frankreich begleiten die herzlichsten Wünsche der Parteigenossen. — Das Wochenblatt „Le Socialisme", das sich in erfreulicher Weise entwickelt hat, wird während der Abwesenheit Guesdes Genosse Bracke leiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unsere Justiz.

Schweidnitz, 20. Februar. (Privatdep. d. „Vorw.".)

Das hiesige Landgericht verurteilte heute einen fünfzehnjährigen Lehrling wegen Diebstahls und Betruges im Rückfall zu 3½ **(drei und einem halben) Jahre Gefängnis!** Der Herr Staatsanwalt hatte — 5 (fünf!) Jahre beantragt.

Preußen macht Schule.

London, 20. Februar. (W. T. B.) **Dreihundert Mann Artillerie sind mit Rücksicht auf etwaige Kundgebungen der ausgesperrten Werftarbeiter nach Sunderland entsandt worden.** Auf Einladung des Handelsministers Lloyd George sind Vertreter der Unternehmer und Arbeiter der Tyneschiffswerften zu einer Besprechung mit dem Minister hier eingetroffen.

Stössel.

Petersburg, 20. Februar. (W. T. B.) Im Stössel-Prozeß wurde heute das Urteil gefällt. General Stössel wurde **zum Tode verurteilt**, ohne Verlust der Ehrenrechte, General Fock erhielt einen Verweis, die Generale Reiß und Smirnoff wurden freigesprochen. Der Gerichtshof wird den Kaiser bitten, die Strafe für Stössel in zehn Jahre Festungshaft umzuwandeln in Anbetracht der heldenmütigen Verteidigung der Garnison unter seinem Oberbefehl sowie seiner persönlichen Tapferkeit.

Ob Stössel, falls Nikolaus die Todesstrafe vollstrecken lassen sollte (was allerdings so gut wie ausgeschlossen ist), am Bande seines pour le mérite aufgeknüpft wird — wie die „Jugend" kürzlich in Aussicht stellte — darüber meldet die Depesche nichts.

Genickstarre im Heere.

Karlsruhe, 20. Februar. (W. H.) Aus zuverlässiger Quelle erfährt der „Volksfreund", daß bisher **ein Todesfall** an Genickstarre vorgekommen sei. Drei Soldaten liegen im Lazarett. Beim Exerzieren ist räumliche Trennung vorgenommen worden.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

106. Sitzung vom Donnerstag, den 20. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke, Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen des Deutschen Reiches.

Danach sollen elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Verbindungsleitungen Nachrichten vermitteln, nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden.

Abg. **Frank**-Mannheim (Soz.): In der Kommission haben wir, um eine Sicherung der Verkehrsinteressen zu erreichen, beantragt, in diesem Gesetze eine gesetzliche Regelung der Gebühren vorzunehmen. Die Erfahrungen, die wir mit der Erhöhung des Ortsportos und mit der Reform der Telephongebühren gemacht haben, lassen das recht wünschenswert erscheinen. Leider hat dieser Antrag in der Kommission eine Mehrheit nicht gefunden. Wir werden trotz der schweren Bedenken, die ich bereits bei der ersten Lesung vorgetragen habe, für das Gesetz stimmen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Gesetzentwurf wird angenommen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung nebst den dazu gestellten, bereits mitgeteilten Resolutionen. Eingegangen ist noch eine weitere Resolution (Dr. Ablaß und Genossen (frs. Vp.), welche das Recht der Zeugnisverweigerung für Reichs- und Landtagsabgeordnete verlangt und gerichtliche und sonstige Untersuchungshandlungen in den Dienstgebäuden des Reichstages und der Landtage nur mit Zustimmung der betreffenden Körperschaften respektive ihres Präsidenten zulassen will.

Abg. **Roth** (wirtsch. Vg.): Den Resolutionen, welche die Regelung der Tarifgemeinschaften verlangt, werden meine Freunde zustimmen; dagegen können meine Freunde der sozialdemokratischen Forderung nach besonderen Gerichten für Streitigkeiten zwischen Bureauarbeitern und ihren Arbeitgebern, nicht zustimmen, weil wir eine einheitliche Rechtsprechung wünschen. Der Resolution, welche Tagegelder und Reisekosten für Schöffen und Geschworene verlangt, stimmen wir zu, ebenso der, welche die einheitliche Regelung des Strafvollzuges fordert. Der Resolution Bassermann, welche einen Gesetzentwurf über das Strafverfahren und den Strafvollzug bei Jugendlichen verlangt, können wir nicht zustimmen, weil ein besonderer Gesetzentwurf uns nicht notwendig erscheint. Der Resolution Liebert auf Schaffung von Strafkolonien wird nur ein Teil meiner Freunde zustimmen; der andere Teil will erst Erfahrungen über die Kosten sammeln. Die sozialdemokratische Resolution, welche das Recht der Zeugnisverweigerung für alle an der Herstellung einer Zeitung beschäftigten Personen verlangt, geht uns zu weit; wir lehnen sie ab und ebenso die Resolution Albrecht und Ablaß, welche den Abgeordneten die Zeugnisverweigerung sichern wollen; nur für den letzten Teil der heute eingegangenen Resolution Ablaß werden wir stimmen. Schließlich will ich dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Reform der Strafprozeßordnung noch auf demselben Fleck steht, wie vor einem Jahre, daß sie in einem ganzen Jahre nicht weiter gekommen ist. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Der Entwurf der Strafprozeßordnung ist im Reichsjustizamt bereits fertiggestellt; der letzte Vorwurf des Vorredners ist also nicht gerechtfertigt. Der Entwurf liegt gegenwärtig der preußischen Regierung vor. Wenn zwischen ihr und der Reichsregierung ernste Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen, wird der Entwurf an den Bundesrat nicht gelangen. Was die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten an Schöffen und Geschworene betrifft, so haben die verbündeten Regierungen in ihrer Mehrheit beschlossen, jetzt eine provisorische Regelung nicht eintreten zu lassen, sondern bei der Strafprozeßordnung den Wünschen des Reichstags Rechnung zu tragen.

Abg. **Dove** (frs. Vg.): Notwendig ist eine durchgreifende organische Reform der Zivilprozeßordnung, nicht einzelne kleine Aenderungen. Besonders dringlich ist die Reform geworden durch die Kostspieligkeit und Langsamkeit der Rechtsprechung. Für neue Sondergerichte, wie sie der sozialdemokratische Antrag verlangt, sind wir nicht zu haben, eher für eine stärkere Heranziehung des Laienelementes zur Rechtsprechung, obwohl man auch damit nicht zu weit gehen darf. Vor allem kommt es doch darauf an, was für Richter wir haben. Ich freue mich, daß auch Herr Kollege Stadthagen, der gegen unsere Rechtsprechung den Vorwurf der Klassenjustiz erhebt, anerkannt hat, daß die Richter nicht bewußt das Recht beugen, sondern sich aus den Anschauungen ihrer Klasse nicht losmachen können. Dann hätte er doch aber nicht so viel einzelne Fälle vortragen sollen, denn als Jurist weiß er doch, daß die Feststellung des Tatbestandes besonders schwierig ist, und die Berichterstattung in den Zeitungen ist doch nicht tendenzlos. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Die Hauptsache ist, daß die Richter eine bessere soziale Vorbildung haben und mit dem praktischen Leben mehr in Berührung stehen. Ich will Ihnen einen Fall aus meiner Praxis erzählen. Ein Junge war irrtümlich bei der Geburt als Mädchen mit dem Namen Karoline gemeldet und in das Standesamtsregister eingetragen worden. Als nun beantragt wurde, im Register den Namen in Karl und die Geschlechtsangabe umzuändern, wurde das zunächst verweigert und das Gericht entschied, die Geschlechtsangabe sei zu ändern, weil es sich um einen tatsächlichen Irrtum handele, der Name dagegen nicht (Heiterkeit), denn hier liege der Irrtum bei der Anmeldung in den Motiven, und ein Irrtum in den Motiven sei nicht zu berücksichtigen. (Große Heiterkeit.) Warum die Schöffen und Geschworenen auf Tagegelder bis zur Erledigung der Strafprozeßordnung warten sollen, vermag ich nicht einzusehen. Der Forderung nach einheitlicher Regelung des Strafvollzuges stimmen wir zu; es taucht aber jetzt auch die Gefahr der Deportation auf, ein Verlangen, das sich ja bereits zu dem Antrage Liebert verdichtet hat. Der überwiegende Teil meiner Freunde wird sich zu dieser Forderung ablehnend verhalten.

Sympathisch stehen wir zur Resolution Bassermann; ebenso halten wir die Erhöhung der Gebührensätze für Zeugen und Sachverständige für nötig und werden der entsprechenden Resolution zustimmen.

Abg. **Bruhn** (Antis.): Nicht, weil die Gebühren zu niedrig sind, geht es manchen Rechtsanwälten schlecht, sondern weil der Andrang zu diesem Berufe zu groß ist. Das Volk verlangt eine billige Rechtsprechung. Zu niedrig sind aber die Gebühren, die oft an Zeugen und Sachverständige gezahlt werden. Redner lobt das Verhalten des Oberstaatsanwalts im Moltke-Harden-Prozeß und spricht von einem Terrorismus der Sozialdemokratie im Norden Berlins gegen kleine Handwerker.

Abg. **Seyda** (Pole) bespricht den Erlaß des preußischen Ministers des Inneren gegen die ausländischen Arbeiter, der der Freizügigkeit widerspreche. Es ist die Pflicht der Reichsjustizverwaltung, darüber zu wachen, daß die Einzelstaaten die Reichsgesetze beachten. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die preußische Regierung mißachtet geradezu systematisch die Reichsgesetze zum Nachteil der polnischen Bevölkerung. Das krasseste Beispiel bietet die Enteignungsvorlage. (Sehr wahr! links.) Die Staatsanwaltschaft ist sonst immer bei der Hand, um im angeblichen öffentlichen Interesse Anklagen zu erheben; die Verfolgung faustdicker Beleidigungen des Erzbischofs von Posen-Gnesen hat sie abgelehnt, weil kein öffentliches Interesse vorliege. (Hört! hört! bei den Polen und im Zentrum.) Redner wendet sich scharf gegen die Wiedereinführung der Prügelstrafe. (Die Rechte stört durch laute Gespräche die Ausführungen des Redners.) Es ist hier von der beklagenswerten Zunahme der Kriminalität der Jugendlichen gesprochen worden. Wie können die überfüllten Schulen des Ostens, in denen die Lehrer eine andere Sprache reden als die Schüler, erzieherisch wirken? (Sehr wahr! bei den Polen, bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.)

Wir stimmen allen Resolutionen zu, mit Ausnahme jener, die den Namen des Abg. v. Liebert trägt. Der Name sagt schon genug. (Sehr wahr! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Herr v. Liebert ist der Mann, der das Wort geprägt hat: Macht geht vor Recht! (Hört! hört! im Zentrum und links.) Doch ist nicht die Autorschaft des Herrn v. Liebert der Grund, der uns zur Verwerfung seiner Resolution bestimmt, sondern unsere sachliche Gegnerschaft gegen die Deportation. — Es ist hier viel von der sogenannten Klassenjustiz gesprochen worden. Auch wir glauben nicht an bewußte Rechtsbeugung; aber auch wir sind der Meinung, daß Erziehung, Milieu und Herkunft die Richter objektiv unfähig machen, die Arbeiter zu verstehen. (Zustimmung bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Es war kein Zufall, daß viele der krassen Fälle, die der Herr Abgeordnete Stadthagen anführte, im Osten sich ereignet haben, wo die Sprachverschiedenheit den Klassengegensatz schärft. (Sehr richtig! bei den Polen.) Selbst der konservative preußische Landtagsabgeordnete Böhmert hat betont, daß die Sprach- und Religionsverschiedenheit der Richter und Gerichteten im Osten auf die Justizpflege verderblich eingewirkt hat. (Vielfaches Hört! hört!) — Seit langen Jahren werden keine polnischen Richter mehr in den Provinzen polnischer Zunge angestellt. (Hört! hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Im Osten wird die Klassenjustiz zur Rassenjustiz. — Die Richter im Osten sind durchweg Hakatisten oder unterliegen doch der hakatistischen Strömung. — Ein Gericht hat ein amtliches Schriftstück adressiert: „An den großpolnischen Agitator.“ — (Lautes Hört! hört! im Zentrum und links). Sollte man so etwas bei einem Gericht für möglich halten? (Sehr wahr! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Regelmäßig wird den polnischen Journalisten die Wahrung berechtigter Interessen versagt und ebenso regelmäßig wird sie den hakatistischen Journalisten zugebilligt. Es geht nicht an, hier von Einzelfällen zu sprechen; wir haben es mit einem System zu tun. Durch die Schuld der preußischen Regierung ist die Politik in den Gerichtssaal getragen worden. Mit ganz besonderer Verve betreiben die Amtsrichter hakatistische Politik. In Mogilno hat ein Amtsrichter gesagt: Wir müssen die Stadtverwaltung von den Polen, diesen unseren Erbfeinden säubern. In den Provinzen Posen und Westpreußen wird es Friede sein, wenn das polnische Element ausgestoßen ist. (Hört, hört! bei den Polen.) Und solche Leute sitzen über Polen zu Gericht! Im Schulstreik haben wir es erlebt, daß wiederholt selbst die Vormundschaftsrichter ihr Amt politisch mißbraucht haben. **Einer Mutter wurde das Erziehungsrecht genommen, weil ihr verstorbener Mann polnischer Agitator gewesen sei.** (Lebhaftes Hört, hört! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Mehr und mehr bekommt man den Eindruck, daß die Richter sich nicht als Hüter des Rechts fühlen, sondern als politische Organe. Das wird schlimmer und schlimmer, und schlecht ist es bestellt mit einem Staate, in dem sich die Richter erniedrigen zu einer Magd der Politik. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Der Vorredner hat sich über offenkundige Verletzung von Reichsgesetzen beklagt und die Hilfe des Reichsjustizamtes dagegen verlangt. Ich muß das energisch zurückweisen. Wenn bestimmte Fälle der Verletzung der Reichsverfassung vorgebracht werden, wird der Reichskanzler einschreiten; aber er wird keine Veranlassung dazu haben, wenn es sich um speziell preußische Angelegenheiten handelt. Eine solche ist z. B. die der Legitimationspapiere polnischer Arbeiter. Würden wir uns um einzelstaatliche Dinge kümmern, so würden wir das Vertrauen der Bundesregierungen verlieren. (Bravo! rechts.)

Abg. **Barenhorst** (Rp.): Der Abg. Seyda hat lediglich preußische Angelegenheiten vorgebracht und wir billigen es, daß der Staatssekretär nicht darauf eingeht. — Der Moltke-Hardenprozeß muß die Frage nahelegen, wie es möglich war, daß das Privatleben des Grafen Moltke in aller Oeffentlichkeit durchgehechelt werden konnte. Der Prozeß hat viel Unheil angerichtet. Hunderte und Tausende, welche die Existenz jener Dinge auch nicht im entferntesten ahnten, werden sich versucht fühlen, sie auch einmal am eigenen Leibe zu probieren. Bei Verbrechen wie Notzucht ist Strafverschärfung dringend geboten; gegenwärtig begehen die entlassenen Verbrecher sofort wieder dieselben Verbrechen. Es muß dafür gesorgt werden, daß solche Subjekte nicht immer wieder auf die Menschheit losgelassen werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ich bin durchaus kein Blutrichter, Herr Ledebour, ich bin ein Gemütsmensch (Große Heiterkeit). Redner legt des weiteren den Standpunkt seiner Partei zu den eingebrachten Resolutionen dar.

Staatssekretär Dr. **Nieberding** erklärt, daß die verbündeten Regierungen eine Reform der Gebühren für Zeugen und Sachverständige als notwendig anerkannt und sich deshalb mit Preußen in Verbindung gesetzt haben.

Abg. **Bassermann** (natl.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution betreffend das Strafverfahren und den Strafvollzug gegen jugendliche Personen. Die Kriminalität der Jugend hat erheblich zugenommen. Einen großen Teil der Schuld daran trägt die Auflösung der Familie durch das Hineinreißen der Frau in die Erwerbsarbeit. Ehe die Strafprozeßreform Gesetz geworden sein wird, wird es noch sehr viel Arbeit kosten; viel leichter wird es sein, zu einer Einigung über die Bestimmungen hinsichtlich der jugendlichen Personen zu gelangen, und deshalb wünschen wir, daß diese Materie in einem besonderen Gesetze geregelt wird. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Die Regierung hat der Frage der Behandlung der Jugendlichen stets große Aufmerksamkeit zugewendet. Ende der neunziger Jahre haben wir erwogen, ob nicht die Strafmündigkeit um zwei Jahre heraufgesetzt werden soll; doch sind wir auf großen Widerstand gestoßen. Daß die Kriminalität der Jugendlichen stärker gewachsen ist, als die allgemeine Kriminalität, ist nicht richtig. Den Verhältnissen der Jugendlichen wird in der neuen Strafprozeßordnung in weitem Maße Rechnung getragen; diese kann, wenn der Reichstag Ernst machen will, schon im nächsten Winter Gesetz werden, daher würde die Ausarbeitung eines besonderen Gesetzes über die Jugendlichen den Intentionen des Vorredners nicht entsprechen, die Angelegenheit vielmehr verzögern.

Abg. Frhr. v. **Maltzan** (k.) bringt den Fall der Fürstin Wrede zur Sprache und bedauert, daß die Fürstin in einem Privat-

Kleines Feuilleton.

Die Blutlotterie in Belgien. Belgien hat, wie nicht bald ein anderes Land Europas, seine Spezialitäten an Sitten und Gebräuchen, die sich mit seltsamer Zähigkeit im Volkscharakter festhalten. So ist die „Kermesse“ eine der ältesten und verbreitetsten Festeinrichtungen Belgiens, obwohl auch an ihr seit des seligen Teniers Tagen sich vieles geändert hat, noch immer ein ebenso lärmendes wie wichtiges Ereignis — für die Großstadt Brüssel nicht minder wie für ein verträumtes flandrisches Nest. — Eine spezifisch belgische „Fest“angelegenheit ist auch das alljährliche Ereignis der Auslosung der Rekruten, das der zwanzigjährigen männlichen Jugend zu tagelangen Saufereien und Raufereien Anlaß gibt. In der Provinz wie in der Hauptstadt ziehen die jungen Leute von Wirtshaus zu Wirtshaus, johlend, lärmend. Andere legen den Weg zu den „Estaminets“ (Kneipen) in phantastischen Vehikeln zurück, auf denen sich ein mörderisches „Orchester“ etabliert hat, nach dessen Weisen die karnevaleskgeschmückten Insassen entsprechende Refrains heulen. An diesen in oft harmloser Derbheit begonnenen, durch den reichlichen Alkoholgenuß der verschiedenen Nationalgetränke oft traurig endenden „Manifestationen“ teilzunehmen, trägt vor allem das nichtswürdige System der Auslosung schuld. In den zur Auslosung Berufenen sammelt sich nach dem wochenlangen Hangen und Bangen schließlich eine, dem etwas derben Volkscharakter entsprechende wilde Erregung an, die in den alkoholischen Genüssen ihre endliche Auslösung findet. In Verbindung mit diesem System steht das unmoralische Stellvertretungssystem, das aus der pseudo „allgemeinen“ Wehrpflicht Belgiens tatsächlich eine Wehrpflicht der Armen macht. Es entspricht vollständig dem „christlich-demokratischen Geist“ der mehr als zwei Jahrzehnte das Land beherrschenden Klerikalen, daß sie bis heute dieses — wie ein bürgerliches Blatt neulich schrieb — von den Besitzenden für die Besitzenden gemachte Gesetz aufrecht erhalten haben.

Die sozialistischen Jugendorganisationen — Jeunes Gardes — veranstalten alljährlich vor der Auslosung sehr wirksame antimilitaristische Versammlungen und versuchen auch sonst in moralischer Beziehung auf den Geist der Jugend einzuwirken. Auch der Frauen-Abstinentenverein sucht in seinen Grenzen den alkoholischen Ausschweifungen entgegenzuwirken. Die Partei selbst hat im Parlament wie in der Presse gegen die militärischen Einrichtungen wie gegen die aus ihnen hervorgehende Demoralisation jederzeit gekämpft und protestiert.

Humor und Satire.

Die Nordsee-Verhandlungen, deren eminente Wichtigkeit von der gesamten europäischen Presse anerkannt wird, haben bis jetzt zu folgenden Ergebnissen geführt:

§ 1. Die Nordsee bleibt nach Norden offen.

§ 2. Spanien und Italien gelten nicht als Uferstaaten.

§ 3. Das Bankwesen der Nordsee bleibt das Reservat der holländischen, holsteiner und englischen Austern.

§ 4. Helgoland bleibt dreieckig.

§ 5. In Norderney darf Bülow auch fernerhin freisinnige Abgeordnete empfangen, baden und einseifen.

§ 6. Die Uferstaaten verpflichten sich, an dem bisherigen Salzgehalt der Nordsee unverbrüchlich festzuhalten. Ein Ersatz des Salzes durch Zucker, Zitronensaft oder Fleischextrakt ist unzulässig.

§ 7. Die Nordsee ist naß.

§ 8. Die Vertragsländer behalten sich weitere Bestimmungen vor, falls ihren vielbeschäftigten Diplomaten noch etwas Wesentliches einfallen sollte. („Lustige Blätter.“)

Notizen.

— Theaterchronik. Im Wiener Lustspieltheater wurde die Komödie „Hinterm Zaun“ von Karl Rößler, dem Autor des „Reichen Jünglings“ mit durchschlagendem Erfolge aufgeführt. St. Großmann schreibt darüber in der „Wiener Arbeiterzeitung“: Rößler ist unter den jungen Theaterstückschreibern derjenige, der eine sichere Blumenthal-Villa im Tornister hat. Er hat bei Wedekind, Hartleben, Bahr seine literarische Erziehung genossen und bringt überdies fürs Theater etwas mit, was wichtiger ist als alle Einflüsse der Jugendjahre, nämlich: Laune! Behagliche, gute Laune, die an der Welt und an sich selbst sichtlich Gefallen findet. Seine Begabung scheint ihn also zur Komödie zu prädestinieren. „Hinterm Zaun“ sind gleich zwei oder gar drei Komödien. Ein Milieustück, das Nachtasyl wandernder Schmierenschauspieler, ist der erste Akt. Der zweite und dritte Akt verlassen den Milieustil und werden zur französierenden Konversationskomödie. Ein eitler Provinzhofschauspieler erhält die Medaille für Kunst und Wissenschaft, weil seine Frau dem jungen Thronerben des Großherzogtums mit viel Liebeskunst allerlei erotische Wissenschaft beibringt. Die Verbindung des Milieustückes mit der erotischen Komödie wird durch den jugendlichen Liebhaber der Schmiere hergestellt, der plötzlich in der jungendlichen Hofschauspielerin seine — Mama erkennt. Ein bißchen viel ist's, daß der Jüngling am selben Tage auch noch seinen Vater entdeckt und seinen Alimentator. Der Jüngling weint und seufzt und sehnt sich durch alle drei Akte. Hier steckt die dritte Komödie des Stückes, die älteste: das Hirschfeld-Drama des sehnsüchtigen Jünglings.

— Musikchronik. Ein russisches Operngastspiel wird im Neuen kgl. Opernhause vom 20. Mai bis 10. Juni stattfinden. Mit den besten russischen Kräften sollen Werke wie Tschaikowskys „Eugen Onegin“ und Rubinsteins „Mazeppa“ und „Dämon“ aufgeführt werden.

— Einen Gerhart Hauptmann-Abend veranstaltet das Schiller-Theater im Berlinischen Rathause am nächsten Sonntag. Nach einem einleitenden Vortrage werden auch weniger bekannte lyrische Schöpfungen Hauptmanns zum Vortrag gelangen, u. a. Stellen aus dem „Promethidenlos“ und dem nur in wenigen Exemplaren vorhandenen „Bunten Buch“. Eintrittskarten im Schiller-Theater O. und in J. M. Späths Buchhandlung (dem Rathause gegenüber).

— Eine Uhde-Ausstellung ist vom 20. Februar ab im Albrecht Dürerhaus, Berlin W., Kronenstr. 18, täglich von 9—8 Uhr frei zu besichtigen. Sie ist von der Freien Lehrervereinigung für Kunstpflege zusammengestellt und umfaßt neben einigen im Berliner Privatbesitz befindlichen Originalen („Der Leierkastenmann kommt“, „Jesus heilt die Kranken“, Porträt von Max Liebermann, „Kind mit Puppe“) Reproduktionen Uhdescher Gemälde.

— Assyrien in Berlin. Große Kunstereignisse höfischen Zuschnitts stehen der Berliner Gesellschaft bevor. Im kgl. Opernhause soll das Ballett, das jetzt wie früher der künstlerische Mittelpunkt dieser Art Institute ist, zu unerhörtem Glanze gesteigert werden. Im Anschluß an Byrons „Sardanapal“ soll ein den ganzen Abend füllendes assyrisches Ballett geschaffen werden. Aber nicht genug damit: „namhafte Assyrologen“ unter Leitung von Prof. Delitzsch werden in „Berlin und Babylon“ damit beschäftigt, dem Ganzen den Stempel historischer Echtheit zu geben. Und S. M. überwacht und leitet alles und mißt der Pantomime hervorragenden erzieherischen Wert bei.

Solches kündet ungläubigen Ohren eine Londoner Zeitung, aber Berliner Blätter, die an Höfen gelesen werden oder wurden, bestätigen es. Geschichtsunterricht durch „echten“ Kulissenzauber und assyrisch geschwungene Ballettbeine — das ist immerhin eine hübsche Abwechselung. Und die alten Herren, die die Tontafeln studieren, sehen doch endlich den Endzweck ihrer Wissenschaft: Anschauungsunterricht im Ballett zu geben.

— Aus der Kunstwelt. Der Maler Paul Thumann, der seit dem Aufkommen der modernen Malerei als Schulbeispiel der seitdem verpönten historischen und anekdotischen Stoffmalerei und der süßlichen, sentimentalen Pose galt, ist im 74. Jahre zu Berlin gestorben. Er hat die erbitterte Bekämpfung und die völlige künstlerische Niederlage seiner Richtung, die heute nur noch zu Zwecken patriotischer Kindererziehung protegiert wird, lange überlebt. Seine Geschichtsmalereien (Lutherbilder auf der Wartburg) wie seine antiken oder „idealen“ Genrebilder interessieren heute nicht mehr, da sie als Malerei uns nichts bieten. Thumann ist auch der ideale Illustrator der Goldschnittbändchen gewesen, die der gute Bürger in seinem Salon auflegte. Talmi, wie die Kultur, deren Ausdruck er war. — Ein anderer Maler, der in seiner Art ebenso die vergangene Epoche charakterisierte, Peter Janssen, der Beherrscher der Düsseldorfer Akademie, ist im Alter von 63 Jahren in Düsseldorf gestorben. Er war kraftvoller und als Akademiedirektor einflußreicher als Thumann. Zahllose Geschichtsbilder von ihm bezeugen in öffentlichen Gebäuden: Börsen, Galerien (z. B. im zweiten Corneliussaal der Nationalgalerie und im Zeughaus), Rathäusern usw., was in Deutschland dazumal als monumentale Malerei galt. Buntbewegte, figurenüberladene Maschinen, riesige Bilderbogen ohne malerischen und dekorativen Wert, bestimmt, sogenannte große historische Momente festzuhalten. Viel Technik, aber keine Kunst.

sanatorium, nicht in einer öffentlichen Anstalt auf ihren Geisteszustand untersucht worden ist; nach der Auffassung des Redners widerspricht das dem § 81 des Strafgesetzbuches. Freilich ist die Fürstin bei Begehung der Diebstähle geistig krank gewesen, das verschweigen die Agitatoren im Lande freilich bei Erwähnung dieses Falles. Von der Art der sozialdemokratischen Agitatoren hat uns Abg. Stadthagen hier gestern ein Beispiel gegeben. Ihn belehren zu können, glaube ich nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hat doch selbst der sozialdemokratische Oberpapst Bebel zu ihm gesagt: „Wenn Sie einmal eine Ansicht haben, lassen Sie sich nicht davon abbringen.“ Aber ich muß es doch für eine Taktlosigkeit erklären, wenn ein Mann, der von seinen eigenen Kollegen nicht für würdig gehalten wurde, dem Anwaltstande länger anzugehören (Unruhe bei den Sozialdemokraten) hier den ehrenwerten deutschen Richterstand in den Schmutz zieht. (Bravo! rechts.)

Ich komme nunmehr wieder auf den Fall Wrede zurück. Gewiß: die Fürstin war bei Begehung der Diebstähle nicht zurechnungsfähig. Aber Bedenken muß es doch erregen, wenn zuweilen plötzlich nach einer Straftat der Verdacht der Geisteskrankheit aufsteigt. Man kann sich dann nicht wundern, daß der Fall Wrede zu dem Gedicht Veranlassung gibt:

„Sie nahm kein Staatsanwalt am Kragen,
Sie muß noch Schlimmeres ertragen,
Sie trauert fern vom Publikum
In einem Sanatorium.
Jedoch geriet der Diener Glase
In dieses Fett mit seiner Nase,
Er flog neun Monate ins Loch,
Hoch lebt das Recht in Deutschland noch.“

(Große Heiterkeit.)

In den weitesten Kreisen hat auch die Behandlung des Falles des Hauptmanns v. Göben und der Frau v. Schönebeck Beunruhigung hervorgerufen! Hätte man vor der Ermordung des Majors v. Schönebeck an der geistigen Gesundheit des Hauptmanns v. Göben gezweifelt, so wäre man selbst für verrückt erklärt worden, oder der Hauptmann v. Göben, der ja ein guter Schütze ist, hätte einem eine blaue Pille zwischen die Rippen geschickt. (Heiterkeit.)

Man kann dem „Simplicissimus“ nicht ganz unrecht geben, wenn er zu einem Bild aus dem Familienleben sagt: Früher sagte man: Der Kerl ist besoffen und hat den Kater. Heute sagt man: Der Arme ist abends Sadist, morgens Masachist. (Heiterkeit.)

Mecklenburgischer Geheimer Legationsrat Freiherr v. **Brandenstein**: Das Landgericht in Güstrow hat die Fürstin Wrede genau so behandelt wie jeden andern. In eine öffentliche Anstalt war die Fürstin nur zu bringen, wenn die Sachverständigen dies beantragt hätten. Da sie sich verpflichtete, sich freiwillig untersuchen zu lassen und 100 000 M. Kaution stellte, lag zu dieser Unterbringung kein Anlaß vor.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: § 81 der Strafprozeßordnung gibt den Gerichten die Befugnis, jemanden, der sich weigert, zwangsweise auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, ein Fall, der bei der Fürstin Wrede nicht vorlag. In der neuen Strafprozeßordnung wird der Paragraph klarer formuliert werden.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf **Freitag** 1 Uhr. Vorher Scheckgesetz.

Schluß 6½ Uhr.

Der Kolonialetat vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 20. Februar.)

Die Debatte über den Etat von Togo wird fortgesetzt. Abg. Arendt plädiert für eine Steuerreform im Sinne einer Zurückdrängung der Einnahmen aus dem Branntweinzoll. Weiter will er rascheren Ausbau der Bahn. Dernburg entwickelt seine Steuerpläne; er denkt sich eine langsame Einführung einer Geldsteuer, die in den von der Bahn berührten Distrikten zunächst eingeführt werden soll. — Ueber die Branntweinpest soll eine Denkschrift erscheinen. — Lattmann verteidigt die Wertzuwachssteuer und begründet sie mit dem Hinweis auf die angepriesene Wert- und Gewinnsteigerung des Bodens im Prospekt der Togogesellschaft. Hupfield, einer derjenigen die den Eingeborenen ihr Land abtrieben, hat für ein Stück Land 440 M. bezahlt und für 460 000 M. an dortige Bodengesellschaften weiter verkauft. Hier sei also schon viel zu holen.

Dernburg wendet sich gegen Lattmanns Steuerpläne: wenn noch nicht einmal die Einführung einer Hütten- oder Kopfsteuer möglich sei, könne man an eine Wertzuwachssteuer erst recht nicht denken. Semler ist froh, daß der Togo-Etat sich selbst deckt, er will keine Experimente mit neuen Steuern, welche zu Unruhen führen könnten. Erzberger will nur den unverdienten Wertzuwachs besteuern, der in Kolonien kaum vorkomme, da durch die Kulturarbeit der gesteigerte Wert verdient sei. Dagegen soll die Landgesellschaft dafür zu den Bahnbaukosten herangezogen werden. Graf Zech erklärt, daß die Landkommission die Aufgabe habe, nicht allein den Eingeborenen ihr Land zurückzugeben, sondern auch die Beiträge festzustellen, welche die Landgesellschaften zum Bahnbau zu zahlen haben.

Ledebour tritt für die Wertzuwachssteuer ein, die sehr wohl erst für die entwickelteren Gemeindebezirke einführen könne. Redner wendet sich nunmehr gegen die in Togo herrschende Schnapspest. In dieser Renommierkolonie, welche ihre Mittel selbst aufbringt, fließt der größte Teil der Einnahmen aus dem Branntwein; es seien schon starke Anzeichen von Degeneration vorhanden, die dem Gouvernement gemeldet wurden, aber offenbar zu weiteren Maßnahmen nicht geführt haben. Sonst gibt man vor, die Branntweinpest in den Kolonien bekämpfen zu wollen, da hier aber zwei Drittel der Einnahmen aus Schnaps fließen, wird nichts getan.

Dernburg teilt mit, daß die Schnapszölle 55 Proz. der Einnahmen ausmachen; die Regierung sei nicht untätig, aber es ließe sich wenig machen, da sonst andere Staaten den Schnaps einführen.

Eichhorn weist darauf hin, daß Zeit genug gewesen wäre, um im Wege der internationalen Vereinbarung den Schnapskonsum einzuschränken. Er richtet, da Ledebour keine Antwort erhalten, die bestimmte Frage an die Kolonialverwaltung, ob der Gouverneur von Togo nicht einen ihm aus dem Innern zugesandten Bericht, in dem über die Schnapspest geklagt und auf die zunehmende Degeneration der Eingeborenen hingewiesen wurde, erhalten und denselben unterdrückt habe mit der Begründung, daß man das Geld aus den Schnapszöllen brauche. Ganze Schiffsladungen Schnaps gehen aus Holland nach Togo, und ein dortiger Kaufmann prägte das geflügelte Wort: Eine Kiste Schnaps ist uns so viel wert wie ein Missionar.

Dernburg bestreitet, daß zuviel Schnaps nach Togo gehe. 1902 seien eine Million Liter eingeführt worden, später sei die Einfuhr etwas zurückgegangen, um 1906 wieder auf 930 000 Liter zu steigen. — Eine Antwort auf die Frage nach dem unterdrückten Bericht erfolgt nicht.

Damit ist die Debatte über die Einnahmen der Kolonie Togo erschöpft, die Positionen des ganzen Etats werden nach unwesentlichen Bemerkungen bei den einzelnen Anforderungen genehmigt.

Folgt der **Etat des Reichskolonialamtes**. Die Erörterung grundsätzlicher Fragen, welche sonst bei dem Titel Staatssekretär einsetzt, bleibt zunächst ganz aus und der Vorsitzende v. Gamp möchte im Galopp eine Anzahl Titel für genehmigt erklären. Auf Einspruch Ledebours beginnt die Beratung von vorn. — Bei der Forderung von 5000 M. für Reisespesen des Kolonialrates teilt Dernburg mit, daß auf seinen Vorschlag der Kolonialrat vom Kaiser aufgelöst worden sei. Die Verordnung erscheine heute noch. Der Kolonialrat hindere ihn in der Bewegungsfreiheit, er und der Reichskanzler seien dem Parlament und dem Bundesrat verantwortlich und da wolle er keine Nebenregierung. Die 5000 M. sollen Verwendung finden für gelegentlich einzuführende Spezialkommissionen.

Nach kurzer Debatte wird die Summe unter einem anderen Titel mit bewilligt.

An der Spitze der Militärverwaltung steht ein Stabsoffizier im Range eines Obersten als Kommandeur der Schutztruppen. Der im vorigen Jahre für diesen Posten geforderte General ist also nicht wieder vorgeschlagen. Dernburg beantragt eine Aenderung des Dispositivs, damit Oberstleutnant Quade ohne Beförderung zum Oberst Schutztruppenkommandeur werden kann. Das wird genehmigt. Einige Abgeordnete freuen sich, daß die Regierung so bescheiden gewesen und ihren Kolonialgeneral nicht wieder gefordert hat.

Angeregt wird von verschiedenen Seiten stärkerer ärztlicher Schutz in den Kolonien, Unterstützung von Privatärzten und Ausrüstung ärztlicher Missionen. Hierbei wendet sich Hertling gegen materielle Unterstützung der kirchlichen Missionsgesellschaften.

Zu umfangreicher Debatte führt die Forderung von 130 000 M. für die Ausbildung von Kolonialbeamten. Dernburg und Geheimrat Schnee schildern, wie der Bildungsgang der Kolonialbeamten in Zukunft gestaltet werden soll, wobei auch die bestehenden Pläne mit der Hamburger Kolonialfachschule eingehende Erörterung erfahren. Gouverneur Rechenberg gibt Auskunft über seine Erfahrungen mit den Kolonialeleven und Dernburg schildert auf eine Anfrage Kopsch', wie er es mit der Zulassung von Kaufleuten zum Kolonialdienst zu halten gedenkt. Er möchte Kaufleute gern nehmen, aber es kommen keine; der Kaufmann wolle auf sich selbst gestellt sein und Aussichten haben, viel Geld zu verdienen, der Beamte dagegen fühle sich nur wohl in fester Stellung mit sicheren Einnahmen, einem gewissen Rang und sonstigen Auszeichnungen. Das sei nichts für strebsame Kaufleute.

Zu der Frage sprechen Semler, Wiemer, Arning u. a. Wiemer bringt die Exklusivität der Beamten in den Kolonien zur Sprache, Dernburg behauptet dagegen, in Ostafrika nichts davon bemerkt zu haben. Im deutschen Klub verkehrten dort alle Kreise.

Die Position von 200 000 Mark für Arbeiten zur Förderung der Erschließung Zentralafrikas führt zur Besprechung der Jagdpartie des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg-Schwerin in Afrika. Erzberger fragt an, ob es richtig sei, daß der Herzog aus dem Fonds 60 000 M. für seine Partie erhalten habe. Das sei keine wissenschaftliche Forschungsreise, sondern eine Jagdpartie, die sich in ihrer zweiten Hälfte auch auf den Kongostaat erstrecken soll. Außerdem habe sich der Herzog für den Betrag von 20 000 M. verpflichtet, der „Tägl. Rundschau“ die schriftstellerische Verwertung der Ergebnisse der Reise zu überlassen. Dernburg und ein Geheimrat suchen die Subventionierung der Reise mit 60 000 M. zu rechtfertigen, indem sie sich bemühen, den „wissenschaftlichen“ Charakter der Reise nachzuweisen. Die Artikel für die „Tägl. Rundschau“ seien nur Feuilletons. Die Form, in der sich die „Rundschau“ diesen herzoglichen Mitarbeiter erkauft, findet allerdings auch bei Dernburg keine Billigung.

Paasche, Lattmann, Arendt und Hertling treten auf die Seite Dernburgs, Hertling polemisiert dabei direkt gegen seinen Parteigenossen Erzberger. — Ledebour dagegen kritisiert sehr entschieden die Unterstützung der Jagdpartie mit staatlichen, für wissenschaftliche Zwecke bestimmten Mitteln. Das beste Geschäft mache die „Rundschau“, die für billiges Geld sich die Arbeit einer ganzen Anzahl Leute in zweijähriger Reise sicherte. — Nachdem Kopsch noch kurz seine oppositionelle Stellung begründet, wird die Position genehmigt.

Morgen Fortsetzung und Kamerun.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Kommission.

Die Kommission mußte heute noch einmal mit der Beratung des § 11 beginnen. Denn obwohl gestern die Debatte darüber bereits geschlossen worden war, nahm heute zu Beginn der Sitzung Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** noch einmal das Wort, um zu erklären, daß die in der Kommission vorgeschlagenen Strafmaße für Unterlassung der Anzeige von Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen und für Erscheinen mit Waffen zu niedrig seien. Dem Block hatte die Regierung schon vorher von ihren Schmerzen Mitteilung gemacht, und er hatte sich beeilt, ihnen durch die Einbringung eines neuen Antrages abzuhelfen. Die Herren Dietrich (k.), Gräf-Weimar (wirtsch. Vg.), Fürst v. Hatzfeld (Rp.), Dr. Heckscher (frs. Vg.), Dr. Junck (natl.), Dr. Müller-Meiningen (frs. Vp.) und v. Payer (dt. Vp.) beantragten unter Zurückziehung ihrer früheren Anträge das Strafmaximum auf 150 M., für Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel oder eines Aufzuges ohne Anzeige oder Genehmigung und Erscheinen mit Waffen aber auf 300 Mark festzusetzen.

In der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge, die das Saalabtreiben durch Behörden und Unternehmer unter Strafe stellen wollten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt. Auch der Antrag Trimborn, der wenigstens die Schikanierung von Gastwirten durch Konzessionsbeschränkungen durch Beamte unter Strafe stellen wollte, fand in den Augen des Blocks keine Gnade. Die Herren nahmen nur den Blockantrag an, wie er oben wiedergegeben ist.

§ 12 der Vorlage bestimmt, daß die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung finden auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen. Hierzu beantragten unsere Genossen folgende Erweiterung:

„Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen, auf die Vorberatungen von Mitgliedern dieser Versammlungen, auf die Zusammenkünfte und Vorberatungen anderer Personen, denen öffentlich rechtliche Aufgaben übertragen sind, z. B. Vorstände und Delegierte von Krankenkassen, eingeschriebenen Hülfskassen, Knappschaftskassen, Beisitzer der Schiedsgerichte, bei den Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungen, Gewerbegerichtsbeisitzer und andere, auch wenn einzelne dritte Personen mit zugezogen werden, finden die Bestimmungen der §§ 3 bis 10 dieses Gesetzes keine Anwendung.“

Der Antrag wurde vom Genossen **Heine** unter Bezugnahme auf die preußische Judikatur und Polizeipraxis in eingehender Weise begründet.

Der Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** bekämpfte den Antrag, weil seiner Meinung nach dann überhaupt keine Versammlung mehr unter das Gesetz fallen würde. Auch Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (frs. Vp.) erklärte den Antrag für überflüssig und meinte, daß er der Polizei die Schikanierung von Versammlungen nur erleichtern werde. In Bayern würde sowieso kein Richter derartige Versammlungen als öffentliche Versammlungen behandeln, und auch die Polizei würde es nicht versuchen. Jedenfalls sei alles darüber einig, daß nach dem neuen Gesetz Präventivverbote jeder Art überall ausgeschlossen seien. Abg. **Trimborn** (Z.) trat hingegen auf Grund seiner Erfahrungen in Preußen für unseren Antrag ein. Abg. **Juncker** (natl.) hielt den Antrag für unannehmbar, weil er viel zu weit gehe. Die von Heine angeführte törichte Judikatur bestände nur aus Fehlsprüchen ohne Bedeutung. Nach seiner Meinung sei allerdings eine Versammlung von Stadtverordneten verschiedener Städte eine anmeldepflichtige öffentliche Versammlung. Abg. **Trimborn** entgegnete, daß der vertrauliche Charakter jeder solchen Versammlung durch die Polizeiaufsicht zerstört werde. So viel Freiheitsgefühl habe er sich gewahrt, daß er diese Beaufsichtigung als Belästigung empfinde. Umsomehr sei diese Erklärung der Nationalliberalen zu unterstreichen. Die Liberalen entzögen sich damit der Aufgabe, daran mitzuhelfen, daß die Versammlungen von der Belästigung durch die Polizei befreit würden. Genosse **Heine** führte aus, daß die von Junck als töricht bezeichnete Judikatur, die des Reichsgerichts und des Kammergerichts und des preußischen Oberverwaltungsgerichts sei. In Preußen würde jede oppositionelle Versammlung nach Bedarf als öffentliche behandelt. Desgleichen in Elsaß-Lothringen. Es sei ein unwürdiger Zustand und werde namentlich von den Angehörigen wirklicher Kulturstaaten auch so empfunden, daß Versammlungen unter polizeilicher Ueberwachung tagten. Die Abgeordneten, Stadtverordneten usw. solle man wenigstens davon befreien. Der bayerische Bundesratsbevollmächtigte **v. Stößenreuter** erklärte, daß Bayern jedenfalls auch unter dem neuen Gesetz die seitherige freiheitliche Praxis bei Polizei und Gerichten aufrecht erhalten werde. Genosse **Heine** sprach den Wunsch aus, daß diese Erklärung dem Protokoll der Kommission einverleibt werde, wenn damit auch noch keine Garantie dafür gegeben sei, daß Preußen diese vernünftige Praxis mitmache. Staatssekretär **v. Bethmann-Hollweg** sprach dann seine persönliche Meinung dahin aus, daß Versammlungen von Stadtverordneten oder Bürgermeistern als Versammlungen ganz besonderer Personenkreise keine öffentlichen anmeldepflichtigen Versammlungen seien, auch wenn andere einzelne bestimmte Personen zugezogen würden. Der konservative Abg. **Dietrich** wünschte, daß diese Erklärung zu Protokoll gegeben werde, protestierte aber dagegen, daß das auch mit den Worten des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten geschehe. Das veranlaßte eine lange Geschäftsordnungsdebatte, in der von allen Parteien die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Vorstoß des preußischen Pseudojunkers Dietrich gegen den Vertreter Bayerns absolut unberechtigt gewesen sei. Herr Dietrich bekämpfte dann unseren Antrag, indem er sich auf die Definition des Staatssekretärs über die Stadtverordnetenversammlung berief und sich ihr anschloß. Abg. **Trimborn** führte noch einmal aus, daß es sich hier um eine höchst wichtige Angelegenheit handle. Selbst die dankenswerten Erklärungen des Staatssekretärs böten keine Garantie für eine liberale Praxis. Die einzige Sicherheit biete die Aufnahme des sozialdemokratischen Antrages in das Gesetz. In der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Polen abgelehnt und der § 12 in der Regierungsfassung mit den Stimmen des Blocks angenommen.

Ohne weitere Debatte angenommen wurden die rein formalen Bestimmungen der §§ 13, 14 und 15. An Stelle des letzten Absatzes von § 15, der bestimmt, daß die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über Vereine und Versammlungen in Kraft bleiben, schlugen unsere Genossen folgende Bestimmung vor:

„Alle Bestimmungen, welche die Verabredung und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstigerer Lohn- und Beschäftigungsbedingungen hindern, untersagen oder unter Strafe stellen, werden aufgehoben.“

Ferner beantragte unsere Fraktion folgenden Zusatz, der in das Strafgesetzbuch zum § 365 hinzugefügt werden soll:

„Die Polizeistunde findet keine Anwendung auf Versammlungen und auf Zusammenkünfte von Vereinen und die ihnen nach diesem Gesetze gleichstehenden Zusammenkünfte.“

Abg. **Vonderscheer** (Z.) stellte sich dem Antrag sympathisch gegenüber, bat aber noch ausdrücklich hervorzuheben, daß auch die die Koalitionsfreiheit einschränkenden Bestimmungen des elsaß-lothringischen Preßgesetzes mit aufgehoben würden. Unterstaatssekretär **Wermuth** protestierte dagegen, daß man in diesem Zusammenhang so weit abgelegene Materien regeln wolle. Alles dies sei der Vorlage ganz heterogen (fremd). Genosse **Heine** erwiderte, daß alles, was wir an freiheitlichen Bestimmungen forderten, von der Regierung als heterogen bezeichnet würde, das Sprachenverbot aber, das die Regierung in dieses Gesetz hineingeschrieben habe, sei nicht heterogen. Abg. **Trimborn** (Z.) konnte nur für einen Teil seiner Fraktion die Zustimmung zu unserem Antrage aussprechen. Die Mehrheit des Zentrums wolle dagegen stimmen, angeblich weil sie die Tragweite unseres Antrages nicht übersehen kann. Abg. Dr. **Müller-Meiningen** will bis zur zweiten Lesung seinen reichen Verstand damit beschäftigen, eine bessere Formulierung unseres zweiten Antrages ausfindig zu machen. Den ersten Antrag lehnt er ab, weil seine Annahme das Zustandekommen des Gesetzes vereiteln würde. Herr Müller-Meiningen ist über die Absichten der Regierung jetzt immer vorzüglich orientiert. — In der Abstimmung wurden alle unsere Anträge abgelehnt und der ganze Paragraph in der Regierungsfassung mit allen gegen fünf Stimmen angenommen.

Dann erledigte die Kommission auch noch den letzten Paragraphen des Gesetzes, den § 16, der die landesrechtlichen Bestimmungen über kirchliche und religiöse Vereine, über das Vereinsrecht zu Zeiten der Kriegsgefahr oder des Belagerungszustandes aufrecht erhält, und die Entrechtung der Landarbeiter durch Koalitionsverbote und die Versammlungsverordnungen sanktioniert. Abg. **Brejski** begründete den Antrag der Polen auf Streichung dieses Paragraphen, der auch von unseren Genossen gestellt worden ist. Abgeordneter Dr. **Müller-Meiningen** sprang wieder als freiwilliger Regierungskommissar in die Bresche. Mit süßlichem Lächeln versicherte er die Landarbeiter seines schätzbaren Wohlwollens, das er sofort tatkräftig bekundete, daß er ihnen das Koalitionsrecht mit Rücksicht auf die Regierung auch in Zukunft vorenthalten will. Wenn die Aufhebung der Koalitionsverbote für Landarbeiter beschlossen würde, würde die Regierung das Gesetz sicher scheitern lassen, fügte der ahnungsvolle Engel hinzu. Nur die Vereinigungen von Landarbeitern, nicht auch ihre gewerkschaftlichen Verbände, wollte Müller-Meiningen der Wohltaten des Reichsvereinsgesetzes teilhaftig werden lassen. Damit erklärte sich auch **Bethmann-Hollweg** einverstanden. Genosse **Legien** wies nach, daß der Antrag Müller-Meiningen den Landesregierungen das Recht geben würde, jede Art von Lohnvereinigungen der Landarbeiter zu verbieten. Danach würden die Landarbeiter noch schlechter dastehen, wie unter dem preußischen Koalitionsverbot von 1845. Wolle der Freisinn die Lage der Landarbeiter nicht noch verschlechtern, so müsse er für unseren ganzen Antrag eintreten. Der Freisinn aber nahm mit samt seinen Blockfreunden den § 16 in der Fassung der Regierungsvorlage an, lehnte alle unsere Anträge ab und beschloß nur, auf Antrag Dr. **Müller-Meiningen** die Landarbeiter-Vereinigungen dem Vereinsgesetz zu unterstellen. Das Zentrum hatte durch den Grafen **Oppersdorf** erklären lassen, daß es eine Vereinigung der Parteien zur allgemeinen einheitlichen Regelung des Gesinderechts begrüßen würde.

Damit ist die erste Lesung des Vereinsgesetzes bis auf den § 7 (Sprachenparagraph) erledigt. Dieser soll in der nächsten Sitzung (Donnerstag nächster Woche) zur Beratung kommen.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission des Reichstages. (Sitzung vom 20. Februar.) Die Kommission prüfte zunächst die Wahl des Abgeordneten Sieg (Natl., 3. Marienwerder-Graudenz-Strasburg). Die unterlegene polnische Partei hatte gegen die Wahl Protest eingelegt und in demselben mehrere grobe Verstöße behauptet: In einem Wahllokal sei die Urne durch einen Bindfaden in zwei Hälften getrennt gewesen, und der Vorsteher habe die Wahlkuverts derjenigen Wähler, von denen er angenommen, daß sie polnisch wählen, in den einen Teil der Urne gelegt und habe somit die Abstimmung kontrolliert. In einem anderen Orte seien die polnischen Vertrauensmänner, welche die Wahlhandlung kontrollieren wollten, hinausgewiesen worden, und in einem Orte habe der Wahlvorsteher vor Beginn der Wahlhandlung gesagt, er würde die Wahl für ungültig erklären, wenn sich polnische Zettel in der Urne befinden. Aber alle diese Verstöße reichten zu einer Ungültigkeitserklärung nicht aus, weil der nationalliberale „Sieg“ über seinen polnischen Konkurrenten mit 1308 Stimmen „gesiegt“

hatte, der Vorsprung also viel zu groß war, als daß er durch die Kassierung der beanstandeten Stimmen hätte eingeholt werden können.

Im zweiten Fall handelte es sich um die Wahl des Zentrumsmannes Dr. Ferkers (Zentr., 1. Aachen, Malmedy-Montjoien-Schleiden), der vergangenen Herbst in einer Nachwahl für den verstorbenen Prinzen v. Arenberg gewählt worden ist. Gegen seine Wahl hatten drei Agrarier des Kreises Protest eingelegt, zwei davon hatten ihn zurückgezogen. Bekanntlich hatten die Zentrumsagrarier dem offiziellen Zentrumskandidaten, Regierungsrat Dr. Ferkers, den Grafen v. Spee, gleichfalls ein strenger Zentrumsmann und treuer Sohn der katholischen Kirche, entgegengestellt. Er hatte aber nur 5052 Stimmen erhalten, während 10 487 auf seinen Glaubensgenossen, aber politischen Gegner entfielen. In welcher Weise das offizielle Zentrum dort in der Eifel mit Hochdruck gearbeitet hat, geht aus folgenden Protestbehauptungen hervor: In einem Orte heftete der Pfarrer einen Wahlaufruf an die Kirchentüre an mit seiner Unterschrift und beigedrucktem Amtssiegel. Ein Vikar zog die treue kirchliche Gesinnung des Grafen Spee öffentlich in Zweifel. Und als ihm erwidert wurde, daß der Graf einer streng katholischen Familie entstamme und eine nahe Verwandte von ihm Ordensschwester sei, meinte er, das beweise nichts, „der Apfel falle manchmal weit vom Stamm". In einem anderen Ort verbot der Pfarrer den Gläubigen, in die Versammlung des Grafen v. Spee zu gehen, so daß das Lokal völlig leer blieb; wieder wo anders hat ein Dechant die Stimmzettel für Spee zerrissen und gesagt, dieser habe „nicht die richtige Religion". In einem Orte soll ein Polizeibeamter die amtlichen Kuverts auf den Hausflur getragen und dort Stimmzettel des offiziellen Zentrumskandidaten hineingetan haben. Diese Kuverts hat er nachher, im Wahllokal mit dem Bemerken an die Wähler gegeben: „Ich habe schon den richtigen Zettel hinein getan". Mit Rücksicht auf den großen Vorsprung den der siegreiche Kandidat hatte, trat die Kommission in eine nähere Prüfung der Protestbehauptungen nicht ein, weil — selbst die Richtigkeit aller Protestbehauptungen vorausgesetzt — an dem Resultat nichts geändert worden wäre.

Unterstützungswohnsitzgesetz-Kommission. Die Kommission trat heute zu ihrer letzten Sitzung zusammen und nahm einstimmig den Beschluß der eingesetzten Subkommission an, welcher an Stelle des Wortes „Norddeutsche" „Deutsche" setzt.

Ferner erhält im § 1 der Abs. 2 nachstehende Fassung: Im Sinne dieses Gesetzes sind unter Deutschen die Personen zu verstehen, die dem Geltungsbereiche des Gesetzes angehören. Auf diese Personen finden die Bestimmungen im § 7 des Gesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 (Bundes-Gesetzbl. S. 55) keine Anwendung.

Da für Elsaß-Lothringen das Gesetz erst am 1. April 1910 in Kraft tritt, soll durch diese Fassung vermieden werden, daß erst noch besondere Uebergangsbestimmungen für diesen Landesteil zu treffen sind.

In der Gesamtabstimmung stimmte der Freisinnige Pfundtner gegen das Gesetz.

Eine Petition des Eisenbahnsekretärs Rotwals in Halle, welche eine Abänderung des § 62 wünschte, wurde der Petitionskommission überwiesen.

Tierhalter-Haftung.

Die Kommission zur Vorberatung des § 833 beendete gestern ihre Sitzungen. Die vorgeschlagene Verschlechterung zu § 833 B. G.-B. wurde angenommen. Der Antrag der Sozialdemokraten, wenigstens nach Maßgabe des ökonomischen Ausgleichsprinzips den reichen Tierhalter so haften zu lassen wie bisher, wurde lebhaft bekämpft und mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Eine nichtssagende, vom Abg. Gyßling (frs.) eingebrachte Resolution, die noch nicht dem Unfallversicherungsgesetz unterstellten Stalleute usw. dem Unfallversicherungsgesetz zu unterstellen, wurde angenommen. Darüber, wie dies ohne Beseitigung des Berufsgenossenschaftsprinzips zu ermöglichen sei, schwieg sich der Antragsteller aus. Eine weitere vom Abg. Gyßling eingebrachte Resolution, den Hasenschaden demnächst zu regeln, wurde abgelehnt; gegen den von den Sozialdemokraten gemachten Vorschlag, sofort im § 833 die Verpflichtung des Sachberechtigten auszusprechen, den Hasenschaden zu ersetzen, hatte bekanntlich Abg. Gyßling in der vorhergehenden Sitzung gestimmt.

Viehseuchenkommission. (Sitzung vom 19. Februar.) Zu den tüchtigsten Paragraphen gehören 6 bis 8. Alles, was nicht mit hohen Zöllen belegt und schon dadurch von der Einfuhr nach Möglichkeit ferngehalten werden kann, soll nun auf Grund dieses Gesetzes von der Einfuhr so gut wie ausgeschlossen werden. Die Einfuhr von kranken und krankheitsverdächtigen Tieren ist verboten. Nach den Bestimmungen des § 4 gilt dieses Verbot auch für die Kadaver und Teile von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche gefallen sind oder zur Zeit des Todes an einer solchen gelitten haben oder seuchenverdächtig gewesen sind, endlich für Gegenstände jeder Art, von denen nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß sie Träger des Ansteckungsstoffes sind. Rösicke und Genossen hatten dazu beantragt: „auch die Erzeugnisse solcher Tiere" mit einzufügen. Praktisch würde das so wirken — und das sagt auch die Regierung in der Begründung der Vorlage — daß auf Grund dieses Gesetzes ferngehalten werden können: Fleisch, Knochen, Häute, Hörner, Hufe, Klauen, Haare, Wolle, Federn, Milch, Dünger, und als giftfangende Gegenstände: Futtermittel, Mehl, Streumaterialien, Geschirrteile, Stallgeräte, getragene Kleider, Lumpen usw. Es ist nur notwendig, daß die Agrarier behaupten, in irgend einem Lande sei das Vieh krankheitsverdächtig, es braucht also gar nicht krank zu sein, und die Einfuhr der tierischen Produkte ist damit verboten. Auf diese Weise kann ohne weiteres zum Beispiel die Einfuhr von Milch aus Dänemark verboten werden. Abgeordneter Wehl schilderte die Gefahren, die der Gerberei entstehen, die 60 Prozent der Felle aus dem Ausland beziehen muß. Die Vertreter der Regierung erklärten, daß auch Häute und Felle Krankheitskeime enthalten können. Das Zentrum hatte hierzu beantragt:

„Dem Reichstag sind alljährlich diese Anordnungen zur Kenntnisnahme vorzulegen. Sie treten außer Kraft, wenn der Reichstag es beschließt."

Dieser letzte Satz, der dem Reichstag die Möglichkeit geboten hätte, besondere Härten zu beseitigen, wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

Die weitere Beratung wurde auf nächsten Mittwoch vertagt.

Einlauf.

Zum Etat der Zölle, Steuern usw.: Antrag Speck (Z.) und Genossen:

1. tunlichst bald durch entsprechende Aenderung der Bestimmungen der Gerstenzollordnung die Verzollung sämtlicher Gerste nach dem Satze von 4 M. für 100 Kilogramm vorzuschreiben, welche zur Verwendung für Brauerei- oder Brennereizwecken geeignet oder bestimmt ist;

2. den Zollsatz von 1,30 M. für 100 Kilogramm nur auf solche Gerste zur Anwendung zu bringen, welche in geeigneter Weise (durch Färben usw.) amtlich gekennzeichnet oder nachgewiesenermaßen zu Futterzwecken verwendet worden ist;

3. zur Sicherstellung dieser Maßnahmen zu veranlassen, daß die Verwendung der amtlich gekennzeichneten Gerste (Ziffer 2) zur Herstellung von Malz sowie die Verwendung solchen Malzes zu Brauerei- oder Brennereizwecken unter entsprechend hohe Strafen gestellt wird.

Bericht der Rechnungskommission betreffend die Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für das Rechnungsjahr 1905.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gau 4.

Die Konferenz findet nun am Sonntag, den 23. und Montag, den 24. Februar, in Berlin, im Lokal des Herrn A. Boeker, Weberstr. 17 (gr. Saal) statt.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes. Berichterstatter: Franz Stusche. 2. Kassenbericht. Berichterstatter: Richard Leopold. 3. Unsere Lohnbewegungen und die Entwickelung der Tarifverträge. Referent: Theodor Leipart aus Stuttgart. 4. Unsere Agitation nach den Erfahrungen der letzten Zeit. Referent: Georg Exner. 5. Anträge zum Gautag. 6. Anträge zu dem in diesem Jahre stattfindenden Verbandstag.

Die Konferenz wird Sonntag vormittag 10 Uhr eröffnet. — Mitglieder, die als Gäste den Verhandlungen beiwohnen wollen, sind freundlichst eingeladen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Gauvorstand. J. A.: Franz Stusche.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik in der Motorwagenfabrik in Reinickendorf dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten. Auch der Betrieb der Berliner Apparatefabrik Hollmannstraße ist gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Metallarbeiter! In hiesigen bürgerlichen Zeitungen werden Geldschrankschlosser für auswärts gesucht. Da es sich um eine Firma handelt, mit der unsere Kollegen Differenzen haben, ersuchen wir, das Arbeitsangebot nicht zu berücksichtigen. Ueberhaupt machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß bei jedem Arbeitsangebot nach außerhalb die Kollegen sich in unserem Bureau über die Verhältnisse erkundigen. Nur so können sich die Kollegen vor Schaden schützen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Ein Streik der Kleber.

Die Kleber beschlossen in einer Versammlung, die am Mittwoch bei Meyer in der Oranienstraße abgehalten wurde, energisch Stellung zu nehmen gegen alle Firmen, die nicht die tariflich festgesetzten Preise bezahlen. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, daß **am Sonnabend überall die Arbeit niederzulegen ist, wo der Tarif nicht anerkannt wird.** Der Vorsitzende Brunow gab ein Bild von der bestehenden Lage im Beruf und erklärte, daß es bedauerlich sei, wenn jetzt, nach den härtesten Kämpfen um den Tarifvertrag, festgestellt werden müsse, daß ein großer Teil der Kollegen unter dem Preis arbeite. Mag die schlechte Konjunktur im allgemeinen mitgewirkt haben, so sei doch nicht zu verkennen, daß viele Arbeiter selbst daran die Schuld tragen. Man habe die Organisation vernachlässigt und nicht für den Verband genügend agitiert, denn sonst könnten nicht so viele Arbeiter dem Verbande noch fern stehen. Gegenwärtig können die Kleber nicht über einen Mangel an Arbeit reden, die Situation sei verhältnismäßig günstig, und man dürfe nicht länger zögern, sein erkämpftes Recht in Anspruch zu nehmen.

Der Verbandsleitung sind die Firmen bekannt, wo nicht die tarifmäßigen Preise bezahlt werden. Unter anderem wurde auf folgende Firmen verwiesen: Brandenburg, Ramlerstraße 23; Helm, Putbuser Straße 49; Minkwitz, Pappelallee 19; Wichert, Pötzowstraße 18; Schley, Krautstraße 7; Achilles, Ifflandstraße 4; Müller, Rochowstraße 14; Kalmbach, Potsdamer Straße 78 und Völligke, Skalitzer Straße 44.

In der Diskussion wurden die Verhältnisse bei den verschiedenen Firmen scharf beleuchtet. Ein gedruckter Tarif kam in der Versammlung zur Verteilung. Nach demselben beträgt die Arbeitszeit 50 Stunden wöchentlich (Montag und Sonnabend 8 Stunden, die übrigen Tage 8½ Stunden). Der Stundenlohn beträgt 70 Pf., für bessere Arbeiter mehr. Ueberstunden (von Feierabend bis 10 Uhr abends) werden nach Möglichkeit vermieden, wenn dies nicht angängig ist, erfolgt ein Zuschlag von 20 Pf. pro Stunde. Nachtarbeit (von 10 Uhr abends bis 7 Uhr früh) Zuschlag pro Stunde 70 Pf. Sonntagsarbeit Zuschlag 40 Pf. pro Stunde.

Die Versammlung beschloß, daß sofort eine strenge Bautenkontrolle vorgenommen werden solle, damit der Verband über den Stand der Dinge gut orientiert sei. Von allen Mitgliedern wird erwartet, daß sie am Sonnabend mit dem größten Nachdruck auf vollständige Anerkennung des Tarifs bestehen und im Weigerungsfalle sofort die Arbeit niederlegen.

Die „Freie Vereinigung der Tapezierer" hat bereits beschlossen, daß ihre Mitglieder ebenfalls am Montag den Streik beginnen, wo der Tarif nicht in Geltung ist. —

Die Versammlung nahm einen Vortrag von Genossen Weber über das Thema „Soziale Kulturbilder" sehr beifällig auf. — In die Ortsverwaltung wurde Strasser gewählt.

Die Portefeuiller haben im kommenden Sommer eine Tarifbewegung durchzuführen. Es handelte sich um die Erneuerung beziehungsweise Verbesserung des bestehenden Tarifs. Ueber die etwaigen Aussichten der bevorstehenden Bewegung wurde am Mittwoch in einer Versammlung des Portefeuillerverbandes gesprochen. Es wurde betont, daß eine Verbesserung des Tarifs schon wegen der Teuerungsverhältnisse notwendig sei. Die Portefeuiller wünschen, daß die Bewegung friedlich durchgeführt werden könne, doch müsse mit der Möglichkeit eines Kampfes gerechnet werden. Die Fabrikanten haben bereits Vorkehrungen für einen Kampf getroffen. Sie haben mit Zwischenmeistern in Offenbach und auch Berlin Verträge abgeschlossen, wodurch sich die Zwischenmeister verpflichten, auch während eines Streiks oder einer Aussperrung die Arbeit nicht zu unterbrechen. Es sei auch zu berücksichtigen, daß die Maschinenarbeit und die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Portefeuillebranche immer mehr zunimmt, wodurch den Portefeuillern eine gefährliche Konkurrenz erwachse. Da aber die Portefeuiller zu 75 Proz. organisiert seien, so könnten sie der bevorstehenden Lohnbewegung ohne Furcht entgegensehen. Man werde auch die Indifferenten noch zu gewinnen suchen und alle sonstigen Vorbereitungen für die Bewegung treffen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Fabrikantenvereinigung die Vertreter der Arbeiter zu einer Konferenz eingeladen habe, man sei aber noch nicht einig über die Zusammensetzung der Konferenz.

Achtung, Fliesenleger! Die Firma Otto Ramin, Schöneberg, Schwäbische Straße 1, weigert sich, den Fliesenlegern den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Alle Fliesenleger haben deshalb gestern die Arbeit niedergelegt. Bitte dies zu beachten. Der Zwischenfall bei Pflüger ist erledigt.

Der Vorsitzende der Sektion.

Achtung, Werkzeugmacher! Der Streik der Werkzeugmacher und Werkzeugdreher in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau ist durch Verhandlungen beigelegt. Die Kollegen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter! Der Streik der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Zimmermann u. Buchloh in Borsigwalde ist beendigt. Die Kollegen haben am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Glasarbeiterstreik. Auf der Glashütte zu Oldenburg im Großherzogtum ist es am Montag zum Streik gekommen, nachdem es schon lange unter der Arbeiterschaft gärte. Es traten die Einträger in den Ausstand, wodurch auch die Glasmacher zum Feiern gezwungen sind. Bei Einführung des Dreischichtensystems für die Glasmacher wurde die Arbeitszeit der Einträger von 11 auf 12 Stunden erhöht, obwohl der Lohn von 2 M. für 14 bis 16jährige Arbeiter, 2,50 M. für 16—18 jährige und für ältere auf 3 M. bestehen blieb. Bedenkt man, daß fast keine Pause während der langen Arbeitszeit gewährt wurde, so ist es erklärlich, daß sich eine Bewegung dagegen entfaltete, die schließlich auch dazu führte, daß auch für diese Arbeiter die achtstündige Arbeitszeit festgelegt wurde. Hierbei wurde den Arbeitern der Lohn auf 1,80, 2,00 resp. 2,40 M. gekürzt mit der Bemerkung, wer mehr verdienen wolle, könne noch einige Stunden des Tages als Platzarbeiter beschäftigt werden. Dieses Ansinnen wurde zurückgewiesen, und da die Direktion nicht nachgab, die Arbeiter auch eine Verbesserung ihrer Kost- und Wohnungsverhältnisse in den zum Betriebe gehörigen Häusern nicht erreichten, die Arbeit eingestellt. Ohne Einhalten einer Kündigungsfrist für die Glasmacher läßt jetzt die Direktion den ganzen Betrieb stilliegen, so daß auch die Platzarbeiter brotlos sind. Ein solches brutales Vorgehen ließ auch die Verhandlungen zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß unter Hinzuziehung der Kommission der streikenden Einträger scheitern. Dienstag kamen bereits von Braunschweig Glasarbeiter an, die jedoch, nachdem sie über die Lage informiert waren, auf die Arbeit verzichteten, obwohl ihnen ein höherer Lohn zugesagt war als die Ausständigen verlangen. Diejenigen Arbeiter der Glashütte, die trotz ihrer Kündigungsfrist unfreiwillig brotlos geworden sind, werden Schadenersatzansprüche geltend machen. Vor allem gilt es, weiteren Zuzug nach Oldenburg von gelernten und ungelernten Arbeitern fernzuhalten, damit den Ausständigen, die größtenteils im Handels- und Transportarbeiterverband organisiert sind, eine einigermaßen gerechte Entlohnung und Verbesserung ihrer Wohnungsverhältnisse in den Hüttenhäusern zuteil wird.

Die Tarifbewegung im Breslauer Baugewerbe. Die Arbeitgeber im Breslauer Baugewerbe haben den bis jetzt bestehenden Tarif gekündigt und wie wir berichteten, den Arbeitern einen Entwurf zugestellt, der so viel Verschlechterungen bringt, daß er unter allen Umständen nicht angenommen werden kann. Die Arbeitnehmer und zwar zunächst die Maurer, haben daraufhin einen eigenen Tarif entworfen und ihn den drängenden Meistern, die es in diesem Jahre auffallend eilig haben, bereits übermittelt. Danach soll die Arbeitszeit nicht, wie es der Meistertarif will, eine Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden, sondern im Gegenteil eine Verkürzung auf 9 Stunden erhalten. Ueberstunden sollten nach dem Meistertarif geleistet werden müssen „in dringenden Fällen"; der Gesellenentwurf präzisiert wie der alte Tarif diese Fälle: wenn Menschenleben in Gefahr sind, schwere Schädigungen eines Betriebes bestehen oder der Verkehr gehemmt ist. Als Einheitslohn werden 60 Pf. pro Stunde gefordert; für Innenputzer soll eine Erhöhung um 15 Pf. eintreten. — Hoffentlich kommt auf dieser Grundlage eine friedliche Vereinbarung zustande.

Die Arbeitslosenfürsorge einer Stadtverwaltung.

Durch eine vom Gewerkschaftskartell in Krefeld vorgenommene Zählung war festgestellt worden, daß die Arbeitslosigkeit dort größer war als in den früheren Jahren in diesem Monat. Auf Grund eines Inserats zeichneten sich zirka 500 Arbeitslose in die Listen des Gewerkschaftskartells ein. Annehmen konnte man, daß die Zahl bedeutend größer war.

Vom Gewerkschaftskartell wurde die Stadtverwaltung nun aufgefordert, diesen Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Von seiten der Verwaltung wurde ein außergewöhnlicher Notstand bestritten; es handele sich um die gewöhnliche Arbeitslosigkeit, die im Winter um sich greife. Es wurde nebenbei ein Lamento über die Vergnügungssucht (!) der Arbeiter angestimmt, dann aber schließlich zugesagt, daß die am schlimmsten Not Leidenden Beschäftigung erhalten sollen. An Lohn könne aber nicht mehr als 2,50 M. bezahlt werden; der ortsübliche Tagelohn beträgt in Krefeld 3 M.! Die Arbeitslosen beschäftigten sich in einer Versammlung mit dem Verhalten der Verwaltung, welches in einer einstimmig gefaßten Resolution scharf verurteilt wurde. Weiter verlangte man den ortsüblichen Tagelohn.

Die Resolution wurde von der Verwaltung gar nicht beachtet. Man bezahlt 2,50 M., bewilligte aber dem Oberbürgermeister, der ein Einkommen von 17 000 M., ohne Nebeneinnahmen, und freie Wohnung hat, eine Gehaltserhöhung von 3000 M. Das nennt man kommunale Sozialpolitik.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Auch in Straubing (Niederbayern) hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe den Tarifvertrag mit den Arbeitern gekündigt und einen neuen Lohntarif mit Verkürzung der Löhne vorgelegt. Es kommt zu Differenzen.

Der Streik der Bodenleger am Gefängnisneubau in Aichach (Oberbayern) hat mit einem Siege der Arbeiter geendet.

Unsolidarisch aus Prinzip.

Die Fabrikanten Wessels und Levinger in Augsburg wurden wegen sehr groben Verstoßes gegen die Generalabmachungen aus dem Verband der deutschen Schuhfabrikanten ausgeschlossen. Dafür sind die beiden Herren zu Ehrenmitgliedern der Gelben ernannt worden, welche gegenwärtig in den Betrieben der beiden Unternehmer als Streikbrecher sich nützlich machen.

Ausland.

Ueber die Streiks und Aussperrungen in Niederland im Jahre 1907

gibt das „Centraal Bureau voor de Statistiek" in der neuesten Nummer seiner Monatsschrift eine Uebersicht, der zu entnehmen ist, daß das Bureau Kenntnis erhielt von 139 Streiks, die im Jahre 1907 ausbrachen. Von 135 Streiks wurden die Zahlen der Beteiligten angegeben; es waren im ganzen 11 002 Arbeiter und Arbeiterinnen. Zum Vergleich wird angeführt, daß im Jahre 1906 164 Streiks ausbrachen und eine Zahl von 11 060 Streikenden ermittelt wurde. Für die ersten fünf Jahre dieses Jahrhunderts wird die Durchschnittszahl der Streiks auf 104,4 angegeben, die der Beteiligten auf 11 882. Bei den meisten Streiks waren selbstverständlich Forderungen auf Lohnerhöhung oder Abwehr von Lohnkürzungen die Ursache. Bemerkenswert ist jedoch, daß nicht weniger als 27 Streiks ausbrachen, weil einzelne Arbeiter entlassen, also gemaßregelt worden waren. Ueber den Erfolg der Streiks wird mitgeteilt, daß 24 zugunsten der Arbeiter, 50 durch Vergleich beendet wurden und 40 verloren gingen, während 14 am Jahresschluß noch fortdauerten, 3 unentschieden blieben und von 8 Streiks die Angaben über den Ausgang fehlten.

Aussperrungen kamen 16 vor und die Zahl der Ausgesperrten wird auf 3192 angegeben. Im Jahre 1906 wurden dagegen 17 Aussperrungen mit 7789 Ausgesperrten gemeldet. Die Durchschnittszahl der Aussperrungen in den Jahren 1901—1905 wird auf 11,2, die der Ausgesperrten auf 2644,8 angegeben. Die Unternehmer haben mit ihren Aussperrungen im verflossenen Jahre nicht viel Erfolg erzielt. Nur 3 endeten zu ihrem Vorteil, 2 zu ihrem Nachteil, während 4 durch Vergleich erledigt wurden und 2 ins neue Jahr hinein dauerten. Die übrigen Aussperrungen blieben teils unentschieden, teils ist dem Bureau über den Ausgang nichts bekannt geworden.

Konflikt im englischen Schiffbaugewerbe.

London, 19. Februar. Laut Nachrichten aus Newcastle droht im Schiffbaugewerbe am Tyne und am Clyde ein Konflikt, der etwa 70 000 Arbeiter umfassen würde. Die Ursache des Konflikts ist der Versuch der Arbeitgeber, die Löhne herabzusetzen. Sollte es bis Ende dieser Woche zu keinem Vergleich kommen, dann würden zahlreiche Werften geschlossen werden.

Lohnforderungen der Hebammen in Schweden. Der schwedische Hebammenverband — „barnmorskeförbundet" — hielt am Montag in Stockholm einen außerordentlichen, von 200 Delegierten aus allen Teilen des Landes besuchten Kongreß ab, auf dem über die Lohnverhältnisse der Hebammen und ihre Stellung zu Staat und Kommune beraten wurde. Man verlangt, daß die Hebammen im allgemeinen mit den Volksschullehrerinnen gleichgestellt werden sollten, und beschloß, an den schwedischen Reichstag das Ersuchen zu richten, ihnen ein festes Mindestgehalt von 400 Kronen, teils aus Staats-, teils aus Kommunemitteln, zu garantieren. Ferner beschloß der Kongreß, daß in den abzuschließenden Kontrakten für Festsetzung einer einmonatigen Ferienzeit gesorgt werden soll.

Soziales.

Edle Unternehmerpläne.

Gewisse Kreise des deutschen Unternehmertums zetern unausgesetzt über die angeblich unerträgliche Belastung durch die soziale Gesetzgebung. Jetzt scheint man nun in Unternehmerkreisen Material sammeln zu wollen, um gegen das bißchen Sozialreform Sturm zu laufen. Darauf wenigstens scheint das nachfolgende von der Sächsischen Bauberufsgenossenschaft an ihre Mitglieder versandte Zirkular hinzudeuten. Es lautet:

„Nach § 12 Abs. 1 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 ist von den Unternehmern, in deren versicherungspflichtigen Betrieben sich ein Unfall ereignet hat, für den Verletzten vom Beginn der 5. Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablaufe der 13. Woche ein Zuschuß zu dem statutenmäßig von der Krankenkasse zu gewährenden Krankengelde, welches auf $^{2}/_{3}$ des festgesetzten Tagelohnes erhöht wird, aus eigenen Mitteln an die Krankenkassen zu zahlen.

Diese Belastung kann unter Umständen recht drückend werden, daher ist vom Verband der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft angeregt worden, alles Material über die Belastung der Mitglieder durch jenen Gesetzesparagraphen zu sammeln, um es dem Reichsversicherungsamte bezw. dem Reichsamt des Innern zu unterbreiten und damit eine Gesetzesänderung anzustreben.

Zu diesem Zwecke werden unsere Genossenschaftsmitglieder ersucht, genaue Aufzeichnungen darüber zu machen:

1. In wieviel Fällen im Laufe des Jahres 1908 Krankengeldzuschuß für die Zeit vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalles ab an die Krankenkasse hat gezahlt werden müssen und

2. auf wie hoch dieser Krankengeldzuschuß nach Mark und Pfennigen im Jahre 1908 insgesamt sich beläuft.

Wir werden Maßnahmen treffen, daß diese beiden Fragen in der nächstjährigen Lohnnachweisung zu beantworten sind.

Dresden, den 20. Dezember 1907.

Der Genossenschaftsvorstand.

Wenn eine Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes notwendig ist, dann doch höchstens dahingehend, daß für Unfälle nicht mehr die Krankenversicherung, zu der die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen, die ersten 13 Wochen nach dem Unfall, sondern die Unfallberufsgenossenschaft aufzukommen hat.

Die Unternehmer, die vielfach durch die Außerachtlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Schutzvorschriften schwere Schuld an den Unfällen trifft, möchten noch nicht einmal für die Opfer ihrer Profitsucht den geringen Lohnzuschuß zahlen.

Arbeitszeit in Plättanstalten und Wäschereien.

Der Beirat für Arbeiterstatistik beschäftigte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit der Formulierung des Gutachtens an den Reichskanzler, das im Anschluß an die Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit in Plättanstalten und Wäschereien gegeben wurde. In Betracht kommen nur die Kleinbetriebe oder nach der vorliegenden Novelle zur Gewerbeordnung: Betriebe, die unter zehn Personen beschäftigen. Für die übrigen Betriebe kommen die Bestimmungen der Gewerbeordnung für Fabrikbetriebe in Anwendung. Der Beirat empfiehlt für Kleinbetriebe eine Verordnung ähnlich derjenigen für das Konfektionsgewerbe, d. h. eine entsprechende Anwendung der §§ 135—139 und des § 139b der Gewerbeordnung.

Als Ausnahme wurde empfohlen, an Sonnabenden und vor Festtagen den Schluß der Arbeitszeit bis 7 Uhr abends auszudehnen. Der Antrag wurde mit der an Sonnabenden vorhandenen Häufung der Arbeit und mit dem Hinweis begründet, daß, wenn diese Ausdehnung nicht gestattet würde, die Gewährung von Sonntagsarbeit sehr begünstigt würde. Der Beirat lehnte die generelle Befugnis ab, will aber im Jahre an 30 Sonnabenden und Tagen vor den Festtagen dem Unternehmer nach freier Wahl die Ueberschreitung der sonst festgesetzten 10stündigen Maximalarbeitszeit bis auf 12 Stunden gestatten. In gleicher Weise soll an weiteren dreißig Tagen eine Ausnahme zulässig sein. Ueber 10 Uhr abends soll in solchen Fällen die Beschäftigung nicht dauern und eine 10stündige Ruhezeit bis zur Wiederaufnahme der Arbeit innegehalten werden. Findet vor den Festtagen oder an den Sonnabenden eine längere Beschäftigung statt, so soll für den Sonntag die Arbeit nicht gestattet werden, wie überhaupt eine Beseitigung der Sonntagsarbeit empfohlen wird. Eine Anregung, die Ausnahme im ganzen nur an 50 Tagen zu gewähren, fand nicht die Zustimmung.

Vergleichstermin mit Beisitzern.

Eine Neuerung hat Magistratsrat Techow, der Vorsitzende der ersten Kammer beim Kaufmannsgericht zur Einführung gebracht. Zum Zwecke einer schnelleren Abwickelung der anhängig gemachten Prozeßsachen läßt er gleich zum ersten Vergleichstermin die Beisitzer laden, die sich dann an den Vergleichsverhandlungen auch lebhaft beteiligen. Tatsächlich ist auch die Zahl der zustandegekommenen Vergleiche in den Vergleichssitzungen mit vollbesetzter Kammer weit größer als im Termin vor dem einzelnen Richter. Die Tatsache, daß die Parteien gleich die Meinung der Laienrichter hören, stimmt viele vorerst Abgeneigte doch noch zu einem Vergleich. — Die Neuerung trägt nicht nur zu einer Beschleunigung des Geschäftsganges beim Kaufmannsgericht bei, sondern liegt auch im Interesse aller Rechtsuchenden.

Aus Industrie und Handel.

Wieder ein Monopolprojekt.

Des Reiches Finanznot gebiert allerlei Monopolprojekte, deren Realisierung den Steuersäckel füllen soll, ohne dabei der privaten Plünderei wehe zu tun. Solche Erwägungen dürften auch dem vom „Hamburger Correspondent" empfohlenen Reichs-Petroleummonopol zugrunde liegen. Das Blatt kommt auf die kürzlich angeschnittene Frage wieder zurück und bemerkt dazu:

„Die bisherige Diskussion hat vollständige Einstimmigkeit darüber ergeben, daß durch ein Petroleummonopol kein Erwerbszweig in Deutschland mehr geschädigt werden könnte, dann die Standard Oil Co. bei der Ausschaltung des selbständigen Petroleumhandels bereits zu große Fortschritte gemacht hat.

Es wird sodann die Frage erwogen, ob der Oil-Trust nicht in der Lage sei, auch dem Staate ganz willkürlich die Preise zu diktieren. Das wird verneint:

„Es gibt in Amerika neben der Standard Oil Co. auch unabhängige Petroleumgesellschaften, deren größte das vor allem wichtige pennsylvanische Oel herstellt. Es würde jedoch nach Ansicht der Kreise, von denen die erste Anregung in der Frage des Petroleummonopols ausgegangen ist, aus taktischen Gründen nicht ratsam sein, nähere Einzelheiten über die Mittel und Wege zum freien Ankauf von amerikanischem Petroleum jetzt der breitesten Oeffentlichkeit vorzulegen. Wie wir aus diesen Kreisen erfahren, herrscht dort die Ansicht, daß eine wirklich gründliche und sachgemäße Erledigung dieses Punktes der Petroleumfrage am besten durch eine von der Reichsregierung einzuberufende Enquete möglich ist. Zu dieser Enquete würden Sachverständige jeglicher Art, wie Geologen, Chemiker, Bohrtechniker, Kaufleute usw. zugezogen werden müssen und es würde vor allem Wert darauf zu legen sein, daß diese Sachverständigen sämtlich in keinerlei Beziehungen zu der Standard Oil Co. oder ihren Tochtergesellschaften stehen."

Gewinne der Grundstücksgesellschaften.

Die Grundstücks-Aktiengesellschaft in Berlin bringt für das letzte Jahr eine Dividende von 20 Prozent gleich 125 000 M. heraus. Dabei werden 112 090 M. auf neue Rechnung vorgetragen und dem Reservefonds 60 000 M. überwiesen. — Die Neu-Bellevue-Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung in Liquidation hat weitere vier Baustellen für den Preis von 442 000 Mark verkauft. — Der letztjährige Ueberschuß der Neue Boden-Aktiengesellschaft stellt sich auf 2 207 333 Mark. Davon werden dem Reservefonds 102 451 M. überwiesen, 91 847 M. an Tantiemen verteilt, 1 820 000 M. als Dividende ausgeschüttet, 183 034 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Fusion in der Elektrizitätsindustrie. Von der deutschen Firma Brown Boveri wurde seinerzeit das Tecnomasio Italiano angekauft und damit Tecnomasio Italiano Brown Boveri gegründet. In den letzten Tagen ist nun ein Vertrag zustande gekommen, nach dem auch die Firma Gadda u. Co. in diese Fusion mit ihren Fabriken übertritt. Die Firma Gadda u. Co. war bisher die bedeutendste elektrotechnische Firma, die elektrische Maschinen in Italien gebaut hat. Seit einigen Monaten herrscht in der dortigen Elektroindustrie eine schwere Krisis und ist besonders diese Firma davon betroffen. Die Aktien, die vor einigen Monaten noch auf 100 bis 110 Lire standen, sind jetzt auf zirka 60 Lire herunter gegangen. Der ganze Betrieb der Firma Gadda u. Co. wird mit etwa 3 Millionen Lire übernommen, wovon ungefähr die Hälfte in Form von Aktien der früheren Firma überlassen wird. Das Aktienkapital der Firma Gadda betrug 5 Millionen Lire.

Neuregelung der Fernsprechgebühren in Deutschland. Nach langen eingehenden Beratungen und Besprechungen zwischen den Vertretern der Deutschen Reichspostverwaltung, der Telegraphenverwaltung von Bayern einerseits und Vertretern von Handel, Industrie und Handwerk andererseits ist der neue Fernsprechgebührentarif ausgearbeitet worden und soll folgende Gestalt erhalten:

1. Die Pauschgebühr wird aufgehoben. Es gibt nur noch Anschluß gegen Grund- und Gesprächsgebühren.

2. Die Grundgebühr beträgt in Netzen von 1 bis 1000 Anschlüssen 50 M.; in Netzen von 1001 bis 5000 Anschlüssen 65 M.; in Netzen von 5001 bis 20 000 Anschlüssen 80 M.; in Netzen von 20 001 bis 70 000 Anschlüssen 90 M.; in Netzen von mehr als 70 000 Anschlüssen für jede angefangenen weiteren 50 000 Anschlüsse je 10 M. mehr.

3. Für jede hergestellte Verbindung wird eine Einzelgesprächsgebühr von 5 Pf. erhoben. Wenn in einem Rechnungsjahr von einem Anschluß aus mehr als 2000 Gespräche geführt werden, ermäßigt sich die Gebühr für die Gespräche von 2001 bis 6000 um je $^{1}/_{2}$ Pf. und für die weiteren Gespräche um je 1 Pf.

4. Der Teilnehmer darf sich von Dritten für das Gespräch im Ortsverkehr einen Betrag bis zur Höhe von 0,10 M. erstatten lassen.

5. Die Fernsprechgebühren betragen bis 25 Kilometer 0,20 M., bis 50 Kilometer 0,25 M., bis 100 Kilometer 0,50 M., bis 250 Kilometer 0,75 M., bis 500 Kilometer 1,— M., bis 750 Kilometer 1,50 M., bis 1000 Kilometer 2,— M., über 1000 Kilometer für jede weiteren 250 Kilometer 0,50 M. mehr.

Aus der Frauenbewegung.

Aus der internationalen Frauenbewegung.

Bereits vor Stattfinden der ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen hatte die Einberuferin versucht, durch Einforderung von Berichten ein Bild über die Entwickelung der sozialistischen internationalen Frauenbewegung zu gewinnen. Teilweise sind die Berichte aber erst nach der Stuttgarter Tagung eingegangen. Die Zentralvertrauensperson hat nun, um allen denen, die sich für die Gesamtbewegung interessieren, das Material zugänglich zu machen, dieses in einer Broschüre zusammenstellen lassen, und zwar hat sich die Genossin Zetkin dieser dankenswerten Aufgabe unterzogen. Die zum Preise von 10 Pf. von der Genossin Baader zu beziehende Broschüre „Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen" enthält zunächst den eingehenden Bericht über die Entwickelung der Frauenbewegung in Deutschland. Dann folgt eine Schilderung der Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich. Hierauf kommen Berichte aus Belgien, Holland; über die Entwickelung des Näherinnenvereins in Amsterdam und des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes. Dann folgt eine Information aus Paris über die dortigen Genossinnen. Eine eingehendere Berichterstattung unterrichtet über die Bewegung in Finnland. Aus einer Schilderung über die Verhältnisse in England haben wir bereits in gestriger Nummer einen längeren Abschnitt gebracht. Neben dem Bericht der Genossin Krugh enthält die Broschüre aber auch noch Mitteilungen über die Unabhängige Arbeiterpartei in Großbritannien, über den Landesverband der englischen Frauengewerkschaften und über die Liga für Frauenarbeit in England. Dem schließt sich die Berichterstattung über die Nationalliga fortschrittlicher Frauen Amerikas an; dieser folgt eine Zuschrift des Aktionsausschusses des sozialdemokratischen Frauenverbandes in Schweden. Den Schluß des Werkchens bilden zwei Briefe, einer von der Herausgeberin von The Sozialist Woman in Chicago und einer von dem Nestor der sozialistischen Bewegung, Genossen Friedrich Leßner-London, den wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben:

Liebe Genossinnen! Wohl als ältester Veteran der internationalen sozialistischen Bewegung begrüße ich herzlichst die erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Ich sehe in ihr ein Stück mehr von der Verwirklichung jener großen Mahnung, die das Kommunistische Manifest vor mehr als einem halben Jahrhundert in die Welt hinausgerufen hat: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Schon die alte revolutionäre Internationale hat sich an alle Proletarier, an alle Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts gewendet, und sie hat jederzeit in Wort und Tat die Interessen der Proletarierinnen und das Recht des weiblichen Geschlechts verteidigt. Die neue sozialistische Internationale setzt auch in dieser Beziehung das Werk fort, das ihre Vorgängerin begonnen hat. Es ist ein Zeichen des fortschreitenden Triumphes des revolutionären sozialistischen Gedankens, daß die Frauen beginnen wollen, sich international verbunden in Reih' und Glied des kämpfenden Proletariats zu stellen. Der Sympathie und tatkräftigen Unterstützung aller überzeugten Sozialisten können die Genossinnen bei ihrem Werke versichert sein. Wie die sozialistischen Parteien aller Länder immer klarer die Bedeutung einer zielbewußten proletarischen Frauenbewegung erkennen, so muß sich auch jeder einzelne Sozialdemokrat und Gewerkschafter mit der Ueberzeugung durchdringen, daß es seine Pflicht ist, dahin zu streben, Weib und Tochter als treue Kampfesgefährtinnen zur Seite zu haben. Möge alle das herrliche Beispiel lehren, das unser großer Karl Marx und seine Lebensgefährtin, die edle Jenny Marx, in der reinen und starken Kampfesgemeinschaft ihres Lebens gegeben haben. Ich bin überzeugt, daß die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz recht viel dazu beitragen werden, den Lehren des internationalen Sozialismus unter den proletarischen Frauen aller Länder Anhängerinnen zu gewinnen und ein gemeinsames erfolgreiches internationales Vorgehen der Genossinnen anzubahnen. Mit den herzlichsten Wünschen für Eure Arbeit, liebe Genossinnen, verbleibe ich in treuer Gemeinschaft des Zieles und Kampfes

Euer alter

Friedrich Leßner, London.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse Berlins feierte am Sonntag sein neuntes Stiftungsfest durch eine Goethe-Feier. Rings an den Wänden des Gewerkschaftshaussaales leuchteten Obstblüten, Girlanden waren über den Saal gezogen, überall flutete helles Licht und freudige Farbe und dichtgedrängt lauschte die andächtige Menge.

Als Fräulein Zlotnicka mit reiner Stimme das Lied der Mignon und das „Heideröslein", als Frau Ellen Geyer-Neustädter mit ihrer seltenen, temperamentvollen Kunst „Das Veilchen" und den „Erlkönig" sang, Dr. Emil Geyer durch den „Prometheus" den Trotz und die Kraft des kämpfenden Proletariats aufrüttelte, wurden die Zuhörer mit reiner Freude und Begeisterung erfüllt. Hermann Wendel zeigte in seinem einleitenden Vortrage „Goethe und die Frauen", wie alle tiefsten Gedanken unseres größten Dichters dem Einfluß der Frauen entsprangen, wie die Frau von Gedankentiefe, das Hausmütterchen und die Dirne, wie das Ewig-Weibliche den Lebenspfad Goethes begleitete und bis zu den höchsten und reinsten Höhen des Menschentums hinaufführte. Freilich, der dröhnende Tritt der Arbeiterbataillone drang noch nicht an sein Ohr, auch er konnte nur ein Kind seiner Zeit sein.

Leo Kestenberg und Frau Radwauer-Birnbaum verschönten durch vollendeten Vortrag Mozart-Beethovenscher Sonaten das künstlerisch einheitlich würdige Fest.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Oeffentliche Versammlung: Sonntag, den 23. Februar nachmittags 5 Uhr in den Moabiter Bürgersälen, Beusselstr. 9. Vortrag. Genosse Pagels: „Die politische Lage und die Frauen".

Agitationsverein für Landsberg-Soldin. Generalversammlung heute, Freitag, den 21. d. M., abends $8^{1}/_{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 2. Gäste willkommen.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 19. 2. cm	seit 18. 2. cm [1]	Wasserstand	am 19. 2. cm	seit 18. 2. cm [1]
Memel, Tilsit	330 [2]	+12	Saale, Grochlitz	162	+11
Pregel, Insterburg	297 [3]	+24	Havel, Spandau [3]	139	+4
Weichsel, Thorn	240 [4]	−14	„ Rathenow [3]	156	0
Oder, Ratibor	183	−19	Spree, Spremberg [3]	130	0
„ Krossen	211	+13	„ Beeskow	200	+2
„ Frankfurt	204	+6	Weser, Münden	101	+19
Warthe, Schrimm	220	0	„ Minden	198	+58
„ Landsberg	207 [5]	0	Rhein, Maximiliansau	346	+50
Netze, Bordamm	109	+3	„ Kaub	155	+25
Elbe, Leitmeritz	18	−4	„ Köln	240	+67
„ Dresden	−80	+20	Neckar, Heilbronn	223	+155
„ Barby	195	+12	Main, Wertheim	220	+60
„ Magdeburg	170	+10	Mosel, Trier	815	+99

[1]) + bedeutet Wachs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) Eistreiben. [5]) Heute vormittag 208 cm.

50 eigene Fischdampfer.

Eigener Fischereihafen in Nordenham.

Größte Hochseefischerei Deutschlands.

Achten Sie genau auf unsere volle Firma:

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „NORDSEE".

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee", Hauptgeschäft Bahnhof Börse.

Seefische — schmackhaft und von hohem Nährgehalt. Täglich frische Zufuhren in eigenen Kühlwaggons.

Cabliau ohne Kopf / Seelachs ohne Kopf — Das Pfund 35 Pf. im Anschnitt.

Schellfische 25-50 Pf. in allen Größen.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Riesen-Lachs-Heringe (geräuchert) St. 15–20 Pf.

Empfohlen zur Bereitung von Heringssalat:

Riesen-Fett-Heringe . . . . . Stück 10–15 Pf.

Große Auswahl in den übrigen Räucherfischen sowie in Fischkonserven.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 22. Februar d. J., feiert der Verein „Frohe Stunden“ sein Stiftungsfest in den Räumen der Hohenzollern-Festsäle, Bandelstr. 35. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, und da nach den uns zugegangenen Informationen obigem Verein zum großen Teil Arbeiter angehören, so machen wir diejenigen, welche einer Organisation angehören, auf die eventuellen Folgen eines Boykottbruches aufmerksam.

Am gleichen Tage veranstaltet der Männergesangverein „Sängerchor“ (Neue Photographische Gesellschaft) im Gesellschaftshaus in Lankwitz, Viktoriastraße, ein sogenanntes „Strandfest“. Wir weisen darauf hin, daß das genannte Lokal der Arbeiterschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht, mithin sind alle dortigen Veranstaltungen seitens der organisierten Arbeiterschaft streng zu meiden.

Am Sonnabend, den 22. Februar cr., findet im Lokale von C. Wodrich (Germania-Säle), **Charlottenburg**, Spreestraße, ein Maskenball des Theater- und Vergnügungsvereins „Sicher wie Gold“ statt. Genannter Verein bezeichnet sich als „Mitglied des Arbeiter-Theaterbundes“ und ist bemüht, einen möglichst großen Billettumsatz unter der Arbeiterschaft zu erzielen. Demgegenüber weisen wir darauf hin, daß das Lokal von C. Wodrich der Arbeiterschaft zu Versammlungen **nicht** zur Verfügung steht, mithin sind alle dortigen Veranstaltungen zu meiden.

Am Sonntag, den 23. Februar cr., veranstaltet der Theater- und Vergnügungsverein „La Paloma 1902“, gegr. 16. September 1902, Mitgl. des Verbandes der Privat-Theatervereine Deutschlands, E. V., im „Grand-Restaurant Ostbahnhof“, Küstriner Platz, ein Vergnügen. Da auch dieses Lokal der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung steht, so ersuchen wir, alle etwa angebotenen Billetts zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Schenkendorf bei Königswusterhausen. Der Wahlverein für Schenkendorf und Umgegend hält am Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal von Otto Pätsch seine Monatsversammlung ab. Gäste, auch Frauen, sind willkommen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Neuenhagen und Umgegend. Am Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Max Girke, Fredersdorf, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Kiesel über die kommende Landtagswahl. Zu dieser Versammlung findet im ganzen Bezirk am gleichen Tage, früh 8 Uhr, von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt. Es wird hierzu wie auch zur Versammlung zahlreiche Beteiligung erwartet.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 23. Februar, morgens 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung für die Gemeindewahlen von den bekannten Stellen aus statt. Die Genossen werden ersucht, sich sämtlich an dieser Arbeit zu beteiligen. Der Vorstand.

Mühlenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet im „Gasthof zur Sonne“ (Inhaber A. Bärsch) die fällige Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Pflicht der Mitglieder ist es, vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Bernau. Sonnabend, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, findet im Lokale des Herrn Kuntze, Bürgermeisterstr. 225, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Im Rachen des Molochs.

Der „Kreuz-Zeitung“ werden sich die konservativen Gedärme im Leibe umdrehen und die Postesel werden mit den langen Ohren wackeln, wenn sie erfahren, daß wir es gewagt haben, unseren profanen Fuß an die geheiligte Stätte zu setzen, wo Patriotismus, Gottesfurcht und Vaterlandsliebe in Reinkultur gezüchtet werden. Zwar bringen die werktätigen Massen den Löwenanteil an Gut und Blut auf, das der unersättliche Rachen des Molochs verschlingt, zwar sind es die Söhne des Volkes, die ihre schönsten Jugendjahre im geist- und zwecklosen Drill opfern müssen und dennoch wird es in gut monarchischen Kreisen als ein fluchwürdiger Frevel empfunden, wenn sich so ein Sozi mal erfrecht, in das Allerheiligste einzudringen. Fürchtet man doch, daß in den hermetisch abgeschlossenen Bau der rote, staatsgefährliche Bazillus eingeschleppt und hierdurch unabsehbares Unheil angerichtet werden könnte.

Aber derlei aufrührerische Absichten lagen uns bei unserem Gang nach der Kaserne gar nicht im Sinn, vielmehr trieb uns der Wunsch, einen jugendlichen Krieger aufzusuchen, der aus dem gemütlichen Ländchen stammt, wo die Großherzöge mit notorischen, sozialdemokratischen Hetzern trauliche Plauderstündchen abhalten. Immerhin tragen wir Unmassen des schlimmsten Agitationsstoffes bei uns, aber der lag fein säuberlich verpackt im Oberkämmerchen, wo er bekanntlich nicht konfisziert werden kann. Nachdem man uns im Wachtlokal gewissenhaft gefragt hatte, „wes Nam', wes Art, woher des Wegs“, und die Auskunft prompt gebucht war, führte uns ein behelmter preußischer Gardist nach der gewünschten Stube.

Eine Anzahl Soldaten bevölkerte den kahlen, unfreundlichen Raum. Die Leute vertrieben sich mit den verschiedensten Arbeiten die Zeit. Viele hatten den Sonntagnachmittag benutzt, um einmal ohne Plumpsack und Schießprügel durch die Straßen zu gehen, diejenigen aber, die zu Hause blieben, wollten die freien Stunden dazu verwenden, ihre Kleider gründlich auszubessern, wozu in der Woche oft die Zeit fehlt, andere hatten Briefe zu schreiben, manche erledigten Strafarbeiten oder unterhielten sich durch ein Spielchen. Mit trotzigem, finsterem Gesicht und übereinander geschlagenen Beinen saß einer am Fenster und blickte sinnend über den öden Kasernenplatz, der sonst von Flüchen und von Schimpfen widerhallt, und der schon so viele Schweißtropfen und — Tränen geschluckt hat. Zwei Mann reinigen und ölen ihre „Braut“, im „militärischen“ Sinne das Gewehr genannt. Ein anderer stopft kunstgerecht seine Strümpfe und wieder ein anderer flickt die „fünfte Garnitur“, deren ursprünglicher Stoff durch aufgesetzte Flicken fast vollkommen ersetzt ist. Er hatte die Arbeit schon einmal vollbracht, der arme Teufel, aber der Herr Unteroffizier war so liebenswürdig, ihm wieder alles und noch mehr dazu aufzutrennen. Abseits sitzt ein schmächtiger Mann mit einem mädchenhaften Antlitz. Er schreibt einen Brief und wischt sich bei jeder Zeile mit dem Rockärmel über die Augen. „Der hat nichts zu lachen“, erklärt unser Freund, „der ist im Dienst zu schlapp“. „Soll wohl heißen zu schwach?“ verbessern wir. „Na ja, zu schwach oder zu schlapp, da wird beim Dienst nicht nach gefragt, und wenn einer liegen bleibt.“ Plötzlich geht die Tür auf. „Achtung!“ schreit der Stubenälteste. Wie ein Wirbelsturm fliegen die Soldaten auseinander. Jeder rennt nach seinem Spind und stellt sich daselbst steif wie eine Drahtpuppe auf. Was ist denn bloß los? Ist der alte Herrgott auf die Erde herabgestiegen und hat sich in die militärische Dressuranstalt verirrt? Oder ist vielleicht ein gekröntes Haupt, oder ein Prinz von königlichem Geblüt oder wenigstens ein breitgestreifter General erschienen? Nichts von alledem! Die Kompagniemutter, ein simpler Feldwebel hat geruht, die Stube zu inspizieren. „Viel Lärm um nichts“, wird mancher denken. Aber bitte, nicht so voreilig. In der Hand dieses Allgewaltigen liegt zum großen Teil das Schicksal der Soldaten. Sein Einfluß ist weitreichend, seine Macht so groß fast wie die des Hauptmanns. Mit der Miene eines Cäsars durchschreitet er den Saal. Sein Blick ruht prüfend, durchbohrend auf uns armseligem Zivilistenpack. Uns packt ein gewaltiges Gruseln beim Anblick dieses Schrecklichen. Endlich verschwindet er wieder. Ein Soldat reißt ihm pflichtschuldigst die Türe angelweit auf und mit der Würde eines chinesischen Mandarinen verläßt der Stellvertreter Gottes das Zimmer. Alles atmet auf, wie nach einer glücklich überstandenen Gefahr. „Weißt Du, was ich dem in den Magen wünschte?“, fragt uns unser uniformierter Freund plötzlich. Wir verneinen. „Ein paar Dutzend Schweizerpillen!“ „Warum? ist der so ‚reizend‘ zu Euch?“ „Na, ich kann Dir sagen . . .“ „Da gefällt Dir wohl das Soldatenleben nicht besonders gut?“ „Nä“, lautet die Antwort, im unverfälschten südlichen Dialekt; „i han die Naf' vull!“

Vom Magen der Kirche.

Daß unsere Kirchengemeinden einen guten Magen haben, ist bekannt. Bei den verschiedensten Gelegenheiten, seien sie nun freudiger oder trauriger Art, suchen diese Gemeinden Geld zu machen. Man betrachte nur, um nur ein Beispiel anzuziehen, die Gebührenliste, die die Kirche den Angehörigen von Verstorbenen bei Begräbnissen überreicht, und sehe sich an, was bei einer solchen Gelegenheit alles für Kosten aufgesetzt werden. Dabei bleibt es aber nicht. Die Kirchengemeinden verlangen selbst Gebühren, wenn die Beerdigung gar nicht auf einem ihrer Kirchhöfe stattgefunden hat. Mancher wird sich über eine solche Forderung verwundern, aber es ist tatsächlich so. Und wer nicht gutwillig zahlt, der muß gewärtig sein, hierzu gezwungen zu werden. Das ging vor einiger Zeit dem Arbeiter Sch. so, der in der Schreinerstraße wohnt. Diesem Mann starb am 16. März vorigen Jahres ein Kind im Alter von 1¼ Jahren. Die Beerdigung erfolgte auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde. Ende Juli bekommt Sch. eine Mitteilung der Samariterkirche, in welcher er aufgefordert wird, eine Auslösungsgebühr an die Küstereikasse zu zahlen. Der Tarif richte sich nach der Klasse, in der die Beerdigung erfolgt sei. Für Kinder betrage dieser Tarif in der ersten Klasse 6,75 M., in der zweiten 2,47 und in der dritten 1,47 M. Sch. war der Meinung, er brauche überhaupt nicht zu zahlen, weil die Beerdigung nicht auf dem Kirchhof der Samaritergemeinde erfolgt sei, dann aber deswegen nicht, weil das Kind gar nicht getauft war; er ließ also die Aufforderung liegen. Wiederum gehen Monate ins Land, bis er wieder an die Zahlung erinnert wird durch ein Klageschreiben der Kirche. In diesem Klageantrage setzt der von der Samaritergemeinde beauftragte Rechtsanwalt des langen und breiten auseinander, auf Grund welcher Bestimmungen die Kirche diese Auslösungsgebühr zu verlangen hätte. Wir ersehen aus dem Inhalte dieser juristischen Darlegungen, daß der Anwalt sich auf Verfügungen von vor 100 Jahren, unter anderem auch auf ein Hofreskript aus dem Jahre 1807 bezieht. Man sieht, auf welche vermoderten Bestimmungen die Kirche bei diesem alten Zopf zurückgreifen muß. Daß der Anwalt irrtümlicherweise die Kosten für die Auslösung eines Erwachsenen anstatt eines Kindes einklagt, nur nebenbei.

Um Scherereien aus dem Wege zu gehen, hat der Arbeiter die 2,47 M. — obwohl er höchstens 1,47 M. zu bezahlen gehabt hätte — entrichtet. Die Kirche will aber noch die Kosten, die die Klage bisher verursacht hat, erstattet haben; ob sie dieselben bekommt, ist eine andere Frage. Wo nichts ist, hat auch die Kirche ihr Recht verloren.

Der ganze Vorfall zeigt, daß die Kirche keine Mittel scheut, wenn es sich darum handelt, ihre Kassen zu füllen. Das sollte manchem Kirchengläubigen zu denken geben.

Gehn Sie weiter!

Eine Parteigenossin, die aus Württemberg zum Besuch hier weilt, schreibt uns: „Die preußische Regierung tut sich besonders hervor, ihre Untertanen durch provokatorisches Betragen zu reizen. Ging ich da gestern dem Rathause zu und hatte große Eile, noch rechtzeitig zur Stunde des Vortrages einzutreffen. Unterwegs fiel mir der starke Verkehr auf. Unter den Linden sausten Droschken, Automobile in beschleunigtem Tempo dahin. Den Straßendamm konnte man kaum überschreiten, ohne sein Leben gefährdet zu sehen. Alle Gefährte mündeten in den Rachen des Schloßhofes ein. Am Nationaldenkmal wollte ich quer zum Begasbrunnen eilen, um jeden unnötigen Schritt abzuschneiden. Aber 50 Fuß vom Schloß zog sich eine lebendige Kette hin. Ein auffallendes Aufgebot von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferd, die die lästigen Passanten vor allzu naher Berührung mit den Herrschaften oder mit den Droschken dieser Herrschaften abhielten. Ahnungslos strebte ich dem Trottoir zu. Aber ein ehernes Halt wies mich zurück, und ein halb loyales, halb majestätisches „Gehn Sie weiter“ schnarrte mir entgegen. Das loyale Durchzittern des Tones galt natürlich meiner Jugend und meiner Weiblichkeit. Als ob ich Interesse daran gehabt hätte, die hohen Gäste mit einem Blick zu belästigen oder mich sogar mit einer staunenden Bewunderung zu erniedrigen.

Es ist empörend, soviel Mannschaft wegen dieses höfischen Klimbims aufzubieten.

Da muß ich sagen, unsere württembergische Regierung besitzt mehr Takt und Zurückhaltung. Unsere Majestät im „Süden“ scheut sich nicht, allein mit seinem Spitzhund durch die Straßen zu spazieren und wenn es regnet, so verbirgt sich Hoheit unter seinem Schirm, um den neugierigen Blicken seiner Untertanen zu entgehen.

Von Schutzleuten nirgends eine Spur. Und trotzdem ist bislang noch kein Attentat auf seiner Hoheit Leben erfolgt. Wer soll Interesse daran haben, wenn Hoheit sein Leben selbst so niedrig einschätzt und ohne Bedeckung sich zu den Menschen wagt.“

Die Masern-Epidemie, die in diesem Jahre als eine auffällige Begleiterscheinung der Influenza auftritt, hat auch in der Umgebung Berlins eine große Ausdehnung gefunden. In Groß-Köris mußte die Schule geschlossen werden, weil von 127 Kindern nicht weniger als 98 an Masern erkrankt sind. Gleichzeitig werden zahlreiche Influenzaerkrankungen aus dem Städtchen gemeldet, von dessen Bewohnern etwa 20 Proz. sich in ärztlicher Behandlung befinden.

In Berlin ist die Masern-Epidemie erfreulicherweise in den letzten zwei Berichtswochen etwas zurückgegangen. Zwar werden täglich Neuerkrankungen gemeldet, jedoch nicht in größerer Zahl, als dies sonst zu dieser Jahreszeit der Fall ist. Dagegen scheint die Influenza sich noch immer weiter auszubreiten und je länger sie anhält, einen immer bösartigeren Charakter anzunehmen.

Nachtrag zum Fernsprechverzeichnis. Zu dem Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen in Berlin und Umgegend hat die kaiserliche Oberpostdirektion einen Nachtrag hergestellt, der die Ausgabe vom Oktober 1907 ergänzt. Der Nachtrag enthält alle neuen Anschlüsse bis zum 9. Januar 1908. Allein aus dem Oberpostdirektionsbezirk Berlin, dessen Anschlüsse in einem Alphabet vereinigt sind, bringt das neue Verzeichnis etwa 8900 neue Anschlüsse. Die Streichungen umfassen hier 18 Seiten, die Aenderungen deren 39. In die Reihe der einzeln aufgeführten Orte des Potsdamer Bezirks sind jetzt auch die Forstereien Rehberge, Tegelgrund, Tegelsee und die Oberförsterei Tegel, ferner Lübars aufgenommen worden. Sie alle haben je eine öffentliche Fernsprechstelle. Bestimmte Dienststunden sind aber nicht festgesetzt. Bei Vornstedt in der Mark, dem Uebungsplatz Döberitz, Karow und Schlachtensee sind die Dienststunden geändert. Die Vorbemerkungen sind durch folgende Bestimmungen über den Sprechverkehr mit Oesterreich ergänzt worden: Ferngespräche mit Gesellschaftsanschlüssen sind auf 3 Minuten beschränkt. Die öffentliche Fernsprechstelle beim Postamt 73 ist von Wallstraße 70/71 nach dem Hause Wallstraße 31 verlegt worden. Für den Monat April ist eine Neuauflage des Teilnehmerverzeichnisses beabsichtigt, die Mitte Mai zur Ausgabe gelangt. Anträge auf Aenderung oder Vervollständigung der Eintragungen sind möglichst frühzeitig, spätestens bis zum 8. April, schriftlich und frankiert an das zuständige Fernsprechamt zu richten.

In die königliche Klinik eingeliefert wurde gestern die 20jährige Verkäuferin Marie Pfefferkorn aus Angermünde, die von ihrem früheren Bräutigam, dem Bäckergesellen Belling auf offener Straße niedergeschossen wurde. Die P. hatte sich vor etwa einem Jahre mit Belling verlobt, jedoch die Verlobung später wieder aufgehoben. Der Bäckergeselle hatte darauf Arbeit in Berlin angenommen, kehrte aber Ende voriger Woche nach Angermünde zurück und suchte seine frühere Braut zu veranlassen, ihn zu heiraten. Am Montag lauerte er dem Mädchen auf der Straße auf und gab aus einem Revolver drei Schüsse auf dasselbe ab. Dann tötete er sich durch einen Schuß in die Schläfe. Die Verletzungen der Verkäuferin erschienen zuerst leicht, nachträglich stellte sich aber heraus, daß eine Kugel den Schädelknochen durchschlagen hatte und in das Gehirn gedrungen war. Die Verletzung hat eine Lähmung der linken Seite des Körpers veranlaßt. Die Schwerverwundete wurde gestern nach der hiesigen königlichen Klinik übergeführt, doch konnte hier die Kugel noch nicht entfernt werden.

Ein Seelsorger für Arbeiterkinder.

Wenn in einer Volksschule ein Lehrer seine Zöglinge mit Vorträgen über Politik unterhält und dabei die Arbeiterklasse beschimpft, dann ist es den Eltern nicht so ohne weiteres möglich, ihre Kinder diesem Einfluß zu entrücken. Wenn aber ein Pastor im Konfirmandenunterricht gleichfalls die Politik in den Kreis seiner Betrachtungen zieht und seine standesgemäße Meinung über das Ringen der Arbeiterklasse nach wirtschaftlicher und politischer Freiheit Arbeiterkindern vorträgt, dann haben die Eltern ein sehr einfaches Mittel, solchen Seelsorger unschädlich zu machen. Kein Mensch braucht seine Kinder konfirmieren zu lassen — auch der nicht, der noch zur Kirchengemeinschaft gehört —, und jedem Vater, jeder Mutter steht es frei, ein schon zum Konfirmandenunterricht gehendes Kind von dem Herrn Pastor wegzunehmen und nun überhaupt auf die Konfirmation zu verzichten.

In der Capernaumgemeinde, die von der Nazarethgemeinde abgezweigt worden ist, hat der Pastor Kotterba eine Erfahrung dieser Art machen müssen. Herr Kotterba ist derselbe Pastor, der früher in Prittisch (Regierungsbezirk Posen) amtierte und die Aufsicht zu führen hatte über das „Rettungshaus“ Rokitten, in dessen Winkel kürzlich so erfolgreich hineingeleuchtet worden ist (vergl. „Vorwärts“ Nr. 34). Von seinem weltfernen Dorf ist er nach Berlin übergesiedelt, und da mag er wohl geglaubt haben, daß Berliner Arbeiterfamilien sich dasselbe bieten lassen wie die Mitglieder einer Dorfgemeinde. Als Pastor der Capernaumkirche hat Kotterba es im Konfirmandenunterricht vorwiegend mit Arbeiterkindern zu tun. Einmal prügelte er einen Konfirmanden W., der ihn durch wiederholtes Grüßen verhöhnt haben sollte. Dem Pastor schrieb der Vater, auch er sei der Meinung, daß der Junge Strafe verdiene, aber er, der Vater, müsse sich die von dem Herrn Pastor beliebte Art der Bestrafung verbitten. Herr W. äußerte auch seine Verwunderung darüber, daß ein Pastor überhaupt zu solchen Strafmitteln greife. Er selber habe als Junge im Konfirmandenunterricht so etwas nicht kennen gelernt; seinem damaligen Seelsorger sei von den Konfirmanden Liebe und Verehrung entgegengebracht worden. Auf diesen Brief antwortete Herr Pastor Kotterba, er habe den Jungen zwar „lang auf zwei Stühle gelegt“, habe ihn aber nur mäßig bestraft, und der Vater habe keinen Grund, „viel Aufhebens von der Sache zu machen“. Was der Vater über seine eigene Konfirmandenzeit geschrieben habe, das treffe für Berlin nicht zu: „Hier zeichnet sich die Mehrzahl der Kinder durch freches Benehmen gegen Lehrer, Geistliche, Schutzleute, überhaupt gegen Erwachsene aus, wie ich es niemals wieder anderwärts gefunden habe.“ W.s Sohn habe durch Nachäffung des Grußes anderer Kinder seinen Pastor verhöhnen wollen. „Er war“, fügte Pastor Kotterba hinzu, „der erste Knabe, den ich überhaupt bestrafte, da ich prinzipiell sonst niemals schlage und bisher auch nicht geschlagen habe.“ (Die hervorgehobenen Worte sind in dem Brief, der vom 8. Juni 1907 datiert ist, unterstrichen.) Der Herr Pastor schloß mit der Drohung, bei „ähnlichen Versuchen zur Verhöhnung“ den Jungen aus dem Unterricht zu entfernen. Der Vater antwortete, er würde das bedauern, es aber der von K. angewendeten Bestrafungsart vorziehen; er selber würde übrigens dann mit seiner Familie aus der Gemeinschaft der christlichen Kirche ausscheiden, um „eine Religion anzunehmen, die mit Liebe und Güte, statt mit Prügeln, den Kindern Achtung abringt“. Hiermit war die Angelegenheit erledigt, und ein halbes Jahr hindurch herrschte Friede zwischen Pastor und Vater.

Zu einem neuen Zwist zwischen ihnen kam es erst aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstrationen vom 12. Januar. Pastor K. hatte schon öfter das Bedürfnis gefühlt, in der Konfirmandenstunde einen Abstecher auf das Gebiet der Politik zu machen und dabei gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen. Auch nach den Wahlrechtsdemonstrationen konnte er es sich nicht versagen, vor seinen Konfirmanden seine Meinung hierüber zum Besten zu geben. Er lobte die Polizei, die anständig und besonnen gehandelt habe. Als der Vater das erfuhr, schrieb er dem Pastor, er selber habe nur Worte der Entrüstung über das, was ihm bezüglich des Verhaltens der Polizei zu Ohren gekommen sei. Ihm sei unerklärlich, wie man seelsorgerische Tätigkeit mit politischen Ausführungen verquicken könne. Er sehe sich nunmehr genötigt, seinen Jungen aus dem Konfirmandenunterricht herausnehmen und auf die Konfirmation zu verzichten. Hierauf erwiderte Herr Kotterba, er habe als Pastor die Pflicht, die Kinder zum Gehorsam gegen alle obrigkeitlichen Personen anzuhalten. Die Wahlrechtsdemonstrationen habe er erwähnt bei Besprechung des Taufbundes, der mit den Worten beginne: „Ich entsage dem Bösen und allen seinen Werken und all seinem Wesen.“ Nach diesem Schwur dürfe

das habe er den Kindern gesagt, ein Christ nichts Böses tun und keinem raten, etwas zu tun, was ihm Schaden bringt; hiernach hätten Kinder z. B. sich von solchen Umzügen fernzuhalten, um keinen Schaden zu nehmen. Der „Zusammenhang" zwischen Taufbund und Wahlrechtsdemonstrationen ist, wie man sieht, ein bißchen sehr gemacht. Herr Kotterba schloß seinen Brief mit der Mitteilung, der Junge sei nach Wunsch aus der Liste der Konfirmanden gestrichen worden, weitere Briefe des Vaters müsse er ablehnen. Der Vater hatte auch kein Verlangen danach, den Pastor noch einmal zu inkommodieren, wohl aber stellte sich bei dem Herrn Pastor hinterher noch einmal ein Schreibbedürfnis ein. Von irgendwoher muß ihm wohl nachträglich, vielleicht durch Vermittelung eines Amtsbruders, die Erleuchtung gekommen sein, daß er — mit Verlaub! — eine Dummheit gemacht habe. Herr Kotterba benachrichtigte den überraschten Vater, daß er ihm „die Hand zur Versöhnung bieten" wolle. Er habe „oft genug im Unterricht gesagt, daß vor Gott kein Unterschied des Standes und der Partei sei, daß wir keinen Menschen, er mag angehören welcher Partei auch immer, hassen noch verfolgen dürfen". Er habe „sogar hingewiesen darauf, daß Jesus und die Apostel gerade dem Arbeiterstande angehörten und wir ihm alles verdanken". In diesem Ton ging es durch den ganzen Brief und zum Schluß hieß es: „Es ist selbstverständlich, daß ich alles vermeiden werde, was Mißverständnis erregen kann, und wenn Sie Ihren Sohn in den Unterricht schicken wollen, so werde ich ihn selbstverständlich aufnehmen, ohne daß Sie ausdrücklich mir antworten."

Der Vater war einsichtig genug, sich durch das Besserungsgelübde des Pastors nicht umstimmen zu lassen. Er hatte genug von Pastor Kotterba, genug von den Predigern des Gotteswortes, genug von ihrer Arbeiterfreundlichkeit. Sein Junge blieb zu Hause und wird nicht konfirmiert. Er selber aber wird nun mit seiner Familie aus der Kirchengemeinschaft ausscheiden.

Durch einen Gerichtsvollzieher wurde am Dienstag in die Wohnung des Arbeiters W. in der Schliemannstraße 5 eingebrochen. In Abwesenheit des Arbeiters ließ der Gerichtsvollzieher Rootbaar, Rodenbergstraße 39, durch einen Schlosser die Wohnung öffnen und nahm eine Pfändung vor. Spiegel, Spiegelpfand und andere Gegenstände wurden mit Beschlag belegt und sofort aus der Wohnung transportiert. Als der Inhaber der Wohnung von seiner Arbeit nach Hause kam, sah er die Bescherung. An der Tür war das Pfändungsprotokoll angeheftet und in der Wohnung selbst sah es wüste aus, als wenn Vandalen gehaust hätten. Die Sachen aus der Kommode, Briefschaften und dergleichen, waren umhergeworfen wie Kraut und Rüben. Hermann W. wandte sich an den genannten Beamten um Aufklärung und Rechtfertigung, da er keine Pfändung zu gewärtigen hatte. Es stellte sich schließlich heraus, daß der Beamte sehr leichtfertig gehandelt hatte, er hatte an der falschen Stelle gepfändet. In dem Hause Schliemannstr. 5 wohnen zwei Leute mit dem Namen W., der eine heißt mit dem Vornamen Hermann, der andere, dem eigentlich die Pfändung galt, Heinrich W. Der letztere wohnte bis vor 14 Tagen noch Schliemannstraße 3. Hätte der Beamte sich, bevor er seine amtliche Handlung beging, beim Verwalter des Hauses genau erkundigt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, hätte er einen derartigen Uebergriff vermeiden können. Auf seine Intervention erhielt Hermann W. die gepfändeten Gegenstände wieder zurück. Was weiter mit dem Beamten geschieht, muß abgewartet werden. Auf alle Fälle hat sich der Gerichtsvollzieher Rootbaar eine schwere Verfehlung zuschulden kommen lassen.

Hoffähig geworden ist wieder unser Stadtfreisinn. Bei dem am Mittwoch im Schlosse veranstalteten Hofkonzert waren auch der Stadtverordneten-Vorsteher Herr Michelet und der Stadtverordnete Rosenow anwesend. Der Freisinn im Zeichen der Blockpolitik ist auf seine „Erfolge" nicht wenig stolz.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes, dessen Entstehung noch nicht ermittelt werden konnte, wurde gestern die Feuerwehr nach der Göbenstraße 11 gerufen. Als die dritte Kompagnie unter Leitung des Brandinspektors Becker dort ankam, stand der Dachstuhl des Vorderhauses schon zu einem Drittel seiner Ausdehnung in Flammen. Es wurde deshalb gleich mit mehreren Schlauchleitungen vorgegangen, wodurch es gelang den Brand auf den Dachstuhl des Vorderhauses zu beschränken.

Ein neuer Vorortzug wird, wie die Eisenbahndirektion bekannt macht, von Montag, den 24. d. M., ab an den Werktagen auf der Strecke Berlin, Stettiner Vorortbahn, nach Hermsdorf (Mark) und zwar in folgendem Fahrplan verkehren: ab Berlin 6.10 vormittags, an Hermsdorf 6.40 vormittags; der Zug hält auf allen Zwischenstationen je eine halbe Minute. — Vom gleichen Tage ab endigt der Zug 5288, ab Berlin Wannseebahnhof 1.35 nachmittags, der jetzt bis Zehlendorf geführt wird, um 1.52 nachmittags in Gr.-Lichterfelde-West; der Zug 5303, der jetzt um 2.06 nachmittags in Zehlendorf beginnt, verkehrt von diesem Tage ab um 2.10 nachmittags von Groß-Lichterfelde-West. — Auf der Strecke Erkner—Fürstenwalde fallen vom Montag, den 2. März, ab die Frühzüge 4602 (ab Fürstenwalde 3.44 früh) und 4601 (ab Erkner 4.17 früh) aus. Der Werktagszug 4604 dagegen wird vom 8. März d. J. ab auch Sonntags verkehren.

Am Alexanderplatz geriet gestern zwischen 10 und ½11 Uhr ein älterer Mann unter das Gespann der Firma S. Heymann, Adalbertstraße 9. — Ehe der Wagen zum Stehen gebracht wurde, wurde der Mann erst ein Stück fortgeschleift. Stark an der Stirn blutend, brachte man denselben mit seinen Habseligkeiten nach der Unfallstation.

Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbauabnahmescheins ablaufende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeiorgane vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeireviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarkeit von Wohnungen in neuen bezeichnungsweise umgebauten Häusern Auskunft erteilen.

Im Luisentheater wurde am Mittwoch abend stark an die Tränendrüsen des Publikums appelliert und wie zugegeben werden kann, dank der guten Darstellung mit Erfolg. Das zur Aufführung gebrachte Volksstück trug den etwas sehr abgebrauchten Titel: „Ein verlorener Sohn" von Artur Halding. Neue Gedanken sind es gerade nicht, die den Inhalt des Stückes ausmachen: Walter, der Stiefsohn eines Kommerzienrats, ist ein leichter Bursche, der dem Spielteufel huldigt und aus den Schulden nicht herauskommt. Seine Mutter hat den Sohn verzogen und immer wieder hilft sie ihm aus dem Dalles, bis schließlich der Kommerzienrat dahinter kommt und den Bruder Leichtfuß aus dem Hause weist. Dieser will auswandern und überredet eine hübsche Försterstochter, die er liebt, mit ihm zu fliehen. Das gelingt ihm auch und die Lore, seine Geliebte, verläßt mit ihm, schweren Herzens, den alleinstehenden geliebten alten Vater. In Mexiko beginnt Walter ein anderes Leben und arbeitet fleißig. Nach Jahr und Tag kehren beide, die die Ehe geschlossen haben, wieder zurück. Walter aber, der für sein Kind erhebliche Mittel von der Mutter heimlich erhalten hat, verfällt wieder in den alten Fehler und verspielt binnen kurzem das ganze dem Kinde zugedachte Geld. Er will sich retten, indem er einen der Mutter gehörigen Schmuck zu Gelde machen will, kommt in den Verdacht des Spitzbuben, was seiner ohnehin schwer kranken Frau den Rest gibt. An der Leiche der Frau beginnt die Aussöhnung. Fräulein Hedwig Storm und die Herren Kurt Paulus, Robert Treborn und Feodor Brühl machten sich um den Erfolg sehr verdient.

Vermißt wird seit dem 14. Februar 1908 die 60 Jahre alte Privatiere, Vorsteherin eines Schweizerheims, Emma Fritz. Sie ist 1,68 Meter groß, sehr stark, hat stark ergrautes spärliches Haar, volles Gesicht, hellbraune Augen und einen schwerfälligen Gang. Bei ihrem Fortgang war sie bekleidet mit schwarzem Hut, schwarzem Rock, schwarzem Jackett und karierter Bluse. Vermutet wird, daß ihr ein Unglück zugestoßen ist, oder aber, daß sie infolge plötzlich eingetretener Umnachtung planlos umherirrt. Nachrichten über die Vermißte werden in jedem Polizeirevier und bei der Kriminalpolizei Alexanderstraße 3/6, 2 Treppen, Zimmer 334, II mündlich oder schriftlich zu 1254, IV. 5. 08 entgegengenommen.

Feuerwehrbericht. Grober Unfug lag einer Feuermeldung zugrunde, die den 7. Zug nach dem Andreasplatz rief. Der Bengel, der aus reinem Uebermut die Feuerwehr alarmiert hatte, wurde nicht erwischt. Derselbe Zug hatte dann noch in der Mühlenstr. 42 und Langestr. 29 zu tun, wo in Küchen Möbel, Gardinen, Lumpen, Kohlen, Fußböden und andere Immobilien brannten. Einen ähnlichen Brand mußte der 3. Zug in der Schwedter Straße 35a löschen.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Mariendorf.

Zu den bevorstehenden Kommunalwahlen nahm die am Dienstag sehr gut besuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stellung. Genosse Reichardt wies auf die Taktik der Bürgerlichen hin und meinte, wenn die Sozialdemokratie die beiden Mandate behaupten will, so müssen die Genossen schon jetzt mit aller Kraft in die Wahlagitation eingreifen. Wie ihm, Redner, zu Ohren gekommen sei, sollen die Wahlen bereits Anfang März stattfinden. Genosse Reichardt forderte daher die Versammelten auf, alle Hebel in Bewegung zu setzen, zumal die Bürgerlichen es an Anstrengungen nicht fehlen ließen. Hätten letztere doch schon prophezeit, ein weiterer Sozialdemokrat komme nicht ins Dorfparlament. In der darauffolgenden Diskussion versprachen alle Redner, für unsere beiden Kandidaten, den Genossen Heinrich Bruckert und den Genossen Paul Weber, einzutreten. Genosse Sucker gab bekannt, daß am Mittwoch, den 26. Februar, eine öffentliche Gemeindewählerversammlung bei Purschkes Nachflgr. stattfinden, in welcher Genosse Fritz Zubeil über: „Kommunalwahl und Sozialdemokratie" sprechen wird. Hierauf erstattete noch Genosse Hannemüller den Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden die Genossen Sucker und Sänger und Weber als Ersatzmann gewählt.

Steglitz.

Wegen der unvermutet schnellen Ansetzung der Wahlen zur Gemeindevertretung findet am nächsten Sonnabend, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, bei Schellhase, Ahornstraße, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der die Kandidaten aufgestellt werden sollen. Die beabsichtigte Ueberraschung der Wähler durch die plötzliche Ausschreibung der Wahl muß ein Ansporn für unsere Parteigenossen sein, durch zahlreichen Besuch dieser Versammlung ihre Wachsamkeit zu bekunden.

Am nächsten Sonntag, den 23. Februar, morgens 8 Uhr, findet eine allgemeine Flugblattverbreitung statt; die tätigen Genossen werden ersucht, vollzählig zu erscheinen, um eine schnelle und wirksame Verbreitung zu ermöglichen. Das Wahlkomitee.

Johannisthal.

Mit der am letzten Dienstag einberufenen öffentlichen Versammlung trat der hiesige Wahlverein in die Agitation für die bevorstehenden Gemeindevertreterwahlen ein. Der Genosse Dr. Borchardt sprach über das Thema: „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde". Referent schilderte die hauptsächlichsten Aufgaben der Gemeindevertretung, wie Verbesserung der Schulverhältnisse, Beseitigung der Wohnungsmisere, Schaffung sanitärer Verhältnisse, Verhinderung des Grund- und Bodenwuchers in kurzen, scharfen Umrissen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Genosse Dühring gab in der Diskussion ein Bild von dem Wirken der sozialdemokratischen Gemeindevertreter und konnte mit Befriedigung feststellen, daß auf einigen Gebieten der kommunalen Tätigkeit durch unsere Genossen Wandel zum besseren geschaffen ist. Als Kandidaten wurden die Genossen Pirsich und Pielicke der Versammlung vorgeschlagen und einstimmig gewählt. In ihren Kandidatenreden versprachen dieselben, ihre ganze Kraft zum Besten für die Arbeiterschaft der Gemeinde einzusetzen. Von bürgerlicher Seite war die Versammlung vollständig ignoriert worden. Genosse Diesner meinte, wir müßten die bürgerlichen Parteien in ihren Versammlungen aufsuchen, um eine Abrechnung mit ihnen vorzunehmen. Es müsse alles daran gesetzt werden, um die Kulissenarbeit der Gegner zuschanden zu machen und unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Grünau.

Zum Kandidaten für die bevorstehende Gemeindevertreterwahl nominierte die letzte Mitgliederversammlung den Genossen Franz, nachdem Genosse Mitzner den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Wahlkomitees zur Gemeindevertreterwahl gegeben hatte. Während unsererseits stets in der breiten Oeffentlichkeit verhandelt wurde, arbeiteten bisher die bürgerlichen Vereine nur hinter verschlossenen Türen. Unter Vereinsangelegenheiten gab Genosse Klein den Bericht der Kreisgeneralversammlung. Nach einigen erläuternden Worten des Genossen Steinick protestierte die Versammlung energisch gegen das neue Reichsvereinsgesetz. Zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurde Genosse Bluhme delegiert. Aufgenommen wurden 2 Genossen. Sodann gab Genosse Mitzner den Bericht der Gemeindevertretersitzung. Hervorzuheben ist, daß die Anstellung eines Schularztes, Erhöhung der Lehrergehälter und Umbau der Leichenhalle infolge des wankelmütigen Verhaltens der Antragsteller zurückgestellt wurde. Unserem zu wählenden Genossen blüht also ein reiches Arbeitsfeld.

Wilmersdorf.

Der Etat der Stadt Wilmersdorf ist in diesem Jahre in Einnahme und Ausgabe auf 12 100 000 M. veranschlagt. Das ist ein Mehr von rund 1¾ Millionen Mark gegenüber dem Vorjahre. Das Ordinarium beträgt 7 681 900 M., dagegen das Extraordinarium 4 418 100 M. Durch den Steueretat wird ein Ueberschuß von 4 595 160 M. erzielt. Die Gemeindeeinkommensteuer mit 90 Proz. Zuschlag ergibt einen Ueberschuß von 2 093 520 M. Gewerbe- und Betriebssteuer 194 450 M. Gemeindegrundsteuer mit 2,3 vom Tausend 1 906 000 M. Umsatzsteuer mit 2 Proz. 600 000 M. Hundesteuer 64 500 M. Lustbarkeitssteuer 9500 M. Schankkonzession 87 000 M. Die Friedhofsverwaltung erzielt einen Ueberschuß von 2720 M. Zuschüsse erfordern folgende Verwaltungen: Allgemeine Verwaltung 762 402 M., Kapital- und Schuldenverwaltung: 1 881 377 M., Grundstücksverwaltung: 57 400 M., Hochbauverwaltung: 80 700 M., Tiefbauverwaltung: 856 100 M., Gartenbau: 112 900 M., Feuerlöschwesen: 201 750 M., Kanalverwaltung: 436 800 M., Armen- und Waisenetat 77 650 M., Wohlfahrtspflege: 41 050 M., die Schulverwaltung: 758 350 M., davon entfallen: Bismarckgymnasium 92 700 M., Gymnasium II 29 500 M., Goetheschule 78 000 M., Oberrealschule 17 400 M., Viktoria-Luiseschule 25 400 M., Cecilienschule 13 000 M., III. höhere Mädchenschule 6150 M., Volksschule 486 050 M., Fortbildungsschule 10 150 M.

Die Ueberschüsse der Vorjahre sind im Ausgleichungsfonds mit einem Vorbestand von 1 919 741 M. übernommen, die Gemeindeschuld beträgt mit 1. April dieses Jahres 19 483 440,60 M.

Charlottenburg.

Wegen Liebeskummer ertränkt hat sich das 28jährige Dienstmädchen Anna B., das bei einer Herrschaft in der Bleibtreustraße 46 in Stellung war. Die Lebensmüde sprang am Humboldthafen ins Wasser und ertrank. Die Leiche konnte bald darauf gelandet werden.

Freie Volksbühne Charlottenburg. Die ordentliche Generalversammlung des Vereins findet heute abend 8¼ Uhr im „Volkshaus" statt. Zahlreiches Erscheinen ist erforderlich. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag des Genossen Ernst Kreowski: „Richard Wagners Kampf um die Kunst"; 2. Verwaltungs- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren; 3. Wahl der Funktionäre für das neue Geschäftsjahr; 4. Verschiedenes. Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Ausweis durch Mitgliedskarte.

Steglitz.

Es ist kein Schwindel zu dumm, die „Steglitzer Zeitung", das Organ des „unpolitischen" Mietervereins, druckt ihn nach, wenn er nur geeignet ist, die Sozialdemokratie herabzusetzen. Ob der Tratsch nun in der Reichsverbandsküche zusammengebraut wurde oder einer anderen unsauberen Quelle entstammt, darauf kommt es dem Blättchen nicht an — mit Behagen wird alles nachgedruckt. So bringt es jetzt die schon längst vom „Vorwärts" berichtigte Schwindelnotiz „Rückgang der Sozialdemokratie", wonach die Gesamtmitgliederzahl unseres Kreiswahlvereins im letzten Jahre kaum 2000 betragen habe, während sie in Wirklichkeit 20 373 betrug, also um genau 1996 mehr wie im Vorjahre. Wir gönnen dem Blatt und seinen Lesern die Freude über diesen „Rückgang".

Stralau.

Aus der Gemeindevertretung. Zur Aufnahme bedürftiger Kinder in Heilstätten werden 500 M. bewilligt. Diesbezügliche Verbindungen sollen angebahnt werden mit dem Heilstättenverein „Lenzheim, Steglitz" und dem „Brandenburgischen Kinderheilstättenverein". Ersterer hat seinen Kurort in Schreiberhau im Riesengebirge, letzterer in Kolberg an der Ostsee, so daß nach Bedarf See- oder Gebirgsluft geboten werden kann. Der für die Gemeinde als Armenarzt fungierende Herr Dr. Sonntag wird gegen eine Vergütung von 150 M. jährlich als Schularzt angestellt. Die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule, welche nach wiederholter Ablehnung, aber auf Ersuchen des Landrats zum dritten Male auf der Tagesordnung steht, wird vertagt. Der Gemeindevorstand hält die Zahl der Schüler, welche nach Umfrage in den Gewerbebetrieben 200 beträgt, für zu gering, als daß Stralau eine eigene Schule errichten kann. Er schlägt daher vor, mit der Nachbargemeinde Rummelsburg in Verbindung zu treten, um die Aufnahme der jungen Leute in die dort bestehende Fortbildungsschule zu bewirken. Genosse Buck hält die Zahl der schulpflichtigen jungen Leute im Orte für höher als angegeben, da nicht nur die im Orte beschäftigten, sondern hierselbst wohnende junge Leute unter 18 Jahren die Schule besuchen müssen. Die Errichtung einer eigenen Schule wäre daher sehr wohl am Platze und für Stralau dringend notwendig. Die Kosten für die Schule sind auf 3780 M. jährlich angegeben. Hiervon leistet der Staat einen Zuschuß von mindestens zur Hälfte der Summe. Es bliebe somit für die Gemeinde eine Belastung von rund 2000 M. jährlich, welche zu tragen sie gut imstande ist. Auf Vorschlag des Gemeindevorstehers sollen genauere Feststellungen über die Zahl der schulpflichtigen jungen Leute vorgenommen und die Angelegenheit später wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Schwer wird es ja halten, für die Errichtung der Schule eine Mehrheit zu finden, und wäre nicht vom Landrat ein Rippenstoß gegeben, so würde man kurzen Prozeß gemacht und die Sache wieder abgelehnt haben.

Beschlossen wurde die Erhebung einer Beschwerde an den Minister für öffentliche Arbeiten gegen den Planfeststellungsbeschluß vom 30. Januar 1908 für das Privatanschlußgleis der Hafenanlage auf dem Stralauer Anger. Bekanntlich will die Stadt Berlin das Verbindungsgleis mit dem Hafen, direkt auf den Straßendamm der Straße „Alt-Stralau" legen, so daß die Straße bei jedem aus- und einfahrenden Güterzug gesperrt wird. Die Zahl der täglich verkehrenden Züge ist auf 20 angenommen. Jede Absperrung dauert sieben bis zehn Minuten. Bei dem starken Wagenverkehr, der schon jetzt stündlich 260 Gespanne aufweist und durch erweiterte gewerbliche Betriebe für die Zukunft noch gesteigert wird, bedeutet es für den Ort eine gefährliche Verkehrsunterbindung, die gleichzeitig eine Lebensgefahr für die Passanten in sich trägt.

Es scheint, daß Unglücksfälle, wie sie unter ähnlichen Verhältnissen in Ruhleben, Spandau usw. sich ereignet haben, sehr schnell aus dem Gedächtnis der Aufsichtsbehörden verschwinden, sonst könnte dieselbe trotz erfolgter Einsprüche ihre Genehmigung zu solchem unzeitgemäßem Projekt nicht geben. Nur aus Sparsamkeit will man die Bahn nicht unter die Straße durchlegen, obwohl es technisch gut möglich ist. Wird nun auch der Verkehrsminister zu diesem Projekt seine Zustimmung geben? Wir sind gespannt darauf.

Weißensee.

Die gestrige Kaufmannsgerichtswahl fand unter lebhafter Beteiligung statt; es wurden insgesamt 80 Stimmen abgegeben, davon war eine ungültig. Liste I (Deutschnationaler Handlungsgehülfenverband) erhielt 36 Stimmen und 3 Beisitzer, Liste II (Verein der deutschen Kaufleute) 29 Stimmen und 2 Beisitzer, und Liste III (Zentralverband der Handlungsgehülfen und -Gehülfinnen) 14 Stimmen und 1 Beisitzer.

Bei der vorigen Wahl, im Jahre 1905, wurden nur 38 Stimmen abgegeben, davon erhielt der antisemitische Verband 82 Stimmen, der Zentralverband 7, so daß der erstere damals 5, der letztere 1 Beisitzer erhielt. Die klassenbewußten Handlungsgehülfen haben demnach ihre Stimmenzahl gegenüber 1905 verdoppelt, während der antisemitische Verband zugunsten des Hirsch-Dunckerschen Vereins 2 Sitze im Kaufmannsgericht einbüßt.

Friedrichshagen.

Die Leiche eines unbekannten Mannes wurde gestern vormittag beim Müggelschlößchen gelandet. Der Tote, welcher längere Zeit im Wasser gelegen, dürfte etwa 40 Jahre alt sein und dem Schifferberufe angehören. Er war in Hemdärmeln und ist jedenfalls verunglückt. Von dem Fährmann der Dampffähre wurde die Leiche im Schilfrohr bei der Dampffähre geborgen.

Nowawes.

Die Ordnung betreffend die Errichtung einer Hülfsklasse für schwachbegabte Kinder, welche in der letzten Gemeindevertretersitzung beschlossen wurde, dürfte auch für weitere Kreise, insbesondere für die Eltern solcher Kinder Interesse haben, weshalb wir die wichtigsten Bestimmungen aus derselben hier wiedergeben wollen. Die Hülfsklasse wird vorläufig für die Dauer eines Jahres errichtet; Aufnahme in dieselbe sollen solche Knaben und Mädchen finden, die zwar unterrichtsfähig sind, aber dem Unterricht mit normal begabten Kindern während eines 1½—2jährigen Besuches ein und derselben Klasse nicht folgen konnten. Die Entscheidung über die Aufnahme treffen ein sachverständiger Arzt, der Rektor und der Klassenlehrer der überweisenden Schule, sowie der Gemeindevorsteher tunlichst nach Anhörung des gesetzlichen Vertreters der Kinder. Wöchentlich werden 22—26 Unterrichtsstunden erteilt nach folgendem Lehrplan: Religion sechs halbe Stunden, Rechnen acht halbe Stunden, Lesen und Schreiben zwölf halbe Stunden, Anschauungsunterricht, der täglich durch 20 Minuten Gesang unterbrochen wird, vier bis sechs ganze Stunden, Rechtschreibung zwei halbe Stunden, Turnen und Spielen zwei ganze Stunden, Handfertigkeit zwei bis vier ganze Stunden. Mindestens alle 14 Tage sollen zwei Stunden Anschauungsunterricht im Freien erteilt werden. Ueber die Entwickelung jedes Kindes ist von dem Lehrer halbjährlich ein genauer Bericht in ein Buch einzutragen. Die Aufnahme eines Kindes in die Hülfsklasse erfolgt auf ein Jahr; falls nach Ablauf desselben auf Gutachten des Schularztes und des Rektors nicht die Entlassung des Kindes verfügt wird, verbleibt dasselbe auf ein weiteres Jahr in der Hülfsschule. — Wenn die Errichtung dieser Hülfsklasse an und für sich auch einen Fortschritt in unserem Gemeindeschulwesen bedeutet, so wird dieser zum Teil leider wieder aufgehoben durch die Erteilung von sechs halben Stunden Religionsunterricht, der mit modernen pädagogischen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Ist es schon wider-

sinnig, die Köpfe normal veranlagter 6—8jähriger Kinder mit einem Wust von religiösen Geschichten, Sprüchen usw. zu beschweren, so bedeuten derartige Uebungen für schwach beanlagte Kinder geradezu eine Tortur. Hier soll die Hauptaufgabe des Lehrers sein, die Geisteskräfte der Kinder zu pflegen und zu logischem Denken zu erziehen. Unter diesen Umständen werden die Erfolge der Hülfsschule recht mangelhafte sein, was im Interesse der armen Schüler lebhaft zu bedauern ist.

Spandau.

Die am 16. Februar vorgenommene Arbeitslosenzählung der baugewerblichen Hülfsarbeiter hatte folgendes Ergebnis: Befragt wurden 72 organisierte Mitglieder, davon waren arbeitslos in der Zeit vom 1. Dezember 1907 bis 16. Februar 1908 31 Mitglieder (gegenwärtig sind noch 13 Mitglieder arbeitslos) mit 47 Kindern. Die Arbeitslosigkeit schwankt zwischen einer und elf Wochen. Der gesamte Lohnausfall beträgt für diese Mitglieder 4028,30 M. Die 31 Mitglieder waren insgesamt 188 Wochen und 3 Tage arbeitslos. — Heute abend 8½ Uhr findet Havelstraße 20 eine öffentliche Versammlung statt, die sich mit der Antwort des Oberbürgermeisters auf die Forderung der Arbeitslosen beschäftigen wird.

Kommunales.

Die erste Lesung des Stadthaushaltetats

wurde von der Stadtverordnetenversammlung gestern mit gewohnter Gründlichkeit absolviert. Bei der ersten Lesung pflegen alle Fraktionen der Versammlung sich ausführlich zu dem vom Magistrat vorgelegten Etatsentwurf zu äußern; nicht nur die sozialdemokratische Fraktion, sondern auch die Freisinnigen — die sozialdemokratische darüber, was sie noch fordern zu sollen glaubt, die freisinnigen Fraktionen in der Regel mehr darüber, was sie nicht mitzumachen entschlossen sind. Wenn dann im Ausschuß die Vertreter des Freisinns ihren Kampf gegen die Anregungen der Sozialdemokraten mit Erfolg durchgeführt haben, braucht bei der zweiten Lesung die freisinnige Mehrheit der Versammlung nicht mehr viel zu reden, sondern fast nur noch ab- und niederzustimmen.

Diesmal sind für die Anregungen, die von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion vorgetragen wurden, die Aussichten noch ungünstiger als sonst. Der Stadtkämmerer Steiniger, der dem Etatentwurf die Einführungsrede zu halten hatte, malte grau in grau und predigte überall Sparsamkeit. Man kennt ja die Taktik des Magistrats, die darauf abzielt, den Eindruck zu erwecken, daß die Stadt sozusagen vor dem Bankrott steht. Mit diesem Mittel glaubt der Kämmerer jede Forderung zugunsten der minderbemittelten Bevölkerung, die von unseren Genossen im Rathause aufgestellt wird, im Keime ersticken zu können. Genosse Bruns sprach die Ansicht aus, daß das von dem Herrn Kämmerer gelieferte Gemälde doch wohl um einige Nuancen zu dunkel ausgefallen sei. Die Lage der Stadtfinanzen sei keineswegs so bedenklich, daß z. B. die Forderung, den Gemeindearbeitern noch bessere Löhne zu gewähren und ihnen die Arbeitszeit zu kürzen, nicht aufs neue aufgestellt werden dürfe. Bruns gab in seiner Rede eine Aufzählung der wichtigsten Anregungen, die in den beiden letzten Jahrzehnten von der sozialdemokratischen Fraktion ausgegangen sind und zum Teil schließlich den Beifall auch der freisinnigen Mehrheit gefunden haben. Stadtrat Fischbeck, der Mann der „praktischen Mitarbeit", fehlte am Magistratstisch; wäre er da gewesen, so hätte er bei dieser Gelegenheit etwas dazu lernen können. Von den Mahnungen, die unser Redner an die Gemeindebehörden richtete, möchten wir hier eine besonders unterstreichen. Genosse Bruns hob hervor, daß die Wohnungsfürsorge völlig vernachlässigt worden sei. Sobald auf die gegenwärtige Periode wirtschaftlicher Depression ein neuer Aufschwung folge, werde in Berlin die Wohnungsnot sich aufs neue fühlbar machen. Da sei es Pflicht der Stadtgemeinde, schon jetzt Vorsorge zu treffen.

Die Ausführungen der folgenden Redner bewegten sich in dem üblichen Gleise. Was Cassel, Mommsen, Rosenow, Preuß zum Etat zu sagen haben, kann man mit ziemlicher Sicherheit im voraus wissen. Herr Cassel trompetete, wie immer in seinen Etatsreden, mit der ganzen Kraft seiner Lungen den Ruhm der Berliner Gemeindeverwaltung in die Bürgerschaft hinaus. Herr Mommsen fand den Etatsentwurf so schön, daß er es offen aussprach, er möchte ihn am liebsten en bloc annehmen. Das dürfte auch der Wunsch des gesamten Freisinns sein. Der Ausschuß, dem der Etatsentwurf nach den Reden der Herren Rosenow und Preuß überwiesen wurde, wird wohl dafür sorgen, daß die Arbeit des Kämmerers wieder mal ohne nennenswerte Aenderung an die Versammlung zurückkommt und von der Mehrheit unbesehen angenommen werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Maggi vor Gericht.

Eine Anklage wegen Patentverletzung beschäftigte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Die **Maggi-Gesellschaft** vertreibt unter anderem: „Maggis Suppen- und Speisen-Würze". Die Würze ist in Originalflaschen verschiedener Größe im Handel. Um kleineren Abnehmern die Würze nach Verbrauch des ersten Originalfläschchens billiger liefern zu können, hat die Firma Maggi das sogenannte Abfüllsystem eingeführt. Die Händler erhalten Literflaschen, aus denen sie die ihnen überreichten leeren Fläschchen mit echter Maggi-Würze zu niedrigerem Preise wieder vollfüllen; dadurch werden die Kosten für ein neues Fläschchen erspart. Die Maggi-Gesellschaft will nun dahinter gekommen sein, daß viele Händler dieses Abfüllsystem dazu benutzen, daß sie ein durch Wasser verfälschtes Produkt nachfüllen. Die Maggi-Gesellschaft läßt infolgedessen zur Kontrolle an allen Verkaufsplätzen regelmäßig Stichproben bei den Händlern entnehmen. Es sind auch schon mehrere Händler wegen größeren oder geringeren Wasserzusatzes verurteilt worden. Am 27. August v. J. wurde im Auftrage der Maggi-Gesellschaft in dem Geschäfte eines Materialwarenhändlers S. in **Charlottenburg** durch eine Frau Maggi-Würze gekauft; sie präsentierte ein leeres Maggi-Fläschchen und die Verkäuferin füllte dieses aus einer großen Maggi-Flasche voll. Das Fläschchen wurde dem Chemiker Dr. Braun zur Untersuchung übergeben, nachdem die große Flasche versiegelt worden war. Dieser stellte fest, daß die Maggi-Würze mit Wasser versetzt war. Daraufhin wurde Strafantrag wegen Patentverletzung gestellt. Diese wird wie folgt konstruiert: Indem der Angeklagte der in der großen Maggi-Flasche befindlichen Maggi-Würze Wasser zugoß, stellte er eine von echter Würze abweichende Mischware her. Indem er diese in der großen Flasche beließ und sie mit der Firma Maggi und dem geschützten Warenzeichen versah und in seinem Laden feilhielt, hat er sich gegen das Gesetz betreffend den Schutz der Warenzeichen vergangen. Der **Angeklagte bestritt**, die Würze durch Wasserzusatz verfälscht zu haben und übergab die Flasche zur anderweitigen Untersuchung dem vereidigten Handelschemiker Dr. **Aufrecht**. Dieser kam auf Grund der Untersuchung nicht nur der bei dem Angeklagten vorgefundenen Flasche, sondern auch mehrerer aus Berliner Geschäften entnommenen Originalproben von echten Maggis Suppen- und Speise-Würzen zu einem anderen Ergebnis als Dr. Braun. Nach seinem Gutachten sind die dem Handel entnommenen Proben in bezug auf den Wassergehalt mehr oder weniger **großen Schwankungen** unterworfen. Schon aus den Analysen, die in dem Königschen Werke: „Chemie der menschlichen Nahrungsmittel" veröffentlicht wurden, gehe hervor, daß der Gehalt an Wasser und Salzen in den käuflichen Maggis Suppen-Würzen vereinzelt großen Schwankungen unterworfen ist. Dr. Aufrecht gab sein **Gutachten** dahin ab, daß die Untersuchung keinen sicheren Anhalt dafür ergab, daß die von dem Angeklagten entnommene Probe durch Wasserzusatz oder andere Stoffe verfälscht ist. Das **Urteil** des Gerichts lautete infolgedessen nicht nur auf Freisprechung, sondern es wurden auch die dem Angeklagten entstandenen notwendigen Auslagen der Staatskasse zur Last gelegt.

Dr. Tille vor Gericht.

Auf eine Reihe schwerer Preßangriffe, die das Organ der Saarbrückener Handelskammer „Südwestdeutsche Wirtschaftszeitung", redigiert von dem Syndikus der Kammer Dr. Tille, gegen den Bürgermeister Feldmann gerichtet hatte, antwortete dieser, der Verfasser der Angriffe müsse es sich gefallen lassen, als ehrloser Bube behandelt zu werden. Tille klagte. In der Verhandlung wurde Feldmann wegen formaler Beleidigung (§ 185) zu 60 M. Geldstrafe verurteilt. Tille, gegen den Feldmann Widerklage erhoben, erhielt wegen eines von ihm am 29. Oktober in der „Köln. Ztg." veröffentlichten Artikels eine Geldstrafe von 30 Mark.

Paragraph 153 der Gewerbeordnung.

Das Schöffengericht in Krefeld hatte zwei streikende Schuhmachergehülfen auf Grund des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung zu Gefängnisstrafen verurteilt. Sie hatten Arbeitswillige zur Niederlegung der Arbeit zu überreden versucht. In der Berufung vor der Krefelder Strafkammer machten die Schuhmacher geltend, daß es sich bei dem Streik gar nicht um Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie es in dem genannten Paragraphen heißt, handelte, vielmehr galt es, die Wiedereinstellung zweier gemaßregelter Vorstandsmitglieder des Schuhmacherverbandes zu erzwingen. Eine Verurteilung auf Grund des Paragraphen 153 der Gewerbeordnung könne deshalb gar nicht erfolgen, weil die Voraussetzungen zu einer Verletzung des Paragraphen vollständig fehlen. Dieser Auslegung des berüchtigten Paragraphen konnte der Staatsanwalt nicht widersprechen und beantragte selbst die Freisprechung, welche das Gericht dann auch aussprach.

Vermischtes.

Eine Erdbebenmeldung. Breslau, 20. Februar. Die Erdbebenwarte Krietern meldet: Das gestern abend von Wien gemeldete Erdbeben ist auch hier registiert worden. Die Bewegung begann 10 Uhr 11 Minuten 50 Sekunden und dauerte drei Minuten. Der größte Ausschlag der Instrumente betrug 0,02 Millimeter.

Im Starnberger See als Leiche geborgen wurde, wie aus München berichtet wird, der seit Sonntag vermißte 22jährige Kaufmann Felix Singer aus Berlin. In einem hinterlassenen Schreiben hat der Ertrunkene, wenn seine Leiche aufgefunden werde, an ein Fräulein S. in Berlin Nachricht zu geben, weshalb Selbstmord angenommen wird.

Der getötete Bürgermeister. Nach einer amtlichen Meldung aus Madrid drangen in Daimiel (Provinz Ciudad Real) sechs verkleidete Männer während einer öffentlichen Sitzung in den Sitzungssaal des Magistrats und töteten den Bürgermeister.

Mißlungenes Attentat. Auf den Oberbrauer der Pilsener Aktienbierbrauerei Mocker verübte nach einer Meldung aus Pilsen ein entlassener Arbeiter aus Rache ein Attentat, indem er mehrere Revolverschüsse in das Schlafzimmer des Mocker abfeuerte, ohne diesen jedoch zu treffen. Der Attentäter wurde verhaftet.

Gesteinigt. Wie aus Salonichi berichtet wird, wurden zwei griechische Mädchen bei Ostican, Bez. Castoria, von einer bulgarischen Bande zu Tode gesteinigt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, — Fahrstuhl — wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. M. 34. 1. Seit Januar 1906 Reuterstraße 13. 2. Handels- und Transportarbeiterverband, Engelufer 15. — **Finanz 28.** Georg. — **M. K. 64.** Es darf keine Luft herantreten, dann wird es mit der Weile werden. — **Stockheim.** Ist nicht in der Post eingetragen, die Geschäftsstelle ist Berlin, Oranienstr. 15. — **Schnup.** Ja. — **W. M. 27.** Sie brauchen nur für die beiden letzten Lohnzahlungsperioden nachzahlen. — **A. R., Röderstraße.** Die Zuständigkeit der Gerichte können Sie bestreiten, müssen aber persönlich im Termin erscheinen. Ob das Gericht etwa doch zuständig ist, muß sich aus dem Vertrage ergeben. Ratenzahlungen braucht der Wirt nicht anzunehmen, sondern kann von dem kontraktlich ihm eingeräumten Exmissionsrecht Gebrauch machen. — **S.** Muß bezahlt werden. — **B. 100.** Wenn Ihre Großmutter als Witwe verstorben ist, so wird sie von ihren hinterlassenen Kindern beerbt. An Stelle der vor Ihrer Großmutter bereits verstorbenen Kinder treten deren Kinder. — **P. S. 145.** Ihr Auftrag genügt. — **M. S. 1873.** Der Meister ist im Irrtum. Er muß vor wie nach kleben, weil Sie nicht Werkmeister sind. — **O. P. 82.** Wenden Sie sich an eine Fortbildungsschule. — **P. J. 13.** 1. Die Klage wäre nicht aussichtslos. 2. Der gesamte Betrag ist in Abrechnung zu bringen. 3. Der wirkliche Schaden ist geltend zu machen. 4. Sie können bereits jetzt klagen. 5. Erwirken Sie das Armenrecht. — **R. K. 1903.** Sie können lediglich bei dem Landgericht nach vorausgegangenem Sühnetermin bei dem Amtsgericht Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft anstellen. Erst wenn Ihre Ehefrau trotz obsiegenden Erkenntnisses ein Jahr lang die Wiederherstellung der Gemeinschaft ablehnt, können Sie wegen böslicher Verlassung auf Ehescheidung klagen. — **Gr. Besten.** 1. Sie müßten zahlen. 2. Der Mieter wäre zur Zahlung verpflichtet. — **C. B. 30.** Der Chef ist zur Zahlung verpflichtet. — **Deutscher Michel.** 1. und 2. Nein. — **P. 16.** 1. Ja, wenn Unbescholtenheit vorlag. 2. Ja. 3. Er muß zahlen. 4. Die Klage können Sie auf der Anwaltsstube, Grunerstraße, zu Protokoll geben. — **A. K. 105.** Für die früheren Schulden Ihrer Frau haben Sie nicht aufzukommen. Sie leben auch ohne ausdrücklichen Vertrag außer Gütergemeinschaft. Zweckmäßig ist es jedoch, bereits vor der Ehe ein Inventar des Vermögens Ihrer Braut aufzustellen, beim Notar oder beim Gericht das Inventar anzuerkennen und sich Ihres ehemännlichen Nießbrauchs und Verwaltungsrechts zu entschlagen. — **S. 1.** Beide Fragen sind leider zu verneinen. — **J. D. 100.** Wenden Sie sich an Genossen Simanowsky, Engelufer 15. — **C. B. 67.** Ja. — **A. M. in R.** Wenden Sie sich an den Zentralkrankenpflegenachweis, Ziegelstr. 10/11. — **M. K. 77.** 1. Die Klage kann noch später angestrengt werden. 2. und 3. Nein. — **C. H. 99.** Ja. — **E. und H. 1879.** 1. Ja, wenn es sich um unmündige Kinder handelt. 2. Das können Sie ja halten wie Sie wollen. 3. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch gebührt, wenn kein Testament vorliegt, dem oder den Kindern drei Viertel des Nachlasses, das übrige der Witwe. — **W. S. 11.** Eine Rückzahlung findet nicht statt; Sie können lediglich die Versicherung weiter führen. Das geschieht dadurch, daß für je zwei Jahre mindestens zwanzig Marken geklebt werden. Es steht Ihnen frei, welche Marken Sie kleben wollen. — **M. W. 1000.** Verjährt am 1. April d. J. — **G. B. 56.** 1. Wahrscheinlich Untersuchung dort. 2. Für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit 26 Wochen hindurch. 3. Nach Ablauf der 26 Wochen, falls ununterbrochene Erwerbsunfähigkeit vorlag, tritt Invalidenrente ein. — **B. W. 12.** Da der Anspruch gegen die Unfallversicherung in zwei Jahren verjährt, ist leider eine Klage jetzt aussichtslos. — **F. K. 1879.** Klagen Sie beim Amtsgericht auf Aufhebung des Vertrages wegen Gesundheitsgefährlichkeit der Wohnung. Reichen Sie mit der Klage das Attest eines Arztes ein und beantragen Sie Anberaumung eines neuen Termins. — **M. H. 18.** Stellen Sie einen Antrag beim Magistrat, Abteilung für Versicherung, Am Köllnischen Park. — **H. 25.** Wenden Sie sich an die Direktion der Feuerwehr, Lindenstr. 41. — **C. W. 80.** Ja, bis zum Jahre 1864. — **A. O. 99.** 1. Leider stehen Ihnen Ansprüche an die Kasse nicht zu. 2. Nein, aber Sie können die Wohnung durch das Einwohnermeldeamt der Polizei erfahren. 3. Nein. — **A. R. 9.** Ja.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. **Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft ruhig, Preise für Kalb- und Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. **Wild:** Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. **Geflügel:** Zufuhr kaum genügend, Geschäft rege, Preise anziehend. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Südfrüchte:** Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise behauptet.

Witterungsübersicht vom 20. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	750	WNW	3	wolkig	2	Haparanda	744	O	2	bedeckt	−5
Hamburg	755	WNW	3	wolkig	2	Petersburg	748	SSO	4	bedeckt	−1
Berlin	753	WNW	3	wolkig	2	Scilly	765	WNW	5	bedeckt	9
Frankf. a. M.	758	NW	1	wolkig	4	Aberdeen	756	SW	1	bedeckt	5
München	758	W	4	bedeckt	1	Paris	763	WNW	3	bedeckt	7
Wien	755	W	3	halb bd.	2						

Wetterprognose für Freitag, den 21. Februar 1908.

Zunächst etwas wärmer bei ziemlich frischen westlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Niederschlägen; später wieder etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den **4. Berliner Reichstagswahlkreis** (Frankfurter Viertel). Bezirk Nr. 380.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

O. Eltze

(Fliederstr. 7)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Georgen-Kirchhof in Weißensee statt.

Um rege Beteiligung ersucht

216/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer

Oskar Eltze

am 17. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet **heute** Freitag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Fliederstr. 7, aus nach dem Georgen-Kirchhof in Weißensee, Röllestraße, statt. 79/20

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des **6. Berliner Wahlkreises.**

Todes-Anzeige.

Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Stereotypeur

Alfred Brandt,

Wollinerstraße 20,

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee 16—17, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

223/8 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Hiermit diene den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kohlenkutscher

Hermann Schmidke

am 17. d. M. im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes zu Lichtenberg, Kruggstege, aus statt.

67/16 **Die Verwaltung II.**

Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres lieben Sohnes, Bruders und Schwagers, des Schneiders **Franz Döring**, sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Genossen des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises, Bezirk 30, unseren herzlichsten Dank. 1945

Familie Döring.
Witwe Henriette Döring.

Danksagung.

Den Herren Direktoren Paul und Hugo Lewy der Aktiengesellschaft vorm. H. Gladenbeck u. Sohn, früher in Firma C. Lewy u. Söhne, sagen wir anläßlich des Ablebens meines lieben Mannes und guten Vaters für das demselben in den vielen Jahren stets von neuem entgegengebrachte Wohlwollen unseren innigsten und herzlichsten Dank. 1926

Minna Fiedler geb. Voß und Kinder.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Maschinenarbeiter

Robert Lautz

am 19. Februar nach langem Leiden an den Folgen eines Unfalles gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in Weißensee, Röllestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

80/1 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigstgeliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der Weber

Rud. Burghardt

am 19. Februar nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 18. Februar entschlief sanft nach kurzem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder u. Schwiegervater

Wilhelm Wallhauer

im Alter von 56 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 22. Februar, nachmittags auf dem Tegeler Friedhof statt. 1895

Am 19. Februar, nachm. 5 Uhr, entschlief nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsre gute Mutter

Berta Alter

geb. **Poeplum**

im 28. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen
Wilhelm Alter und Kinder,
Adlershof.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Adlershofer Friedhofes aus statt. 1988

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwiegervaters

Robert Becker

sagen wir allen Kollegen und Bekannten unseren herzlichsten Dank.

1906 **F. Liese**
nebst Frau und Kindern.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Josef Fiedler

sagen wir allen Kollegen und Kolleginnen der Firma H. Gladenbeck u. Sohn vormals C. Lewy u. Söhne, sowie allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten und innigsten Dank. 1915

Minna Fiedler geb. Voß nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

Ludwig Karthun

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren innigsten Dank. 1935

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseres guten Vaters

Fritz Hoppe

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie dem Gastwirtsverein „Süd-Ost" unseren herzlichsten Dank. 1989

Witwe **Ernestine Hoppe**
geb. Gorling nebst Kindern.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 21. Februar.

Anfang 7½ Uhr.

Königl. Opernhaus. Sinfonie-Konzert der königl. Kapelle. Mittags 12 Uhr: Sinfonie-Matinee.
Königl. Schauspielhaus. Die Rabensteinerin.
Deutsches. Was ihr wollt. Kammerspiele. Liebelei. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Wolkenkratzer.
Lessing. John Gabriel Borkman.
Berliner. Der Opernball.
Neues. Simson.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Auf der Sonnenseite.
Schiller Charlottenburg. Der rote Leutnant.
Kleines. 2×2=5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Sein Prinzeßchen.
Hebbel. Der Andere.
Komische Oper. Carmen.
Westen. Ein Walzertraum.
Residenz. Bibi. Der selige Octave.
Luisen. Eingebildete Kranke.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Theater an der Spree. Ausgewiesen.
Bernhard Rose. Trilby.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. Alezia. Beim schönen Anton.
Lortzing. Martha.
Folies Caprice. Jeunesse dorée. Paragraph 343. Mal was andres.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage. Mlle. Guerrerito. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Bergère. Spezialitäten.
Palast. Lehrjungenstreiche. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 8 Uhr: Kairo und die Pyramiden. Invalidenstraße 57/62: 8 Uhr: Privatdozent Dr. Ristenpart: Der Planet Jupiter.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Freitag 8 Uhr:
Der Opernball.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ferdinand Bonn als Gast.
Simson.
Morgen und folgende Tage: Simson.

Kleines Theater.
Anfang 7½ Uhr.
2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5. Sonntag nachm. 3 Uhr: Maria Magdalene. Abends: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sein Prinzeßchen.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend: Nathan der Weise. Sonntag 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Der blinde Passagier.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Martha.
Sonnabend 7½ Uhr: Zauberflöte. Sonntag 3 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. 8 Uhr: Troubadour.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. **„Bibi."** 8 Uhr.
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Breitlot . . . Richard Alexander.
Hierauf: **Der selige Octave.**
Sonntag, den 23. Februar, 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: **Der Andere.**
Tragische Komödie in vier Akten von Julius Bab.

Zentral-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall
mit **Alwin Neuß.**
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: **Ein glücklicher Familienvater.**

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Theater abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Invalidenstraße 57/62:
8 Uhr: Privatdozent Dr. Ristenpart: Der Planet Jupiter.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Der eingebildete Kranke.
Sonnabend 4 Uhr: Schlaraffenland, oder: Das tapfere Schneiderlein. Abends: Krieg im Frieden. Sonntag 3 Uhr: Die Waise aus Lowood. Abends: Des Mädchens Lebenswege. Montag: Des Mädchens Lebenswege.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Vorstellung der Freiheitlichen Bühne:
Ausgewiesen.
Soziales Drama von Karl Böttcher. (Nach zwölfjährigem polizeil. Verbot freigegeben.) Morgen: Ausgewiesen.

Bernhard Rose Theater
Gr. Frankfurterstr. 132
Benefiz-Vorstellung für Fr. Brosch-Huse: Trilby.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise. Sonnabend: Ein toller Einfall. — 4 Uhr: Kindervorstlg.: Die 7 Raben.

Metropol-Theater
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag, 23. Febr., nachm. 3 Uhr:
Neuestes! Allerneuestes!

Apollo Theater
9¼ Uhr. Täglich: 9¼ Uhr.
Der Operettenschlager der Saison:
Mitislaw der Moderne
Operette von **F. Lehár.**
Amaranth: **Mia Werber.**
Ab 8 Uhr das **glänzende Varieté-Programm mit La belle Alezia.**

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mlle. Guerrerito
Spaniens schönste Tänzerin
und das große Februar-Programm!

Wintergarten
Otto Reutter
und das
neue Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt!

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Allabendlich
der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: **Endlich allein! Der Fall Blumentopf.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Oskar Blumenthal u. Gustav Kadelburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der rote Leutnant.
Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Kienzl.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
College Crampton.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. Leop. Hirschberg: Hektor Berlioz.

Deutsche Konzerthallen,
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Zirkus Schumann
Heute Freitag ½8 Uhr:
Gala-Wohltätigkeitsvorstellung
zum Besten des 5. Lokalkommissariats des Nationaldanks für Veteranen.
Gala-Programm und sämtliche großartigen
neuen Februar-Spezialitäten
Tagesgespräch von Berlin das
elektrische Rätsel
Mr. Resisto
der tollkühne Amerikaner.
AMERIKA.
Pracht-Ausstatt.-Pantom., 4 Abt.
Sonntag nachm.: Die lustigen Heidelberger. 1 Kind frei, jedes weitere halbe Preise.

XIII. Saison. Zirkus Busch
Freitag abend 7½ Uhr präz.:
Komischer Gala-Abend!
Novität! Große Sensation!
Mr. Lytton!
● **Automobil-Saltomortale.** ●
Wiederauftreten der **australischen Holzfäller.** Szenen aus dem australischen Busch.
Herr Kommissionsrat **Gustav Stensbeck**, Direktor des Berliner Tattersalls, als Gast.
Die phänomenale Aurora-Truppe!
Um 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Vorher Galaprogramm.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das großartige Februar-Programm!
Dressierte Löwen, Tiger, Leoparden,
vorgeführt von R. Havemann, und die übrigen **glänzenden** ✕✕ **Varietékünstler.** ✕✕
Tunnel: **Bockbierfest. Regimentskapelle usw.**
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Paravoulesku-Zelinesku,
rum. Ensemble.
The Oracs,
Barren-Akt.
Lona,
elastic lady.
Lehrjungenstreiche.
Faschings-Burleske.

Folies Caprice
Neu! Jeunesse dorée. Paragraph 343.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Bildern.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Der längste Mensch
und Josef Schippers „d. lange Karl", d. gr. Sold.
der dickste Mensch der Welt! Toni Thoms, 600 Pfd. schw. 24 Fing. u. Zeh.
Ohne Extra-Entree.
Neapolit. Bandenkapelle.
Colsinis Exper. d. 4. Dimension
Eintritt 50 Pf.
Kinder u. Soldaten 25 Pf.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hansi weint — Hansi lacht
Neu! **Steidl-Duo.** Neu!
Neu! **Der urkomische Rügamer.** Neu!
Neu! **Käti Gültini.** Neu!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill Brunnenstr. 16.
Othello, der Mohr von Venedig.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung! **Die Schule des Lebens.**

Trianon-Theater.
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Cyprienne.**

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 21. Februar:
Die Memoiren des Teufels.
Lustspiel in 3 Akten von Arago und Vermond. Deutsch von O. Randolf.
Vorverkauf 10—2 Uhr.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Voranzeige. Montag, 9. März: Große Benefizvorstellung für Franz Rühle: **Die Else vom Erlenhof,** oder: **Schuld und Sühne.**

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Freie Volksbühne
Freitag, den 21. Februar, 8½ Uhr:
Lichtbilder-Vortrag
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.
Die künstlerischen Probleme der Industrie.
Herr Kunstschriftsteller **J. A. Lux.**
Eintrittskarten (inkl. Programm) 35 Pf. in allen Zahlstellen.

Am Freitag **dieser Woche** 8¼ Uhr im **Luisen-Theater: 22. (II. Abteilung): Der eingebildete Kranke.** Gäste haben Zutritt.

Neue Mitglieder werden in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten a 1 Mark
in allen Zahlstellen und im Theater bei dem Obmann.

Sonntag, den **23. Februar,** nachm. **3** Uhr:

Berliner Theater	Neues Schauspielhaus
9./10. Abteilung:	14./15. Abteilung:
Ledige Leute.	**Iphigenie auf Tauris.**

240/9* **Der Vorstand.** In Vertr.: G. Winkler.

Für Zigarrenhändler
billigste Einkaufsquelle
von **Zigarren, Zigaretten** und **Tabaken.**
Alle bekannten eingeführten Sorten zu Original-Fabrikpreisen,
Max Ziegenhals, BERLIN NO. 18, Keibelstr. 20, dicht am Alexanderplatz. Telephon: Amt VII, 2047.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Goltzstr. 9.
Nur kurzes Gastspiel des berühmten **Kopfläufers** vom Krystall-Palast in London (derselbe erregte durch seinen Straßenkopflauf in allen Großstädten berecht. Aufsehen) sowie **16 erstklass. Spezialitäten. Duskes Biograph.** Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: **Familienkränzchen** bei freiem Tanz.

Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Größtes und originellstes bayerisches Bockbierfest.
Heute: **Familien-Abend.**
Gratis-Verlosung einer Kücheneinrichtung im Werte von 100 M.
Jedes an der Kasse gelöste Billett nimmt an der Verlosung teil.
Anfang **7** Uhr. Entree **30** Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu:
Husaren-Streiche.
Anfang: Wochent. **8** Sonnt. **7**½.

Grosse Betten 12 Mk.
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgereinigten neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 19, 24 Mk.; 1½ schl. Betten 15, 20, 23, 29, 36 Mk. usw. Versand geg. Nachnahme. Preisliste. Proben, Verpackung kostenfrei.
Gustav Lustig, Berlin S. 200 Prinzenstr. 46
Größt. Spezial-Geschäft Deutschl.

Buggenhagen
Moritzplatz. im Theatersaal täglich:
Albert Böhme
und das
großartige Februar-Programm.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Sanssouci Kottbuser Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger u. Tanzkränzchen.
Großer Erfolg des neuen Soiree-Programms.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8½.

Wir empfehlen folgende **Neuerscheinungen:**
Sozialdemokratische Agitationsbibliothek
Heft 11:
Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstrationen vor dem deutschen Reichstage
Preis 20 Pf.
Der Klassenkampf des Proletariats
von **Parvus.**
Heft 1:
Der gewerkschaftliche Kampf.
Preis 15 Pf.
Die Klassengegensätze im Zeitalter der franz. Revolution
von **Karl Kautsky.**
Preis brosch. 75 Pf., geb. 1 M.
Expedition d. „Vorwärts"
Berlin SW.
Lindenstr. 69. Laden.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.
Geschäftsstelle: N. 39, Ravené-Straße 6. — Fernsprecher: Amt III, 2137.
Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Ballschmieder, Badstr. 16:
Großer astronomischer Vortrag
gehalten von Herrn **Dr. Archenhold,** Direktor der Sternwarte in Treptow.
Thema: **Wanderungen durch das Weltall.** Illustriert durch über 100 Lichtbilder.
Die **nachfolgenden Vorträge** finden statt am Dienstag, den 3. März, in den Pharussälen, Müllerstr. 142; Freitag, den 13. März, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—49; Dienstag, den 17. März, in den Germania-Sälen, Chausseestr. 110; Freitag, den 20. März, in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130. 225/6*
Gültig zu allen Vorträgen sind die Billet-Nummern 29501—34500.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—1.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Vereinsgesetzliches.

Der Vorstand der Filiale Langenbielau des Deutschen Textilarbeiterverbandes war vom Amtsvorsteher durch polizeiliche Verfügung aufgefordert worden, ein Mitgliederverzeichnis und Statuten einzureichen. Eventuell würde eine Exekutivstrafe festgesetzt werden. Die Filiale sei ein Verein, der auf öffentliche Angelegenheiten gemäß § 2 des Vereinsgesetzes einzuwirken bezwecke. — Nachdem sich die Vorstandsmitglieder Haberecht, Schiller und Prasser vergeblich beim Landrat und beim Regierungspräsidenten in Breslau beschwert hatten, klagten sie beim Oberverwaltungsgericht und bestritten, daß die Filiale und der Verband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke. Indem der Zweck verfolgt werde, möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 152 der Gewerbeordnung den Mitgliedern zu erringen, verfolge der Verband die privaten Interessen seiner Mitglieder. Im übrigen aber sei die Filiale nur ein unselbständiger Bestandteil des Verbandes, der seinen Sitz in Berlin habe. Lediglich vom Zentralvorstand in Berlin könnte die Einreichung eines Verzeichnisses der Mitglieder des Verbandes, auch derer, die in Langenbielau wohnen, verlangt werden. In Berlin sei solche Liste auch eingereicht worden.

Vor dem Oberverwaltungsgericht vertrat R.-A. Dr. Ruhm die Klage. Unter anderem betonte auch er, daß wesentlich hier die Frage wäre, ob die Filiale ein selbständiger Verein sei. Nach dem Statut erscheine sie als ein unselbständiges Organ des Verbandes. Es sei aus dem Statut zu folgern, daß im Prinzip alles, was die Filiale einnehme, dem Verbande als solchem gehöre. Nur werde schon im voraus durch das Statut eine Bestimmung getroffen dahin, daß ein Teil der Gelder für die im Orte notwendig werdenden Ausgaben der Filiale verbleibe. Bei einer möglichen Auflösung einer Filiale wäre alles, auch der Kassenbestand, an die Hauptkasse abzuführen.

Das Oberverwaltungsgericht wies am Dienstag die Klage mit folgender Begründung ab: Die Frage, ob der Verband eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke, erledige sich durch eine einfache Betrachtung des Statuts. Der Zweck des Verbandes berühre eine ganze Reihe Fragen, die die ganze deutsche Arbeiterschaft bewegten. Schon die Ausdehnung des Textilarbeiterverbandes über ganz Deutschland beweise, daß er nicht bloß private Angelegenheiten verfolge. Zudem könnten nach dem Statut auch Angehörige anderer Industrien, wenn für sie keine Organisation bestehe, aufgenommen werden. Ein Verein, der die soziale Lage eines ganzen Berufstandes heben wolle, verfolge schon dadurch eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Die Selbständigkeit der Filiale sei zu bejahen, da es sich bei ihr um eine Vereinigung handle, die eigene Befugnisse habe, unter einer eigenen Leitung stehe und sich über einen bestimmten Bezirk erstrecke. — Der Einwand, die Polizei hätte vor Erlaß einer Verfügung mit Strafandrohung erst in Güte versuchen müssen, das Verzeichnis zu erlangen, sei ohne gesetzlichen Anhalt. Es sei Sache der Polizei, wie sie es halten wolle. Die Verfügung sei berechtigt.

Versammlungen.

Die Propaganda-Kommission zur Förderung des Genossenschaftswesens hielt am Montag eine Sitzung ab, zu der eine große Zahl von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären eingeladen waren. Es galt, die theoretischen Grundlagen des Genossenschaftswesens zu besprechen. Mehrere auf dem Gebiete der Konsumgenossenschaftsbewegung bewanderte Parteigenossen trugen ihre Ansichten vor. Die Entwickelung der Genossenschaftsidee und die Stellung des wissenschaftlichen Sozialismus zu derselben wurden erörtert. Die theoretischen Erörterungen über die gegenwärtige Bedeutung des Genossenschaftswesens gingen in der Hauptsache dahin: Das Proletariat hat ein großes Interesse, die Entwickelung der Konsumgenossenschaften zu fördern, denn dieselben bieten den Arbeitern Vorteile von nicht zu unterschätzendem Wert. Die Konsumgenossenschaften sind in der Lage, die Waren besser und billiger abzugeben als der Zwischenhandel. Der Arbeiter, der bei der Genossenschaft kauft und dadurch an den Ausgaben für seinen Lebensunterhalt spart, kann diese Ersparnisse zur Erwerbung von Kulturbedürfnissen anderer Art verwenden. Dadurch wird die ökonomische Macht der Arbeiter gestärkt. Durch die Ueberschüsse, welche die Konsumgenossenschaften erzielen, können sie Einrichtungen zugunsten der Arbeiter schaffen und den Arbeitern bei wirtschaftlichen Kämpfen einen gewissen Rückhalt bieten. Das kann aber nur erreicht werden, wenn in den Genossenschaften der Geist der klassenbewußten Arbeiterbewegung herrscht. Diesen Geist müssen die Kämpfer auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet in die Genossenschaften tragen, sie müssen dazu mitwirken, daß auch die Genossenschaften zu einer Waffe im Befreiungskampf der Arbeiter werden.

In der Sitzung wurden auch Betrachtungen darüber angestellt, warum die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin nicht den wünschenswerten Aufschwung nimmt, während doch in anderen Großstädten, Hamburg, Leipzig, Dresden, Stuttgart, das Genossenschaftswesen große Fortschritte gemacht hat. Man habe gesagt, die Warenhäuser und die räumliche Ausdehnung Berlins ständen hier der Entwickelung der Genossenschaften entgegen. Das könne jedoch nicht zutreffen, denn auch in Hamburg, Leipzig, Dresden und Stuttgart gebe es Warenhäuser, und die räumliche Ausdehnung von Hamburg und Dresden sei annähernd ebenso groß wie die von Berlin. Dagegen kämen in Berlin auf denselben Flächenraum etwa doppelt soviel Haushaltungen wie in Hamburg und Dresden. Demnach müßte Berlin ein günstigerer Boden für das Genossenschaftswesen sein wie die anderen genannten Städte. Wenn trotzdem die Genossenschaftsbewegung in Berlin nicht vorwärts komme, so müßten andere als die angegebenen Ursachen daran schuld sein. Die Zersplitterung der Bewegung in zwei Vereine verschiedener Richtung habe ja früher die Propaganda beeinträchtigt. Gegenwärtig seien jedoch die beiden Richtungen in der Betreibung der Propaganda vollkommen einig und die völlige Verschmelzung der beiden Vereine sei soweit vorbereitet, daß ihre Vollendung nur noch eine Frage der Zeit sei. Die Konsumgenossenschaftsbewegung könnte auch in Berlin schon weiter sein, wenn sie durch die Partei unterstützt worden wäre. Es sei zu bedauern, daß der Aktionsausschuß, als die Propaganda-Kommission gebildet wurde, die praktische Mitarbeit an der Förderung des Genossenschaftswesens abgelehnt habe. Der Kölner Gewerkschaftskongreß habe zwar einen Beschluß zugunsten des Genossenschaftswesens gefaßt, aber in den Gewerkschaften werde diesem Beschluß wenig Rechnung getragen. Hätten sie es getan, dann würde der Erfolg des Genossenschaftswesens ein besserer sein. Ebenso, wie in den Gewerkschaften auf die Bedeutung der politischen Organisation hingewiesen wird, müsse auch auf den Wert der Konsumentenorganisation des Genossenschaftswesens hingewiesen werden.

Am Schluß der Sitzung wurde an die Propaganda-Kommission die Anfrage gestellt, ob ihr bekannt sei, welche Gründe die Parteileitung veranlassen, den Bezirksführern die Agitation für das Genossenschaftswesen zu verbieten. — Der Vorsitzende der Kommission antwortete darauf, er könne nicht glauben, daß die Parteileitung ein solches Verbot erlassen habe; er werde aber, um volle Klarheit zu schaffen, sich dieserhalb mit dem Aktionsausschuß in Verbindung setzen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit“** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 21. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Zur Geschichte der Dreiklassenwahl. — Bülows Regierung und die Hausarbeiter. Von Hermann Molkenbuhr. — Eine Resolution und ihre Bedeutung. Von Th. Rothstein (London). — Brief aus Amerika. Die Krisis. Die Parteien. Die Gerichtshöfe gegen die Arbeiter. Von Algernon Lee (New York). — Die Agrarfrage in Rußland. Von N. N. — Literarische Rundschau: Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Von. Herm. Fleißner. Karl Rösener, Im Kampfe um die Volksseele. Von h. sch. — Zeitschriftenschau.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von **3,25 M.** pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet **25 Pf.**

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit“**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 4 des 18. Jahrganges zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: „Lieber tot als Sklav'!“ — Die heutige Kinderfürsorge in Staat und Gemeinde. Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Zwei Märtyrerinnen im russischen Freiheitskampfe. Von L. K. — Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. Von Ernst Deinhardt. — Das Zeugnis im Dienstbotenbuch. Von Helene Grünberg. — Das Frauenwahlrecht in Dänemark. Von P. Knudsen. — Aus der Bewegung: Gertrud Kloß †. — Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der niederrheinischen Textilindustrie. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Ja, es ist ein mächt'ges Jagen. Von Adolf Friedrich Graf v. Schack. (Gedicht.) — Nährikele. Von Gottlieb Schnapper-Arndt. (Fortsetzung.)

Für unsere Kinder: Turmwächterlied. Von Friedr. de la Motte-Fouqué. (Gedicht.) — Kriegsgeschichten. Von Hans Friedemann. — Der Sturm auf die Fabrik. Aus Zolas „Zusammenbruch“. — Die Tanne. Von Ferdinand Freiligrath. (Gedicht.) — Wie Hänschen Kieselstein einen Ausflug machte. Von O. R. — Der Skiläufer. Von Bähler. (Gedicht.) — „Wenn Teich' und Seen krachen“ . . .“ Von Brand. — Peter Ochs. Dänisches Volksmärchen. (Schluß.) — Der Steckenpferdreiter. Von Robert Reinick. (Gedicht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Vom **„Wahren Jacob“** ist uns soeben die 4. Nummer des 25. Jahrganges zugegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die Mainlinie“ und „Triumph of ordre“, sowie die Illustrationen „Die Wirkung von Lissabon“, „Der Uebermarinismus“, „Deutschnational“, „Das Gläschen und Pfeifchen des armen Mannes unter der Blockpolitik“ und „Berliner Ordnungshüter“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Don Carlos“, „Der neue Tessendorf“, „Das liberale Ketzergericht“, „Die Vergeltung“, „Die Lauwarmen“, „Wandernde Gesellen“ von Gustav Weber, „Die Paarung“ (illustriert), „Zwischen Gräbern“, „Der Schuß in Berlin“, „Neuestes Wintermärchen VII“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren satirischen Feuilletons „Mehrere Fingerzeige“, „Warum ein Bayer keinen Preußen leiden mag“, sowie die Novelle „Das Gefängnis“ von Edmund Fischer. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Renaissance des Liberalismus von E. W. Trojan. 1 M. Verlag F. Sommer, Berlin W. 35.

Maximilian Harden. Ein Nachruf von Karl Kraus. 50 Pf. Verlag L. Rosner, Wien und Leipzig.

Nicht für die Schule, sondern fürs Leben und fürs Vaterland! Von Ludwig Graf Rödern. 50 Pf. Verlag Paul Waetzel, Freiburg i. Bad.

Das Kost- und Logiswesen im Handwerk von R. Calwer. Ergebnisse einer von der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges veranstalteten Erhebung. 224 Seiten. Verlag Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin.

Jahresbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells Straßburg i. Els. 1906/07. 188 Seiten. Selbstverlag.

Billige Billige

Hosen-Woche

Beginn: Sonnabend, d. 22. Februar — Ende: Sonnabend, d. 29. Februar.

Serie I Gestreifte Zwirnbuxkinhosen . 3 Mk. 20

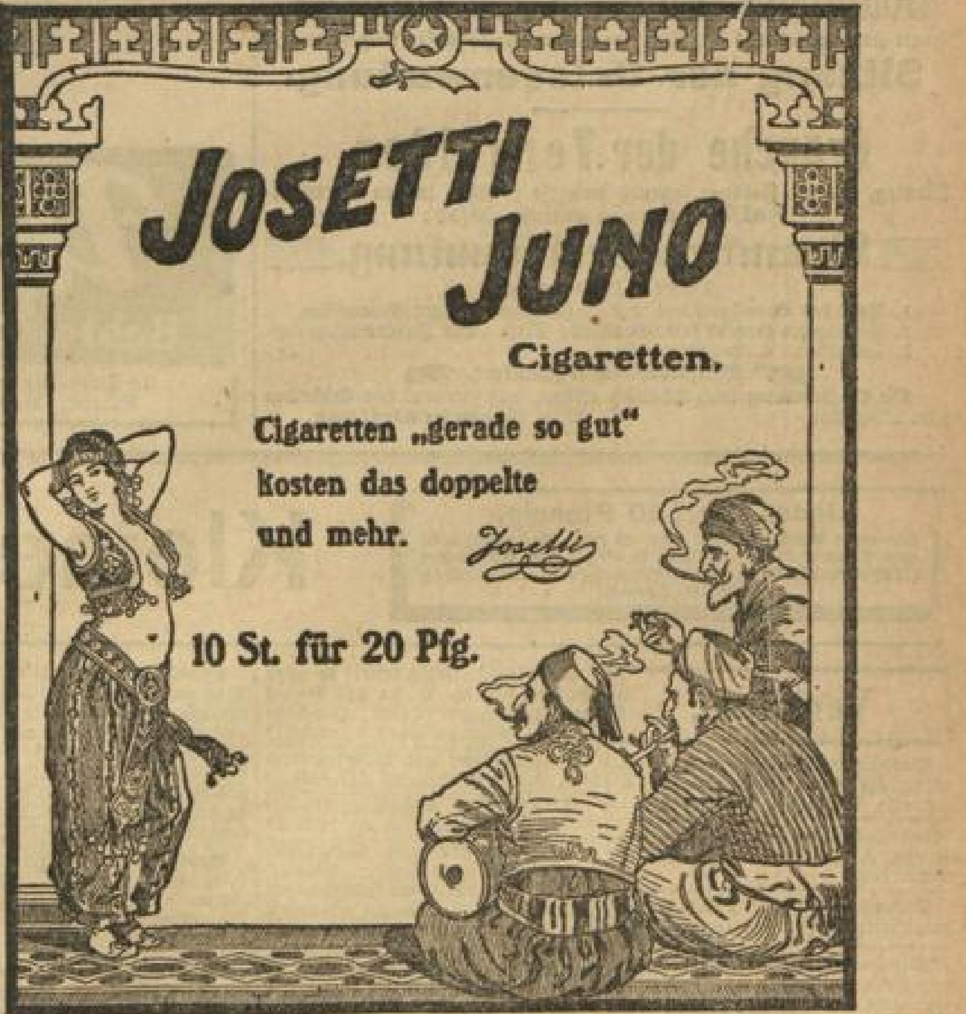
Serie II Gestreifte, nach Kammgarnart gewebte Buxkins . . . . . 5 Mk. 70

Serie III Prima derbe Buxkins, allen Strapazen spottend . . . . 7 Mk. 80

Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 ◇ 11 Brückenstrasse 11

Gr. Frankfurter Str. 20.



Rheumatismus
Gicht-, Gliederreißen, Nervenschmerzen, Hüftweh etc. sind oft unerträglich. Deshalb gebrauche man
Reichels „Elektrikum“
(Aetherisches Kiefernadel-Waldwollöl). Einfaches u. unschädliches Naturprodukt von starker durchgreifender, schmerzstillender Wirkung. **Tausende verdanken „Elektrikum“ ihre Gesundheit**, Fl. 1.— u. 2.—. Die Wirkung wird noch erhöht durch d. inneren Gebrauch von **Reichels Wachholder-Extrakt „Medico“**, Fl. 75 Pf., M. 1.50 u. 2.50, in den Drogerien und Apotheken erhältlich u. zu bezieh. durch
Otto Reichel, BERLIN SO. 43 Eisenbahnstr. 4.

Gegen **Rheumatismus** hilft Zarembas Burgunder Pechpflaster. Drogerie Weinbergsweg 1, direkt am Rosenthaler Tor.

Charlottenburg.
Solide Uhren, moderne Ketten, Reparaturen an Uhren u. Goldwaren preiswert u. gut.
Friedrich Stahenow, Lützower Str. 15 (am Rathaus).

Kein Reiben Keine Arbeit
WASHENE D.R.G.M.
Das selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich. Preis 45 Pfg. Blendend weisse Wäsche.
Wilhelm Schüler & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Wickler, Isolierer u. verwandten Berufskollegen und Kolleginnen Berlins und Umgegend

im Brunnentheater, Badstr. 58.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Robert Schmidt** über: „Die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Reichstage". 2. Diskussion. 3. Jahresbericht und Neuwahl der Branchenagitationskommission, des Branchenleiters, des Kassierers und der Revisoren. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Branchenkollegen und Kolleginnen verpflichtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr,

Branchen-Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Schmiede Berlins und Umgegend

in Kilbrodts Festsälen, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung:

1. „Die vornehmsten Aufgaben der Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit". Referent: Kollege **Wuschick**. 2. Diskussion. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser

im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27c.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Vortrag des Genossen **Paul Göhre** über: „Religiöse Werte und Sozialismus". 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch wird ersucht.

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betr. die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pfennig (Buchhändlerpreis 75 Pfennig).

112/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Branche der Vergolder.

Montag, den 24. Februar, abends präzise 8 Uhr, in den **Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl des Branchenleiters und Ergänzungswahl zur Kommission.
2. Vortrag des Gen. **Wilh. Schütte** über: „Die Internationale".
3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 79/9

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und erwartet das Erscheinen aller Mitglieder. **Die Branchenleitung.**

Produktenhändler und -Händlerinnen!

Freitag, den 21. Februar, abends 9½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

in den „Brunnen-Sälen", Brunnenstr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Rechtsanwalts **Hattersdorff**. 2. Diskussion und Verschiedenes. 1675*

Da die Versammlung sehr lehrreich und interessant, erwartet zahlreichen Besuch **Der Vorstand.**

NB. Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Achtung! Achtung!

Steinsetzer Groß-Berlins I

der Unterbezirke **Nord, Nordost** u. **Osten.**

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlungen

für Bezirk **Norden bei Frisch**, Badstraße 12.
" " **Nordost bei Märtens**, Pappel-Allee 25.
" " **Osten bei Merkowski**, Andreasstr. 26.

Tages-Ordnung in allen Bezirken:

1. Vorstandswahl. 2. Wahl der Delegierten zur General-Versammlung.

Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht jeden Kollegen, zu erscheinen. 175/5*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand. J. A.: W. Schwebs.

Deutscher Verband für Frauenstimmrecht

Ortsgruppe Berlin

und Verein „Frauenwohl" Berlin.

Heute, Freitag, den 21. Februar, abends 8 Uhr:

Öffentl. Volksversammlung

in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

„Teuerung und Frauenrechte!"

Referentin: Frau **Henr. Fürth** aus Frankfurt a. M.

Freie Aussprache.

Männer und Frauen sind herzlich willkommen.

283/13 **Die Einberuferin.**

Zentralverband der baugewerbl. Hülfsarbeiter

Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Bezirk Rixdorf. 29/9

Da in der letzten Bezirksversammlung eine kleine Minderheit Wahlenthaltung zur Wahl des Zweigvereinsvorstandes beschlossen hat, sieht sich der Zweigvereinsvorstand veranlaßt, dafür zu sorgen, daß die Mehrheit der Mitglieder die Gelegenheit hat, ihr Wahlrecht auszuüben. Zu diesem Zweck haben wir in den im „Arbeiter" bekannt gegebenen Verkehrslokalen des Bezirks Wahlkomitees eingesetzt. Wir ersuchen nun sämtliche Kollegen, am **Sonntag, den 23. Februar, von 10 bis 12 Uhr vormittags**, ihr Wahlrecht auszuüben. **Der Zweigvereinsvorstand.**

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: **Urban & Lemm**, Charlottenburg.

„Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein"

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität".

Touren

zum Sonntag, den 23. Februar:

2. Abt.: Besichtigung der Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung. Start per Rad und Fuß 12 Uhr: Fontane-Promenade 15.

3. Abt. 12½ Uhr: Miersdorf (Lier). Start: Mariannenplatz.

4. Abt. Früh 8 Uhr: Hoppegarten. Nachm. 2 Uhr: Kaulsdorf (Rees). Start: Küstriner Platz.

5. Abt. 2 Uhr: Friedrichshagen (Eiskeller). Start: Elysium.

6. u. 10. Abt. 2 Uhr: Treptow, Besuch der Sternwarte. Start: 6. Abt.: Oderberger Str. 28. 10. Abt.: Kasino-Theater.

7. Abt. 1½ Uhr: Birkenwerder (Paradiesgarten). Start: Grenzstraße 21.

8. Abt. 1 Uhr: Falkenhagen. Start: Oldenburger Str. 32.

9. Abt. 1½ Uhr: Hirschgarten (Wilhelmshof). Start: Schillingstr. 22.

Rixdorf.

Sonnabend, 22. Februar cr., abends 9 Uhr, in **Fritz Hoppes Festsälen**, Hermannstr. 47/49:

Eine Nacht im Schlaraffenland.

Die Gesamträume sind dementsprechend dekoriert. — **Passierschein 50 Pf.** Freunde und Gönner des Vereins sind hierdurch höflichst eingeladen.

12/17 **Der Schlaraffenrat.**

Kassenbäder jeder Art **Augusta-Bad**, Köpenickerstr. 60

Im Namen des Königs! In der Privatklagesache 1. des Direktors Theodor Curti, 2. des Geschäftsführers Ludwig Cohnstaedt, 3. des Redakteurs Hermann Stern, sämtlich in Frankfurt a. M., Gr. Eschenheimerstr. 37, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hertz und Justizrat Dr. Richard Bruck hier, Privatkläger, gegen den Redakteur Wilhelm Zander zu Frankfurt a. M., Werderstraße 8, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Heine-Berlin und Rechtsanwalt Dr. Jakobi in München, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das königliche Schöffengericht in Frankfurt a. M. in der Sitzung vom 26. November, an welcher Teil genommen haben: 1. Amtsgerichtsrat Rückert als Vorsitzender, 2. Bermann, Leopold, Immobilienagent, 3. Schreiber, Joh. Konrad, Oekonom, als Schöffen, Diätar Geßner als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb zu einer Geldstrafe von 500 M. — fünfhundert Mark — an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je fünf Mark ein Tag Gefängnis tritt und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Den Privatklägern wird die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils binnen 14 Tagen nach Erteilung einer rechtskräftigen Ausfertigung des Urteils: 1. in der „Frankfurter Volksstimme", 2. im „Vorwärts", Berlin, 3. in der „Leipziger Volkszeitung"", 4. in der „Münchener Post", 5. in der „Fränkischen Tagespost" in Nürnberg, 6. im neuen „Würzburger Journal", 7. in der „Volkswacht" in Breslau je einmal auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. L. S. Ausgefertigt Rohrberg, Gerichtsschreiber. L. S. Das Urteil ist vollstreckbar. Frankfurt a. M., den 18. Februar 1908. Rohrberg, Amtsgerichtssekretär.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementshäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavalieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen.

Wir empfehlen gereinigte, reinwollene 17162*

	3 Monat getragene	2 Monat getragene	1 Monat getragene
Maß-Anzüge	8 M.	12 M.	16 M.
Maß-Paletots	6 M.	10 M.	14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93

zwischen Markus- und Krautstraße.

Fracks und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen verliehen.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platze.

Achten Sie auf die blauen Schilder.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, **parterre.** Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Nähmaschinen. Vergüte bis 20,00 bei Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauser, Frankfurter Allee 101, Laden. 29702*

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage verkaufe Muschelkleiderspind, Muschelvertiko 28 Mark, Ausziehtisch, Stühle 3, Muschelspiegel 12, Säulentrumeau 36, Bettstelle mit Matratze, Kommode, Waschtoilette 20, Herrenschreibtisch 50, Paneelsofa, Muschelsofa, Schlafsofa 28, Küchenmöbel, geschnitztes Nußbaumbüfett, Ankleideschrank 60, Federbetten Stand 20. Auch Teilzahlung. Wallstraße 81.*

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rag, Mulackstraße 14. 154b*

Krautstraße 50 Möbel spottbillig. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Seiferthähne und Weibchen verkauft Prinzessinnenstr. 12, III links. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993R*

Speisezimmer mit Vierzugtisch und selbständigem Fußfuß, komplett 725. Herrenzimmer mit freistehendem Schreibtisch 600. Salon, komplett 550. Schlafzimmer mit dreiteiligem Schrank, schwere Arbeit, geschnitzt, Stahlboden, komplett 550. Lothringerstraße 26, Aufbewahrungsspeicher. *

Wegen Feuersgefahr muß ich verschiedene Musterzimmer räumen, darum verkaufe Möbel bis 1. März 30 Prozent billiger. Einfache Einrichtungen 200, 250, bessere 300, 350, 400 — 15 000 Mark. Herrschaftliche Wohnungs-Einrichtungen, wie Speisezimmer, eichene, komplett 700 Mark. Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gaskronen, Ankleideschränke, Schreibtische, Büfetts, Plüschsofas, Säulentrumeau, Lederstühle, Bettstellen, moderne Küchen. Aufbewahrung bis zur Abnahme kostenlos in extra trockene Speicher. Geöffnet von 8—8, Sonntags 8—2. Bei sofortiger Kasse noch extra 2 Prozent! Lothringerstraße 26, Hof, Speichereien. 156b*

Nähmaschinen. Zahle höchste Vergütung. Hauptlager aller Frister-Roßmann-Systeme. Hruba, Rosenthalerstraße 19. †101*

Inventur-Extraliste spottbilliger Artikel gratis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 113R*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Extragroßer Bettenverkauf! Pfänderverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Steppdecken! Plüschtischdecken! Nähmaschinen! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Staunend billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Sonntags ebenfalls geöffnet. †113*

Reichgestickte Portieren, Filztuch 3,75, Wollköper 3,85, Plüsch 7,85, ganze Dekoration. Inventur-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 112R*

Linoleumteppiche. Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. **Jonas**, Josephstraße 11 eine Treppe.

Möbelverkauf. Seltene Gelegenheitskäufe! Muschelschränke, Marmortoilette 26,00, Marmornachttisch 12,00, Mahagoni-Kleiderspind, Vertiko, Plüschsofa 45,00, reelle Polsterung, komplette Einrichtung für Brautleute von 200,00. Möbelspeicher, Chausseestraße 48. 1465*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 1825

Damenhemden. Herzfasson, mit gestickter Passe 1,25, Herrenhemden 1,80, Bettbezug nebst zwei Kopfkissen 4,75. Normalwäsche, Arbeiterhemden, sowie einzelne Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dirckenstraße 21, Alexanderplatz. Sonntags geöffnet. 244/6

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 140 M. Turmstraße 8 I. 110/15*

Kinderbettstelle, Kinderwagen, Sommer, Wienerstraße 51. 2820b*

Geschäftsverkäufe.

Restauration verkauft billig sofort oder Ultimo März Rixdorf, Weserstraße 55. †113

Restaurant, 1900 Mark, Miete 1700, Brauerei hilft, wegen anderen Unternehmens verkauft Fessara, Auguststraße 37. †101*

Restauration verkauft Brunnenstraße 97. †78

Papier-, Schulbuchhandlung verkauft krankheitshalber billig. Näheres Treskowstraße 36, Zigarrengeschäft.

Verschiedenes.

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Bollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt 3a, 4375. 1458*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Kunststopferei von Frau Kokosky Charlottenburg, Goethestraße 84. I.*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Mittagstisch! Mit Getränken 0,50. Drei Gerichte. Auswahl. Annenstraße 16. 244/7

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9. *

Altes Kleiderspind, Bettstelle, Kommode kauft Wisch, Anklamerstraße 58. †92

Kaffeeküche zu pachten gesucht. Janowitsch, Rixdorf, Selchowerstraße 30. †114

Umsonst! Unbemittelte erhalten völlig umsonst innerhalb der nächsten acht Tage künstliche Zähne, Goldfüllungen, Mundbehandlung bei Vorzeigen dieser Annonce. Altmann, Zahnklinik, Alexanderplatz, Aschingerhaus. 244/8*

Vermietungen.

Wohnungen.

Zwei Stuben, Küche, Vorderhaus, 34 und 42 Mark, zu vermieten. Charlottenburg, Schillerstraße 94. †100*

Schlafstellen.

Schlafstelle für Herrn. Beher, Friedenstraße 68. †48

Mietsgesuche.

Möblierte Zimmer in der Nähe des Gewerkschaftshauses für die Zeit vom 23. Februar bis 28. März gesucht. Offerten mit Preisangabe an Joh. Sassenbach, Engelufer 15. [J. 68

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Gläser, Mulackstraße 27. 1468b

Witfrau sucht Toilettenstelle gleich oder später. Schulz, Reichenbergerstraße 29. †69

Stellenangebote.

Tüchtige Farbigmacher verlangt Lausitzerplatz 14. †16

Jüngeren, selbständigen Maurerpolier verlangt Baugeschäft W. Gericke, Schmargendorf. Nur schriftliche Angebote mit Lohn- und Zeugnisabschriften. 1835

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. (Tour Bernburgerstraße.) Meldungen Schützenstraße 24/25. 110/11*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Goldleistenarbeiter.

Ein tüchtiger Polierarb. auf Holzleisten eingearb. wird gesucht, und ein tüchtiger Metallvergolder auf glatte Arbeit gesucht bei **Chr. Jeppesen, Studiestraede 32, Copenhagen.**

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.